

629 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates IX. GP.

29. 3. 1962

Regierungsvorlage**Bundesgesetz vom
mit dem die Notariatsordnung geändert
wird.**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I.Die Notariatsordnung, RGBl. Nr. 75/1871,
wird in folgender Weise geändert:

1. Der erste Absatz des § 3 hat zu lauten:

„Ein Notariatsakt ist wie ein vor Gericht
abgeschlossener Vergleich exekutionsfähig, wenn

- a) darin eine Verpflichtung zu einer Leistung oder Unterlassung festgestellt wird; ausgenommen ist die Verpflichtung zur Räumung einer Wohnung oder einzelner Wohnungsbestandteile, sofern es sich nicht um die Räumung durch den Eigentümer oder Miteigentümer der Liegenschaft handelt;
- b) die Person des Berechtigten und des Verpflichteten, der Rechtstitel, der Gegenstand, die Art, der Umfang und die Zeit der Leistung oder Unterlassung zu entnehmen sind;
- c) über die Verpflichtung nach lit. a ein Vergleich zulässig ist;
- d) der Verpflichtete in diesem oder in einem gesonderten Notariatsakt zugestimmt hat, daß der Notariatsakt sofort vollstreckbar sein soll.“

2. Der dritte Absatz des § 3 wird aufgehoben.

3. Der § 5 hat zu lauten:

„§ 5. Neben den Befugnissen nach § 1 steht den Notaren auch das Recht zu, Privaturkunden zu verfassen, Parteien außerbehördlich und vor Verwaltungsbehörden, in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen und, soweit kein Anwaltszwang besteht, auch im Exekutionsverfahren vor Gericht zu vertreten. Zur Vertretung im Verwaltungsstrafverfahren und vor Finanzstrafbehörden sind Notare jedoch nur dann befugt, wenn sie in die Verteidigerliste eingetragen sind.

Die Notare sind auch berechtigt, Parteien in Zivilprozessen, für die kein Anwaltszwang besteht, vor Gericht zu vertreten, wenn am Amtssitz des Gerichtes nicht wenigstens zwei Rechtsanwälte ihren Wohnsitz haben.

Die Notare haben alle Geschäfte mit Redlichkeit, Genauigkeit und Fleiß nach den bestehenden Rechtsvorschriften zu versehen und jede Mitwirkung zu verbotenen, verdächtigen oder zum Scheine vorgegebenen Geschäften zu versagen.

Alle Eingaben, welche die Notare verfassen, müssen von ihnen unterzeichnet sein.

Auch bei Besorgung dieser Geschäfte unterstehen die Notare der Aufsicht und Disziplinar-gewalt der im X. Hauptstück bezeichneten Behörden nach den dort angeführten Vorschriften.“

4. Die Überschrift zum II. Hauptstück hat zu lauten:

„Verleihung und Erlöschung des Amtes eines
Notars, Urlaub.“

5. Der § 6 hat zu lauten:

„§ 6. Zur Erlangung einer Notarstelle wird
erfordert, daß der Bewerber

- a) österreichischer Staatsbürger, volljährig, von ehrenhaftem Vorleben ist und die freie Verwaltung seines Vermögens hat;
- b) die rechts- und staatswissenschaftlichen Studien zurückgelegt und die vorgeschriebenen Staatsprüfungen bestanden hat;
- c) die Notariats-, Rechtsanwalts- oder Richteramtsprüfung bestanden hat;
- d) eine siebenjährige juristische Praxis nachweist, und zwar mindestens drei Jahre als Notariatskandidat nach Ablegung einer der in lit. c genannten Prüfungen, die übrige Zeit als Notariatskandidat, Rechtspraktikant, Richteramtsanwärter, Hilfsrichter, Richter, Rechtsanwaltsanwärter, Rechtsanwalt oder als rechtskundiger Beamter bei der Finanzprokurator.

Wenn um die zu besetzende Stelle kein geeigneter, allen gesetzlichen Voraussetzungen

entsprechender Bewerber einschreitet, so wird für diese Bewerbung die im Abs. 1 lit. d geforderte Praxis auf vier Jahre verkürzt; davon müssen ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Ablegung einer der im Abs. 1 lit. c genannten Prüfungen mindestens zwei Jahre als Notariatskandidat zurückgelegt worden sein.“

6. Der § 8 hat zu lauten:

„§ 8. Der Notar darf alle seine Befugnisse im ganzen Bundesgebiet ausüben.

Die Notariatskammer kann den Notar unter Berücksichtigung des Bedarfes der Bevölkerung verpflichten, außerhalb seines Amtssitzes regelmäßig Amtstage abzuhalten.“

7. Der zweite Absatz des § 9 hat zu lauten:

„Vor der Vermehrung oder Verminderung der Zahl der Notarstellen und vor Verlegung des Amtssitzes an einen anderen Ort ist ein Gutachten der Notariatskammer einzuholen.“

8. Der § 10 hat zu lauten:

„§ 10. Die Ernennung der Notare steht dem Bundesminister für Justiz zu.

Jede zu besetzende Notarstelle ist von der Notariatskammer auszuschreiben; die Ausschreibung ist im Amtsblatt zur ‚Wiener Zeitung‘ durch dreimalige Einschaltung bekanntzumachen.

Der Bundesminister für Justiz kann auf Antrag der Notariatskammer einen Tausch von Notarstellen ohne vorherige Ausschreibung bewilligen, wenn nicht ein wichtiger Grund entgegensteht; ein solcher ist insbesondere ein Lebensalter von mehr als 65 Jahren eines der beiden Notare oder eine Amtszeit von weniger als sechs Jahren in der letzten Notarstelle.

Eine Versetzung von Amts wegen ist unzulässig.“

9. Der dritte Absatz des § 11 hat zu lauten:

„Dieser hat den Vorschlag der Notariatskammer mit seinem Besetzungsvorschlag dem Oberlandesgericht vorzulegen, das beide Vorschläge mit seinem eigenen Besetzungsvorschlag an das Bundesministerium für Justiz weiterzuleiten hat. Die Erstattung der Besetzungsvorschläge der Gerichtshöfe erster und zweiter Instanz obliegt deren Personalsenaten.“

10. Der erste Absatz des § 13 hat zu lauten:

„Der neuernannte Notar hat vor seiner Angelobung den Entwurf des Siegels, das er bei seinen Amtsgeschäften gebrauchen will, der Notariatskammer zur Genehmigung vorzulegen.“

11. Der zweite Absatz des § 13 wird aufgehoben.

12. Der § 14 hat zu lauten:

„§ 14. Nach der Genehmigung des Amtssiegels hat der Notar beim Oberlandesgerichtspräsidenten um seine Angelobung anzusuchen. Diesem Ansuchen sind anzuschließen:

- a) der Nachweis der Genehmigung des Amtssiegels,
- b) die erforderliche Zahl von Siegelabdrücken und von Ausfertigungen der Unterschrift des Notars, die seinen Vor- und Zunamen und seine Eigenschaft als öffentlicher Notar enthalten muß, und
- c) der Nachweis des Abschlusses der Haftpflichtversicherung (§ 22).“

13. Der § 15 hat zu lauten:

„§ 15. Die Angelobung ist vor dem Oberlandesgerichtspräsidenten oder vor dem von ihm beauftragten Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz nach folgender Gelöbnisformel zu leisten:

„Ich gelobe bei meiner Ehre und bei meinem Gewissen, der Republik Österreich treu zu sein, die Gesetze und alle anderen Vorschriften unverbrüchlich zu beachten und meine Pflichten als öffentlicher Notar gewissenhaft zu erfüllen.“

14. Der § 16 hat zu lauten:

„§ 16. Nach der Angelobung hat der Oberlandesgerichtspräsident ein Dekret auszufertigen, in dem die Angelobung des Notars und dessen Ermächtigung zum Antritt seines Amtes beurkundet wird. Der Tag der Angelobung ist vom Oberlandesgerichtspräsidenten im Amtsblatt zur ‚Wiener Zeitung‘ kundzumachen und der Notariatskammer sowie den unterstellten Gerichtshöfen erster Instanz unter Anschluß je eines Siegelabdruckes und der Unterschrift des Notars mitzuteilen.“

15. Der zweite Absatz des § 17 hat zu lauten:

„Der Notar hat unter Einhaltung der Vorschriften des § 14 beim Oberlandesgerichtspräsidenten um die Bestimmung des Tages anzusuchen, an dem er von seinem bisherigen Amt abzutreten und an dem er sein neues Amt anzutreten hat. Der Oberlandesgerichtspräsident hat diese Tage nach § 16 bekanntzumachen. Bei Versetzung in den Sprengel eines anderen Oberlandesgerichtes haben die in Betracht kommenden Oberlandesgerichtspräsidenten das Einvernehmen herzustellen.“

16. Im ersten Absatz des § 18 werden die Worte „das Oberlandesgericht“ durch die Worte „den Oberlandesgerichtspräsidenten“ ersetzt.

17. Der zweite Absatz des § 18 hat zu lauten:

„Der Eintritt dieser Rechtsfolge ist durch das Bundesministerium für Justiz nach Anhörung der Notariatskammer festzustellen. Zugleich ist die Enthebung vom bisherigen Amt auszusprechen. Die Notariatskammer hat dem Bundesministerium für Justiz anzuzeigen, wenn die Frist nach dem ersten Absatz nicht eingehalten wurde.“

18. Der zweite bis vierte Absatz des § 19 haben zu lauten:

„Das Bundesministerium für Justiz hat in den im Abs. 1 lit. a bis f genannten Fällen nach Anhörung der Notariatskammer die Enthebung des Notars vom Amt auszusprechen; die Notariatskammer hat die unter lit. b bis f genannten Fälle dem Bundesministerium für Justiz unverzüglich anzuzeigen.

Das Bundesministerium für Justiz hat die Enthebung der Notariatskammer, dem Oberlandesgerichtspräsidenten und den diesem unterstellten Gerichtshöfen erster Instanz mitzuteilen.

Das Verfahren wegen Unfähigkeit (Abs. 1 lit. g) und bei der Entsetzung eines Notars im Disziplinarwege (Abs. 1 lit. h) ist im X. Hauptstück geregelt.“

19. Der § 20 hat zu lauten:

„§ 20. Jeder Notar, der sein Amt zurückgelegt (§ 19 Abs. 1 lit. a) oder nach Versetzung seine Kanzlei an seinem neuen Amtssitz nicht rechtzeitig eröffnet hat (§ 18), hat sein bisheriges Amt noch so lange fortzusetzen, bis ihm der Bescheid des Bundesministeriums für Justiz über seine Enthebung zugestellt worden ist. Wird aber der Notar bei Zurücklegung des Amtes mit einem nach der Zustellung des Enthebungsbescheides gelegenen Zeitpunkt enthoben, so hat er sein bisheriges Amt bis zu diesem Zeitpunkt fortzusetzen.“

20. Der § 21 hat zu lauten:

„§ 21. Ein Notar, der sich auf die Dauer von länger als acht aufeinanderfolgenden Tagen zur Vornahme von Amtshandlungen von seinem Amtssitz entfernen will, muß die Bewilligung der Notariatskammer einholen.

Ein Notar, der sein Amt länger als drei aufeinanderfolgende Tage nicht persönlich ausüben will oder kann, hat um Urlaub anzusuchen; Sonntage und gesetzliche Feiertage bleiben außer Betracht.

Ein Notar hat Anspruch auf Erholungsurlaub in der Dauer von insgesamt 60 Tagen innerhalb eines Kalenderjahres; ein darüber hinausgehender Urlaub kann nur aus wichtigen Gründen, insbesondere wegen vorübergehender Erkrankung, erteilt werden. Sofern der Urlaub 90 Tage inner-

halb eines Kalenderjahres nicht übersteigt, entscheidet über das Ansuchen die Notariatskammer, darüber hinaus das Bundesministerium für Justiz.

Die Erteilung einesurlaubes kann von der Bestellung eines Substituten abhängig gemacht werden, wenn es die ordnungsmäßige Fortführung der Geschäfte verlangt.

Ein Notar, für den ein Dauersubstitut (§ 120) bestellt ist, muß um Urlaub nur Ansuchen, wenn die Urlaubsdauer insgesamt 60 Tage innerhalb eines Kalenderjahres übersteigt oder wenn er nicht von seinen Dauersubstituten vertreten werden kann.

Der Präsident der Notariatskammer hat Notare, die diesen Vorschriften zuwiderhandeln, im Falle des Abs. 1 zur Rückkehr an den Amtssitz, in den Fällen des Abs. 2 zur Aufnahme der Amtstätigkeit aufzufordern.

Jede Urlaubserteilung ist dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz, in dessen Sprengel der Notar seinen Amtssitz hat, mitzuteilen.“

21. Die Überschrift des III. Hauptstückes hat zu lauten:

„Haftpflchtversicherung.“

22. Der § 22 hat zu lauten:

„§ 22. Jeder Notar und jeder Substitut ist verpflichtet, vor Aufnahme seiner Berufstätigkeit der Notariatskammer auf Verlangen nachzuweisen, daß zur Deckung der aus dieser Tätigkeit gegen ihn entstehenden Schadenersatzansprüche eine Versicherung bei einem inländischen Versicherer besteht. Er hat die Versicherung während der Dauer seiner Berufstätigkeit aufrechtzuerhalten und dies der Notariatskammer auf Verlangen nachzuweisen.

Die Mindestversicherungssumme hat 100.000 S zu betragen.“

23. Der zweite und der dritte Absatz des § 31 werden aufgehoben.

24. Der zweite Absatz des § 32 hat zu lauten:

„Der Notar kann sein Amt mit Wirksamkeit nicht fortsetzen

- a) in den Fällen des § 19 Abs. 1 lit. b, c, d und f, sobald ihm der Enthebungsbescheid des Bundesministeriums für Justiz zugestellt worden ist,
- b) im Falle des § 19 Abs. 1 lit. e, sobald sein Amt erloschen ist,
- c) in den Fällen des § 19 Abs. 1 lit. g sowie im Falle der Suspension oder der Entsetzung vom Amte (§§ 158, 165), sobald die gerichtliche Entscheidung darüber rechtskräftig wird.“

25. Im ersten Absatz des § 41 werden die Worte „und an den Staatsanwalt am Sitze derselben“ und im dritten Absatz die Worte „die im Einvernehmen mit dem Staatsanwälte zu erteilende“ gestrichen.

26. Im ersten Absatz des § 42 werden die Worte „das Oberlandesgericht“ durch die Worte „den Oberlandesgerichtspräsidenten“ ersetzt.

27. Im dritten Absatz des § 57 wird die lit. b aufgehoben; die lit. c erhält die Bezeichnung „b“.

28. Der § 69 hat zu lauten:

„§ 69. Vollmachten, die zur Errichtung eines Notariatsaktes dienen, müssen entweder öffentliche Urkunden oder solche Privaturkunden sein, auf denen die Unterschrift des Vollmachtgebers gerichtlich, notariell oder von einer österreichischen Vertretungsbehörde im Ausland beglaubigt ist; die Vollmachten bedürfen, sofern sie im Ausland errichtet wurden, keiner weiteren Beglaubigung. Vorschriften, die für die Verwendung von Urkunden vor Behörden etwas anderes bestimmten, bleiben unberührt.

Die Vollmachten sind dem Notariatsakt in Urschrift oder in einer Ausfertigung oder beglaubigten Abschrift anzuschließen.“

29. Im ersten Absatz des § 76 hat die lit. g zu lauten:

„g) über Beratungen und Beschlüsse;“.

30. Die Überschrift von § 87 hat zu lauten:

„g) Beurkundung von Beratungen und Beschlüssen.“

31. Der erste und der zweite Absatz des § 87 haben zu lauten:

„Beratungen und Beschlüsse sind durch ein Protokoll zu beurkunden, in dem der Notar Ort und Zeit sowie den Inhalt der Beratungen und der Beschlüsse und alle in seiner Gegenwart vorgekommenen Ereignisse und abgegebenen Erklärungen, die für die Beurteilung der Regelmäßigkeit des Vorganges von Bedeutung sind, anzuführen hat.

Das Protokoll ist vom Vorsitzenden, der die Beratung oder Beschlussfassung geleitet hat, wenn aber niemand den Vorsitz geführt hat, von allen Teilnehmern zu unterschreiben.“

32. Der vierte Absatz des § 87 wird aufgehoben.

33. Der § 96 hat zu lauten:

„§ 96. Von Notariatsakten, die letztwillige Anordnungen enthalten, können Ausfertigungen sowie beglaubigte und einfache Abschriften, von

den über letztwillige Anordnungen aufgenommenen Protokollen und den dem Notar übergebenen schriftlichen letztwilligen Anordnungen können Beurkundungen sowie beglaubigte und einfache Abschriften erteilt werden.

Die im ersten Absatz genannten Ausfertigungen, Beurkundungen und Abschriften dürfen erteilt werden,

- a) bei Lebzeiten des Erblassers nur an ihn oder an seinen mit einer gemäß § 69 beglaubigten, auf dieses Geschäft lautenden Vollmacht versehenen Machthaber;
- b) nach dem Tode des Erblassers erst dann, wenn die letztwillige Anordnung gerichtlich kundgemacht worden ist; der Tag der Kundmachung ist auf der Ausfertigung, Beurkundung oder Abschrift anzumerken.“

34. Der § 100 hat zu lauten:

„§ 100. Eine Ausfertigung, die den Vorschriften des § 99 nicht entspricht, hat nicht die Kraft einer öffentlichen Urkunde.“

35. Dem § 116 werden folgende Bestimmungen angefügt:

- „d) eine geordnete Sammlung der Protestvermerke;
- e) ein Tagebuch (Journal); in diesem ist in zeitlicher Reihenfolge unter durch das Kalenderjahr fortlaufenden Nummern jeder Ein- und Ausgang an Bargeld, an Wertpapieren und Wertgegenständen sowie auf Konten für fremde Rechnung (Anderkonten) in gesonderten Spalten einzutragen;
- f) ein Kassabuch, in dem gesondert alle zur gleichen Sache gehörenden Ein- und Ausgänge in der Reihenfolge und Gliederung des Tagebuches einzutragen sind, sowie ein Namensverzeichnis dazu.

Das Tagebuch und das Kassabuch können auch in Karteiform geführt werden.“

36. Der zweite Absatz des § 118 hat zu lauten:

„Auf die Anzeige des Notars (§ 117 Abs. 3) darf als Notariatskandidat in dieses Verzeichnis nur eingetragen werden, wer nachweist, daß er österreichischer Staatsbürger von ehrenhaftem Vorleben ist und die Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 lit. b erfüllt; außerdem darf er bei seiner ersten Eintragung in ein Verzeichnis das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Eintragung kann nur aus einem wichtigen Grund verweigert werden; ein solcher ist insbesondere mangelnde Vertrauenswürdigkeit, Trunksucht, anstößiger oder lüderlicher Lebenswandel, zerrüttete Vermögensverhältnisse oder unzureichende Ausbildungsmöglichkeit. Über die Eintragung entscheidet die Notariatskammer. Sie hat die Voraussetzungen zu prüfen und, wenn

die Eintragung verweigert werden soll, den Bewerber und den Notar zu hören. Gegen die Entscheidung über die Eintragung steht sowohl dem Bewerber als auch dem anzeigenden Notar die Berufung (§ 138) zu.“

37. Der sechste Absatz des § 118 wird aufgehoben.

38. Nach § 118 wird der folgende § 118 a eingefügt:

„§ 118 a. Ein Notariatskandidat ist von der Notariatskammer aus dem Verzeichnis der Notariatskandidaten zu streichen,

- a) sobald sein Austritt oder die Unterbrechung seiner Praxis nach § 117 Abs. 3 angezeigt oder von der Kammer nach § 118 Abs. 4 festgestellt wurde,
- b) wenn er der Vorschrift des § 118 Abs. 3 zuwiderhandelt,
- c) bei Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft,
- d) bei Verlust der freien Vermögensverwaltung,
- e) wenn er das 72. Lebensjahr vollendet hat,
- f) wenn er durch eine strafgerichtliche Verurteilung die Notariatsbefähigung verliert,
- g) wenn er wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen zur Verwendung als Notariatskandidat dauernd unfähig ist (§§ 169, 170 a),
- h) bei Verurteilung zur Disziplinarstrafe der Streichung aus dem Verzeichnis der Notariatskandidaten (§ 158 Abs. 3),
- i) wenn er eine zehnjährige Praxis als Notariatskandidat zurückgelegt und die Notariats- oder Rechtsanwalts- oder Richteramtsprüfung noch nicht bestanden hat.

Vor der Streichung ist der Notariatskandidat zu hören. Gegen die Streichung steht nur dem Notariatskandidaten die Berufung (§ 138) zu.“

39. Im ersten Absatz des § 119 werden die Worte „Gerichtshofe erster Instanz“ durch die Worte „Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz“ ersetzt.

40. Der dritte Absatz des § 119 hat zu lauten:

„Als Substitut ist ein Notar desselben Kammer Sprengels oder eine andere geeignete Person zu bestellen, die alle Erfordernisse zur Erlangung einer Notarstelle aufweist; hinsichtlich des Erfordernisses des § 6 Abs. 1 lit. d genügt jedoch für diese Person eine vierjährige juristische Praxis, davon mindestens zwei Jahre als Notariatskandidat. Ist die Substituierung auf diese Weise nicht möglich, so kann auf Antrag der Notariatskammer und mit Genehmigung des Bundesministeriums für Justiz auch ein Substitut bestellt werden, der von der juristischen Praxis

des § 6 Abs. 1 lit. d mindestens eine zweijährige Praxis als Notariatskandidat zurückgelegt hat, im übrigen aber die sonstigen Erfordernisse zur Erlangung einer Notarstelle erfüllt.“

41. Der § 120 hat zu lauten:

„§ 120. Auf Antrag der Notariatskammer ist eine von dem zu substituierenden Notar vorgeschlagene geeignete Person (§ 119 Abs. 3) für alle während eines Kalenderjahres eintretenden Substitutionsfälle im vorhinein zum Substituten zu bestellen (Dauersubstitut). Der vorgeschlagene Dauersubstitut muß schriftlich erklären, daß er mit seiner Bestellung einverstanden ist.

Der Dauersubstitut hat den Zeitpunkt des Beginnes seiner Amtstätigkeit und den Grund der Substitution, der Notar den Zeitpunkt der Wiederaufnahme seiner Amtstätigkeit unverzüglich dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz am Sitze der Kammer (§ 119 Abs. 1), dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz, in dessen Sprengel der Notar seinen Amtssitz hat (§ 21 Abs. 7), und der Notariatskammer schriftlich anzuzeigen. Sofern es möglich ist, hat der Notar die Anzeige des Dauersubstituten, dieser die Anzeige des Notars mit zu unterschreiben. Fehlt diese Unterschrift, so hat der Präsident des Gerichtshofes erster Instanz am Sitze der Kammer den Notar vom Beginn der Amtstätigkeit des Dauersubstituten, diesen von der Wiederaufnahme der Amtstätigkeit des Notars zu verständigen.

Die Bestellung eines Dauersubstituten schließt die Bestellung eines anderen Substituten für einen bestimmten Substitutionsfall nicht aus, doch ist davon auch der Dauersubstitut zu verständigen. Während der Zeit, für die ein anderer Substitut bestellt wurde, ist es dem Dauersubstituten nicht gestattet, notarielle Amtshandlungen vorzunehmen.“

42. Der § 122 hat zu lauten:

„§ 122. Ein Substitut, der nicht Notar ist, muß vor dem Antritt seines Amtes die Angelobung vor dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz ablegen, von dem er bestellt worden ist, sofern er nicht bereits früher einmal als Substitut angelobt wurde. Er muß seine Unterschrift in der erforderlichen Anzahl von Ausfertigungen dem Präsidenten dieses Gerichtshofes vorlegen und zugleich das Bestehen der Haftpflichtversicherung (§ 22) nachweisen.

Der Präsident des Gerichtshofes erster Instanz hat den Tag zu bestimmen, an dem der Substitut sein Amt anzutreten hat, oder das Kalenderjahr zu bezeichnen, für das der Dauersubstitut (§ 120) bestellt wird. Davon sind die Notariatskammer und der Gerichtshof erster Instanz zu verständigen, in dessen Sprengel der zu substituierende Notar seinen Amtssitz hat; dieser Verständigung

ist eine Ausfertigung der Unterschrift des Substituten anzuschließen, falls er nicht Notar ist. Dem Substituten ist ein Bestellsdekret auszufolgen.“

43. Der erste und der zweite Absatz des § 123 haben zu lauten:

„Der Substitut hat alle Geschäfte des Notars zu besorgen und die Geschäftsregister und Verzeichnisse des Notars weiterzuführen. Die dem Notar erteilten Vollmachten gelten auch für den Substituten.“

Der Substitut hat seiner Unterschrift einen Hinweis auf seine Eigenschaft als Substitut beizufügen und das Bestellsdekret anzuführen.“

44. Dem § 123 wird als sechster Absatz angefügt:

„Die Nichtbeachtung des Absatzes 5 oder des § 120 Abs. 3 letzter Satz nimmt einer Notariatsurkunde nicht die Kraft einer öffentlichen Urkunde.“

45. Die Überschrift zum VIII. Hauptstück hat zu lauten:

„Notariatskollegien, Notariatskammern, Delegiertentag.“

46. Der § 124 hat zu lauten:

„§ 124. Die Notare, die im Gebiet eines Bundeslandes ihren Amtssitz haben und die im Verzeichnis der Notariatskandidaten dieses Bundeslandes eingetragenen Notariatskandidaten bilden ein Notariatskollegium. Doch bilden die Notare und Notariatskandidaten in Wien, Niederösterreich und im Burgenland sowie die Notare und Notariatskandidaten in Tirol und Vorarlberg je ein gemeinsames Kollegium. Jedes Kollegium besteht aus der Gruppe der Notare und der Gruppe der Notariatskandidaten.“

Solange die Zahl der in das Verzeichnis eingetragenen Notariatskandidaten fünf nicht erreicht, haben sie am Kollegium nicht teilzunehmen.“

47. Der § 128 hat zu lauten:

„§ 128. Jedes Notariatskollegium hat aus seinen Mitgliedern eine Notariatskammer zu wählen.“

Die Kammer hat ihren Sitz in der Landeshauptstadt, die Kammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien, die Kammer für Tirol und Vorarlberg in Innsbruck.

Die Notariatskammer besteht aus einem Notar als Präsidenten, sechs Notaren und drei Notariatskandidaten als Mitgliedern, die Notariatskammer in Wien aus einem Notar als Präsidenten, zehn Notaren und fünf Notariatskandi-

daten als Mitgliedern. Falls eine Kandidatengruppe nicht gebildet ist (§ 124 Abs. 2), entfallen die Mitglieder aus dem Kandidatenstand.“

48. Im dritten Absatz des § 129 wird die Zitierung des „§ 124 Abs. 3“ in „§ 124 Abs. 2“ geändert.

49. Der erste Absatz des § 131 hat zu lauten:

„In jeder Gruppe sind die von ihr zu entscheidenden Kammermitglieder gemeinsam zu wählen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten hat, sofern dadurch nicht mehr Personen gewählt würden, als zu wählen sind. Andernfalls gelten nur jene als gewählt, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Besteht jedoch bei einem mit niedrigster Stimmenzahl erreichten Mandat Stimmengleichheit, so gelangen diese Personen in eine engere Wahl. Bei Zählung der Stimmen sind ungültige Stimmzettel nicht mitzuzählen.“

50. Im zweiten Absatz des § 134 wird in der Z. 9 die Zitierung „§ 170 Abs. 2 und 4“ in „§ 170 Abs. 2 und 3“ geändert.

51. Im zweiten Absatz des § 134 wird in der Z. 13 die Zitierung „§ 124 Abs. 1 und 3“ in „§ 124“ geändert.

52. Der § 138 hat zu lauten:

„§ 138. Sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, sind die auf Grund dieses Gesetzes ergehenden Bescheide (Entscheidungen und Verfügungen) mittels Berufung (Beschwerde) anfechtbar, und zwar

1. Bescheide der Notariatskammer und ihres Präsidenten sowie Bescheide des Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz beim Oberlandesgerichtspräsidenten;

2. Bescheide des Oberlandesgerichtspräsidenten, wenn er als erste Instanz entschieden oder wenn er im Rechtszug einen der in Z. 1 genannten Bescheide abgeändert hat, beim Bundesministerium für Justiz.

Die Berufungs(Beschwerde)frist beträgt 14 Tage; sie kann nicht verlängert werden. Sie beginnt mit dem Tage nach der Zustellung des anzufechtenden Bescheides. Die Berufung (Beschwerde) ist bei der Stelle zu überreichen, die als erste Instanz entschieden hat.

Rechtzeitig eingebrachte Berufungen (Beschwerden) haben aufschiebende Wirkung. Jede Stelle, die in der Hauptsache entscheidet, kann die aufschiebende Wirkung ausschließen, wenn die vorzeitige Vollstreckung im Interesse des öffentlichen Wohles wegen Gefahr im Verzug dringend geboten ist. Ein solcher Ausspruch ist tunlichst schon in den über die Hauptsache ergehenden Bescheid aufzunehmen.

Verspätete oder unzulässige Berufungen (Beschwerden) hat die Stelle zurückzuweisen, die als erste Instanz entschieden hat.

Der Notariatskammer steht kein Berufungs- (Beschwerde)recht zu.“

53. Der zweite und dritte Absatz des § 139 haben zu lauten:

„Das Bundesministerium für Justiz kann eine Kammer aus einem wichtigen Grund auflösen; ein solcher Grund liegt insbesondere dann vor, wenn die Besetzung der Stellen der Kammermitglieder aus dem Notarenstand sich als undurchführbar erweist. Durch die Auflösung der Kammer erlöschen die Mandate.

Die Geschäfte werden bis zum Amtsantritt der neuen Kammer durch einen vom Bundesministerium für Justiz zugleich mit der Auflösung der Kammer zu bestellenden Notar besorgt. Dieser hat binnen zwei Monaten nach seiner Bestellung die Neuwahl der Kammer anzuordnen, die unter seinem Vorsitz stattfindet.“

54. Der § 140 wird aufgehoben.

55. Der § 141 hat zu lauten:

„§ 141. Zur Vertretung der Standesinteressen, zur Erfüllung der im § 134 Abs. 2 Z. 7 bezeichneten Aufgaben sowie zur Vermittlung bei Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten (§ 134 Abs. 2 Z. 3) von Angehörigen verschiedener Kammersprengel haben die Notariatskammern Vertreter zu einem Delegiertentag zu entsenden. Er führt die Bezeichnung „Delegiertentag der österreichischen Notariatskammern“ und hat seinen Sitz in Wien.

Die Beschlüsse des Delegiertentages, die das Verhalten der Standesmitglieder regeln, sind dem Bundesministerium für Justiz binnen vier Wochen mitzuteilen. Es hat sie aufzuheben, wenn sie bestehenden Gesetzen oder Verordnungen widersprechen.“

56. Nach § 141 werden die folgenden §§ 141 a bis h eingefügt:

„§ 141 a. In den Delegiertentag haben zu entsenden:

- a) die Notariatskammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland sechs Notare und drei Kandidaten,
- b) die Notariatskammern für Oberösterreich und Steiermark je vier Notare und zwei Kandidaten,
- c) alle übrigen Kammern je zwei Notare und einen Kandidaten.

Die Kandidaten müssen in die Kammer wählbar sein.

Die Mitglieder des Delegiertentages müssen dem Notariatskollegium angehören, dessen Kammer sie entsendet. Gehören dem Kollegium

Kandidaten nicht an (§ 124 Abs. 2) oder sind wählbare Kandidaten nicht vorhanden oder werden sie nicht gewählt, so sind an Stelle der fehlenden Kandidaten Notare zu entsenden.

Die Mitglieder aus dem Notarenstand werden von den in die Kammer gewählten Notaren, die Mitglieder aus dem Kandidatenstand von den in die Kammer gewählten Kandidaten gewählt (§ 134 Abs. 2 Z. 12). Die Kammer hat die Namen der gewählten Mitglieder dem Bundesministerium für Justiz anzuzeigen.

Notare werden auf drei Jahre, Kandidaten auf ein Jahr gewählt. Sie haben ihr Amt bis zu einer Neuwahl fortzuführen.

§ 132 gilt sinngemäß.

§ 141 b. Der Delegiertentag faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Es kann sich bei der Beratung und Abstimmung durch ein anderes von derselben Kammer entsendetes Mitglied des Delegiertentages vertreten lassen. Dazu bedarf der Vertreter einer schriftlichen Vollmacht.

Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von Vertretern mindestens dreier Kammern mit mindestens zehn Stimmen, unter denen sieben Notarstimmen sein müssen, erforderlich.

§ 141 c. Der Delegiertentag wählt aus seiner Mitte einen Präsidenten, einen ersten und einen zweiten Stellvertreter sowie einen Kassier, die dem Notarenstand angehören müssen, ferner fünf Ausschußmitglieder, von denen zwei dem Notarenstand und drei dem Kandidatenstand angehören müssen. § 141 a Abs. 2 zweiter Satz gilt sinngemäß.

Der Präsident, seine Stellvertreter, der Kassier und die fünf Ausschußmitglieder bilden den Ständigen Ausschuß des Delegiertentages.

§ 141 d. Der Präsident hat den Delegiertentag mindestens einmal jährlich und dann einzuberufen, wenn mindestens sieben Mitglieder des Delegiertentages es verlangen. Die Tagung findet in Wien statt, wenn der Präsident den Delegiertentag nicht an einen anderen Ort in der Republik Österreich einberuft.

Der Präsident leitet die Verhandlungen des Delegiertentages und des Ständigen Ausschusses. Er zeichnet die vom Delegiertentag und vom Ständigen Ausschuß ausgehenden Schriftstücke.

Der Präsident stimmt bei der Beschlußfassung des Delegiertentages und des Ständigen Ausschusses mit.

§ 141 e. Der Ständige Ausschuß faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Zur Beschlußfassung ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte seiner Mitglieder notwendig, unter denen sich mindestens drei Notare befinden müssen.

Der Ständige Ausschuß besorgt die laufenden Geschäfte; in dringenden oder minder wichtigen Fällen kann sie auch der Präsident erledigen, doch muß er darüber in der nächsten Sitzung berichten.

Der Delegiertentag kann den Ständigen Ausschuss auch mit der Erledigung von Geschäften betrauen, die ihm selbst obliegen.

§ 141 f. Der Delegiertentag kann zu seiner Unterstützung Fachausschüsse bestellen, in die auch Standesangehörige berufen werden können, die nicht Mitglieder des Delegiertentages sind. Diese haben bei Tagungen des Delegiertentages und seines Ständigen Ausschusses nur beratende Stimme.

§ 141 g. Das Amt eines Mitgliedes des Delegiertentages ist ein Ehrenamt. Mitgliedern, die nicht am Orte der Tagung ihren Amtssitz (Dienstort) haben oder Reisen im Auftrag des Delegiertentages ausführen, werden Reise- und Aufenthaltskosten in sinngemäßer Anwendung der für Bundesbedienstete geltenden Vorschriften vergütet, wobei die Notare den Beamten der allgemeinen Verwaltung der Dienstklasse VIII, die Notariatskandidaten jenen der Dienstklasse VII gleichgestellt werden. Die Mitglieder der Fachausschüsse erhalten Vergütungen nach den gleichen Bestimmungen.

Die Notariatskammern haben im Verhältnis der Zahl der Notarstellen ihrer Sprengel zur Deckung der Kosten des Delegiertentages und seiner Ausschüsse Beiträge zu leisten, deren Höhe vom Delegiertentag unter Bedachtnahme auf die ihm erwachsenden Kosten festgesetzt wird.

§ 141 h. Das Bundesministerium für Justiz kann durch Verordnung eine Geschäftsordnung für den Delegiertentag erlassen. Diese hat Bestimmungen zu enthalten über

- a) eine Berichterstattungs- und Auskunftspflicht der Kammern und Kollegiumsmitglieder über Standesangelegenheiten, insbesondere über die Führung der Geschäfte und der Kanzlei, über Dienstverhältnisse, über die Höhe der Einnahmen und Ausgaben und über persönliche Verhältnisse;
- b) allgemeine Weisungen in Standesangelegenheiten und über die Führung der Geschäfte;
- c) die innere Organisation und Kassaführung des Delegiertentages und der Ausschüsse;
- d) Einberufungsförmlichkeiten, Verhandlungsleitung, Referatsverteilung und Beiziehung von Nichtmitgliedern und Sachverständigen.“

57. Der § 142 wird aufgehoben.

58. Der erste Absatz des § 146 hat zu lauten:

„Nach dem Erlöschen des Amtes (§ 19 Abs. 1), dem Tode oder der Versetzung eines Notars sind die von ihm verwahrten Akten, Geschäftsregister, Verzeichnisse und sein Amtssiegel durch die Notariatskammer an das Notariatsarchiv seines Sprengels abzuführen. Wenn eine Vorkehrung in Ansehung dieser Akten notwendig ist, hat die

Notariatskammer für die mittlere Verwahrung, Erteilung von Ausfertigungen, Beurkundungen und Abschriften durch einen von ihr zu bestellenden Notar Sorge zu tragen.“

59. Im zweiten Absatz des § 146 werden die Worte „Gerichtshof erster Instanz“ durch die Worte „Präsident des Gerichtshofes erster Instanz“ ersetzt.

60. Der § 156 wird aufgehoben.

61. Der § 161 hat zu lauten:

„§ 161. Für die Zusammensetzung des Disziplinarsenates und für das Disziplinarverfahren sind die §§ 112 bis 120, 122 bis 129, 130 Abs. 2 bis 4, 131 bis 136, 137 Abs. 1 und 3, 138 bis 141, 143, 151 bis 155, 157, 161, 163 bis 165 des Richterdienstgesetzes, BGBl. Nr. 305/1961, sinngemäß anzuwenden, soweit nicht im folgenden etwas anderes bestimmt ist.“

62. Nach § 161 e wird der folgende § 161 f eingefügt:

„§ 161 f. Erachtet das Disziplinargericht, daß keine als Disziplinarvergehen zu ahnende Pflichtverletzung oder kein Grund zur Fortsetzung des bereits eingeleiteten Disziplinarverfahrens vorliegt, so hat es mit Beschluß im ersten Falle die Einleitung des Disziplinarverfahrens abzulehnen, im zweiten Falle das Disziplinarverfahren einzustellen und in beiden Fällen nach Rechtskraft des Beschlusses die Sache an die Notariatskammer abzutreten.“

63. Der zweite Absatz des § 163 hat zu lauten:

„Der Spruch eines auf Suspension oder auf Entsetzung vom Amte lautenden Erkenntnisses ist im Amtsblatt zur ‚Wiener Zeitung‘ kundzumachen und den dem Oberlandesgericht unterstellten Gerichtshöfen erster Instanz mitzuteilen.“

64. Der vierte Absatz des § 163 hat zu lauten:

„Die Bewirkung und Überwachung des Vollzuges der verhängten Strafe obliegt dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz, in dessen Sprengel sich der Amtssitz des Notars befindet. Im Falle der Suspension oder der Entsetzung vom Amte hat der Präsident oder der von ihm dazu bestimmte Richter dem Notar das Amtssiegel abzunehmen und der Notariatskammer zur Verwahrung (§ 42) zu übergeben.“

65. Der fünfte Absatz des § 163 wird aufgehoben.

66. Der § 164 hat zu lauten:

„§ 164. In den Verzeichnissen der Notare und der Notariatskandidaten sind auf Antrag des Bestraften zu löschen:

- a) Ordnungsstrafen und schriftliche Verweise nach dreijähriger tadelloser Führung,
- b) andere Disziplinarstrafen mit Ausnahme der Amtsentsetzung oder der Streichung aus dem Verzeichnis der Notariatskandidaten nach zehnjähriger tadelloser Führung.

Die Entscheidung über die Löschung von Ordnungsstrafen steht der Notariatskammer zu, in deren Sprengel der Bestrafte seinen Amtssitz hat oder in deren Verzeichnis der Notariatskandidat eingetragen ist. Über die Löschung von Disziplinarstrafen hat nach Anhörung der Notariatskammer jenes Disziplinargericht zu entscheiden, das in erster Instanz eingeschritten ist; von der Löschung ist die Notariatskammer zu verständigen.

Auf eine gelöschte Strafe darf nicht mehr Bedacht genommen werden.“

67. Der dritte Absatz des § 169 hat zu lauten:

„Das Oberlandesgericht hat als Dienstgericht in der im § 161 a bestimmten Zusammensetzung unter sinngemäßer Anwendung der §§ 93 bis 95, 97 und 98 des Richterdienstgesetzes, BGBl. Nr. 305/1961, mit Beschluß das Erlöschen des Amtes auszusprechen, wenn einer der Gründe des § 19 Abs. 1 lit. g vorliegt.“

68. Der dritte Absatz des § 170 wird aufgehoben.

69. Im ersten Absatz des § 184 wird die Zitierung „§ 181“ in „§ 180“ geändert.

Artikel II.

1. Art. I Z. 22 gilt für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bereits im Amte tätigen Notare oder Substituten mit der Maßgabe, daß der Abschluß der Haftpflichtversicherung spätestens innerhalb dreier Monate nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes nachzuweisen ist.

2. Art. I Z. 36 und Z. 52 sind nur anzuwenden, wenn im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes über ein Rechtsmittel von der Behörde zweiter Instanz noch nicht entschieden

wurde. Wäre in einem solchen Falle nach den bisher geltenden Bestimmungen eine andere Behörde als nach diesem Bundesgesetz zur Entscheidung zuständig, so ist das Rechtsmittel an die nunmehr zuständige Behörde zu überweisen.

3. Art. I Z. 38 gilt mit der Maßgabe, daß Notariatskandidaten, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bereits eine Praxis von mehr als acht Jahren bei einem Notar zurückgelegt haben, die erfolgreiche Ablegung der Notariats-, Rechtsanwalts- oder Richteramtprüfung binnen zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes der Notariatskammer nachzuweisen haben.

4. Der im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes bestehende Delegiertentag der österreichischen Notariatskammern und seine Organe gelten als solche im Sinne dieses Bundesgesetzes.

Artikel III.

(1) Dieses Bundesgesetz tritt, soweit im Art. II nichts anderes bestimmt wird, mit 1. Jänner 1963 in Kraft.

(2) Gleichzeitig verlieren ihre Wirksamkeit:

- a) die Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 17. Dezember 1921, BGBl. Nr. 756, betreffend den Delegiertentag der Notariatskammern,
- b) § 13 Z. 2 der Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 21. Dezember 1921, BGBl. Nr. 748, über die Zusammensetzung und den Wirkungskreis der Personalsenate der Gerichtshöfe erster und zweiter Instanz, in der Fassung des Art. IV der Verordnung des Bundesministers für Justiz vom 1. März 1930, BGBl. Nr. 74, womit im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministern und dem Rechnungshof eine neue Geschäftsordnung für die Gerichte I. und II. Instanz (Geo.) erlassen wird.

Artikel IV.

Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist das Bundesministerium für Justiz betraut.

Erläuternde Bemerkungen

Einleitung.

Im Hinblick auf die ständige Judikatur des Verfassungsgerichtshofes zur Trennung der Justiz von der Verwaltung (Art. 94 B.-VG.) ist eine verfassungsrechtlich einwandfreie Regelung des Rechtszuges in der Notariatsordnung unaufschiebbar geworden. In diesem Zusammenhang hat der Delegiertentag der Notariatskammern eine umfassende Novellierung der Notariatsordnung angeregt und den Entwurf einer solchen Novelle ausgearbeitet. Als besonders dringlich wurde hierbei die Änderung des § 19 Abs. 1 der Notariatsordnung betrachtet, welche die Herabsetzung der Altersgrenze von 75 auf 72 Jahre vorsah. Diese Bestimmung stand im Zusammenhang mit der 5. Novelle des Notarversicherungsgesetzes 1938, BGBl. Nr. 2, die am 1. Jänner 1960 in Kraft getreten ist (BGBl. Nr. 295/1959). Daher wurde vorerst als „kleine Novelle“ zur Notariatsordnung der erste Absatz des § 19 in dem angeführten Sinn geändert; diese Novelle wurde im Bundesgesetzblatt unter Nr. 294/1959 kundgemacht.

Die anderen Bestimmungen des vom Delegiertentag vorgelegten Entwurfes wurden vom Bundesministerium für Justiz mit Vertretern des Delegiertentages eingehend besprochen. Auf Grund dieser Besprechungen wurde der vorliegende Entwurf ausgearbeitet.

Er verfolgt vor allem folgende Ziele:

1. eine verfassungsrechtlich einwandfreie Regelung jener Bestimmungen, die Anlaß zu Bedenken geben, vor allem des Rechtszuges,
2. Verwaltungsvereinfachung, insbesondere durch Entlastung der Gerichte und der Staatsanwaltschaften,
3. Einführung einer obligatorischen Haftpflichtversicherung für Notare,
4. Einbau der bisher in einer Verordnung enthaltenen Bestimmungen über den Delegiertentag,
5. Änderung sonstiger Bestimmungen der Notariatsordnung zur Klärung von Zweifelsfragen in ihrer praktischen Anwendung, zur

zweckmäßigeren Standesführung und zur Beseitigung überalteter, den Interessen der rechtssuchenden Bevölkerung abträglicher Formvorschriften.

Die Änderungen im einzelnen.

Zu den einzelnen Änderungen ist folgendes zu bemerken:

Zu § 3:

Der Abs. 1 wird aus Gründen der Übersichtlichkeit gegliedert.

Lit. a und b behandeln den Inhalt eines vollstreckbaren Notariatsaktes. Ein Notariatsakt ist derzeit seinem Inhalt nach nur dann vollstreckbar, wenn darin eine Schuld an Geld oder anderen vertretbaren Sachen festgestellt ist. Nunmehr soll darin jede Verpflichtung zu einer Leistung oder Unterlassung aufgenommen werden können, jedoch mit einer Ausnahme: Räumungsvergleiche über Wohnungen sollen nur dann in einem Notariatsakt für vollstreckbar erklärt werden können, wenn es sich um Wohnungen handelt, die der Eigentümer oder ein Miteigentümer der Liegenschaft bewohnt. Durch die Erweiterung des vollstreckungsfähigen Inhaltes soll vermieden werden, daß über jene Verpflichtungen, die bisher ein vollstreckbarer Notariatsakt nicht enthalten kann, ein gerichtlicher Vergleich geschlossen werden muß. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, eine Angelegenheit, die verschiedenartige Verpflichtungen umfaßt, durch einen vollstreckbaren Notariatsakt zu bereinigen, wodurch eine Entlastung der Gerichte erzielt werden kann. Bemerkt sei, daß diese Regelung den Abschluß von gerichtlichen Vergleichen nicht ausschließt. Eine Erweiterung soll auch insofern eintreten, als neben Gegenstand und Zeit der Leistung oder Unterlassung auch deren Art und Umfang anzuführen sind. Damit soll die Regelung jener des § 7 Abs. 1 der Exekutionsordnung angepaßt werden.

Lit. c soll klar zum Ausdruck bringen, daß der Inhalt eines vollstreckbaren Notariatsaktes auf jene Verpflichtungen eingeschränkt

bleibt, über die ein Vergleich zulässig ist. Vergleiche, die hinsichtlich des Gegenstandes ungültig sind, werden zum Beispiel in den §§ 1382 bis 1384 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches genannt.

Lit. d will eine Erleichterung gegenüber der bisherigen Regelung schaffen. Die Zustimmung des Verpflichteten zur Vollstreckbarkeit des Notariatsaktes muß nicht wie bisher im Notariatsakt selbst abgegeben, vielmehr kann hierüber ein eigener Notariatsakt errichtet werden.

Die Regelung des dritten Absatzes über die Form einer Vollmacht zur Errichtung eines vollstreckbaren Notariatsaktes kann hier entfallen, da im § 69 eine allgemeine Regelung für alle Vollmachten, die zur Errichtung eines Notariatsaktes dienen, getroffen werden soll.

Zu § 5:

Die derzeitige Fassung des Abs. 1 ist unklar und hat in der Praxis zu Zweifeln Anlaß gegeben. Danach sind die Notare befugt, „Eingaben außer Streitsachen zur Überreichung bei was immer für Behörden und Privaturkunden zu verfassen“. Unbestritten ist, daß die Notare berechtigt sind, im Verfahren außer Streitsachen vor Gericht tätig zu werden. Die Anwendung des Begriffes „außer Streitsachen“ gibt aber für das Verwaltungsverfahren zu Zweifeln Anlaß. Die Frage, inwieweit die Notare zur Vertretung im Zivilprozeß und im Exekutionsverfahren befugt sind, wird von der Rechtsprechung dahin beantwortet, daß diese Vertretung dann zulässig ist, wenn das Gesetz die Bestellung von anderen Personen als Rechtsanwälten zu Bevollmächtigten zuläßt; doch dürfen die Notare aus solchen Vertretungen kein Erwerbsgeschäft machen.

Die neue Fassung der Abs. 1 und 2 will diese Fragen klären. Danach können die Notare wie bisher Privaturkunden verfassen, sie können die Parteien außerbehördlich oder vor Verwaltungsbehörden vertreten. Eine Beschränkung besteht jedoch für das Verwaltungsstrafverfahren und für das Verfahren vor Finanzstrafbehörden; in diesen Strafverfahren sollen nur jene Notare vertretungsbefugt sein, die in die Verteidigerliste eingetragen sind. Dies entspricht für das Verfahren vor Finanzstrafbehörden dem § 77 des Finanzstrafgesetzes, BGBl. Nr. 129/1958. Außerdem können die Notare in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen vor Gericht vertreten. Die Vertretungsbefugnis in Exekutionsverfahren soll sich nur auf jene Fälle beziehen, in denen kein Anwaltszwang besteht; nach § 52 der Exekutionsordnung besteht ein solcher im Verfahren erster Instanz

nicht, lediglich schriftliche Rekurse bedürfen der Unterschrift eines Rechtsanwaltes; solche Rekurse können daher von Notaren nicht eingebracht werden.

Zur berufsmäßigen und damit entgeltlichen Vertretung im Zivilprozeß sollen die Notare nur befugt sein, wenn kein Anwaltszwang besteht und wenn am Amtssitz des Gerichtes nicht wenigstens zwei Rechtsanwälte ihren Wohnsitz haben. Dies bedeutet eine Einschränkung gegenüber der bisherigen Rechtslage, soweit es sich darum handelt, daß am Amtssitz des Gerichtes nicht wenigstens zwei Rechtsanwälte ihren Wohnsitz haben. In diesem eingeschränkten Ausmaß ist die Vertretungsbefugnis der Notare im Interesse der rechtsuchenden Bevölkerung geboten. Unter „Wohnsitz“ des Rechtsanwaltes ist, entsprechend der Auslegung des § 21 der Rechtsanwaltsordnung, der Sitz seiner Kanzlei (Berufssitz) zu verstehen. Gleichgültig ist es hingegen, ob der Notar am Sitz des Gerichtes seinen Amtssitz hat.

Im Abs. 3 (dem bisherigen Abs. 2) sollen die Worte „gleich anderen beeideten Sachwaltern“ als überflüssig gestrichen werden. An die Stelle des Wortes „Gesetzen“ soll das Wort „Rechtsvorschriften“ treten, da die Notare nicht bloß die Gesetze, sondern auch Verordnungen und Erlässe zu beachten haben. Die bisher in Abs. 3 enthaltene Bestimmung über die Haftung der Notare gegenüber den Parteien kann im Hinblick auf die Vorschriften des § 1299 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches entfallen.

Die bisherigen Abs. 4 und 5 über die Entlohnung der Notare sollen entfallen, da in den §§ 171 bis 184 der Notariatsordnung und im § 4 des Bundesgesetzes über den Rechtsanwaltstarif, BGBl. Nr. 305/1923, diese Fragen ohnedies hinreichend geregelt sind.

Der neue Abs. 4 entspricht dem bisherigen Abs. 3, der neue Abs. 5 dem bisherigen Abs. 6; er wurde lediglich sprachlich geändert.

Zur Überschrift zum II. Hauptstück:

In dieses Hauptstück soll auch die Regelung des Urlaubes der Notare übernommen werden, weshalb die Überschrift in diesem Sinn ergänzt wird.

Zu § 6:

Die lit. a entspricht ihrem Inhalt nach der bisherigen Regelung. Die Worte „von unbescholtenem Lebenswandel“ werden durch den im § 2 des Richterdienstgesetzes, BGBl. Nr. 305/1961, enthaltenen Ausdruck „von ehrenhaftem Vorleben“ ersetzt.

In der lit. b sollen, entsprechend der tatsächlichen Rechtslage, die Worte „theoretischen Prüfungen“ durch „Staatsprüfungen“ ersetzt werden.

Die lit. c entspricht der bisherigen Regelung.

Die lit. d soll, einem Wunsche der Notare entsprechend, vor allem dahin geändert werden, daß die bisher vierjährige Praxis auf sieben Jahre erhöht wird, um eine entsprechende Ausbildung zu sichern. Hierbei soll klargestellt werden, was unter „praktischem Justizdienst“ und unter „Gerichtspraxis“ zu verstehen ist. Jedenfalls müssen drei Jahre als Notariatskandidat bei einem Notar zugebracht worden sein, und zwar nach Ablegung einer der in lit. c benannten Prüfungen, um sicherzustellen, daß der Notar die für sein Fach erforderliche Spezialausbildung genossen hat. Die übrige juristische Praxis kann sowohl vor als auch nach Ablegung der Prüfung geleistet worden sein. Eine Tätigkeit bei der Finanzprokuratur soll nur dann als hinreichende Praxis gelten, wenn sie als rechtskundiger Verwaltungsbeamter zugebracht wurde, da jede andere dort entfaltete Tätigkeit keine juristische Praxis darstellen würde; diese Regelung entspricht der bereits bestehenden Praxis und dient lediglich der Klarstellung.

Die bisherige lit. e, die die erforderlichen Kenntnisse der Landessprache verlangte, ist durch den Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie gegenstandslos geworden, da gemäß Art. 8 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 nur die deutsche Sprache die Staatssprache der Republik ist.

Der bisherige Abs. 2 soll entfallen. Er besagt, daß die Strafgesetze bestimmen, inwieweit eine strafgerichtliche Verurteilung die Unfähigkeit zur Erlangung einer Notarstelle nach sich ziehe. Diese Bestimmung enthält lediglich einen Hinweis ohne normativen Inhalt; sie ist daher überflüssig.

Der bisherige Abs. 3 sieht eine Nachsicht durch den Bundesminister für Justiz vom Erfordernis der Praxis bei einem Notar vor, wenn sonst kein geeigneter Bewerber für die zu besetzende Stelle vorhanden wäre.

Er soll nunmehr zum Abs. 2 und im Hinblick auf die Änderung des Abs. 1 lit. d in mehrfacher Weise geändert werden:

a) Die gesamte Praxis des Abs. 1 lit. d kann verkürzt werden und nicht bloß die bei einem Notar zugebrachte Zeit. Von dieser verkürzten Zeit müssen aber jedenfalls zwei Jahre bei einem Notar zugebracht worden sein, um die entsprechende Spezialausbildung zu sichern; allerdings müssen diese beiden

Praxisjahre bei einem Notar nicht, wie dies Abs. 1 lit. d verlangt, erst nach Ablegung der Prüfung geleistet worden sein; diese Abkürzung der Praxis wirkt nicht allgemein, sondern soll sich nur auf die Bewerbung um eine bestimmte Notarstelle beziehen, für die kein geeigneter, allen gesetzlichen Voraussetzungen entsprechender Bewerber aufgetreten ist;

b) es bedarf nicht einer ausdrücklichen Nachsicht durch den Bundesminister für Justiz, vielmehr soll die Möglichkeit geschaffen werden, auch Bewerber zu ernennen, die die erforderliche Praxis nach Abs. 1 lit. d noch nicht haben, ohne vorher die Nachsicht erteilen zu müssen. Dadurch soll eine unnötige Doppelgeleisigkeit beseitigt werden, die einerseits in der Nachsicht, andererseits in der Ernennung durch den Bundesminister für Justiz besteht.

Zu § 8:

Derzeit erstreckt sich nach Abs. 1 die Amtswirksamkeit des Notars auf den Sprengel des Gerichtshofes erster Instanz, in dem der Notar seinen Amtssitz hat. Nach dem Entwurf soll diese Einschränkung der Amtswirksamkeit beseitigt werden, da auch sonst bei Berufen, insbesondere bei dem des Rechtsanwaltes, eine solche Beschränkung nicht besteht. Die Amtswirksamkeit des Notars soll sich daher ebenfalls auf das ganze Bundesgebiet erstrecken.

Abs. 2 verpflichtet den Notar, außerhalb seines Amtssitzes regelmäßig Amtstage abzuhalten. Es fehlt jedoch eine Bestimmung darüber, wer diese Verpflichtung auszusprechen hat; nach der derzeitigen Praxis ist das Oberlandesgericht hiefür zuständig. Zur Entlastung der Gerichte soll diese Verpflichtung der Notariatskammer übertragen werden, die am besten beurteilen kann, wann und wo solche Amtstage erforderlich sind. Bei der Anordnung der Amtstage ist auf den Bedarf der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen.

Zu § 9:

Abs. 2 sieht die Einholung eines Gutachtens der Notariatskammer vor, wenn die Zahl der Notarstellen vermehrt oder vermindert, der Amtssitz eines Notars an einen anderen Ort verlegt oder die Verpflichtung zur Abhaltung von Amtstagen angeordnet werden soll. Nach der neuen Fassung des § 8 Abs. 2 soll die Verpflichtung zur Abhaltung von Amtstagen durch die Notariatskammer ausgesprochen werden, so daß die Einholung eines Gutachtens der Notariatskammer zu entfallen hat. In diesem Sinn soll der Abs. 2 geändert werden.

Zu § 10:

Im Abs. 1 soll der der Verfassung nicht mehr entsprechende Ausdruck „Justizminister“ durch „Bundesminister für Justiz“ ersetzt werden.

Im Abs. 2 soll das in dem hier verwendeten Sinn veraltete Wort „Konkurs“ durch die deutsche Bezeichnung „ausschreiben“ ersetzt werden. Derzeit kann die Ausschreibung auch auf die durch allfällige Übersetzungen freiwerdenden Notarstellen ausgedehnt werden. Diese Bestimmung hat keine praktische Bedeutung, da im Zeitpunkt der Ausschreibung noch nicht feststeht, welche Stellen frei werden und erfahrungsgemäß Bewerber um noch unbekannte Notarstellen nicht einschreiten; diese Möglichkeit soll daher als überflüssig entfallen. Die Art der Bekanntmachung der Ausschreibung durch dreimalige Einschaltung in der amtlichen Zeitung ist derzeit in einem Erlaß aus dem Jahre 1887 geregelt; sie bedarf aber der Regelung durch Gesetz. Die Ausschreibung soll nicht mehr wie bisher in der amtlichen Landeszeitung, sondern, einem Wunsche der Notare folgend, in allen Fällen im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ verlautbart werden.

Nach dem bisherigen Abs. 3 kann eine Stelle auf Antrag der Notariatskammer auch ohne vorhergehende Ausschreibung besetzt werden. Diese Bestimmung hatte nach der in den letzten zehn Jahren geübten Praxis lediglich Bedeutung für den Fall eines Postentausches; sie soll daher auf diesen Fall eingeschränkt, im übrigen aber der Grundsatz der öffentlichen Stellenausschreibung gewahrt werden. Ein solcher Postentausch ist dann ausgeschlossen, wenn wichtige Gründe entgegenstehen. Zwei solcher Gründe werden beispielsweise genannt: bei einem Alter von mehr als 65 Jahren wird es einem Notar schwer gelingen, sich in den neuen Wirkungskreis einzuleben, während die Mindestzeit von sechs Jahren an der bisherigen Notarstelle im Interesse der Bevölkerung an einer längeren ununterbrochenen Dauer der Amtsführung liegt.

Der neue Abs. 4 ist dem bisherigen § 20 entnommen, da diese Bestimmung infolge Änderung des § 20 besser zu § 10 paßt.

Zu § 11:

Nach § 13 Abs. 1 Z. 2 der Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 21. Dezember 1921, BGBl. Nr. 748, über die Zusammensetzung und den Wirkungskreis der Personalsenate der Gerichtshöfe erster und zweiter Instanz, in der Fassung des Artikels IV der Verordnung vom 1. März 1930, BGBl. Nr. 74 fallen in den Wirkungskreis des Personalsenates „die Besetzungsvorschläge für erledigte Notarstellen (§ 11 Abs. 3 NotO.)“.

Diese Verordnung wurde durch das Richterdienstgesetz zum größten Teil aufgehoben, die genannte Bestimmung jedoch ausdrücklich aufrechterhalten. Sie soll nunmehr in die Notariatsordnung eingebaut werden, umso mehr, als nach Möglichkeit alle die Notare betreffenden Bestimmungen in der Notariatsordnung zusammengefaßt werden sollen.

Zu § 13:

Im ersten Absatz wird klargestellt, daß der Notar nicht das bereits angeschaffte Siegel, sondern den Entwurf eines solchen zur Genehmigung vorzulegen hat. Dadurch soll die Anschaffung eines Siegels vor dessen Genehmigung vermieden werden. Weiters soll klargestellt werden, daß der Notar das Siegel nur in seiner amtlichen Funktion gemäß § 1 der Notariatsordnung oder als Gerichtskommissär verwenden darf; es soll daher das Wort „Geschäften“ durch das Wort „Amtsgeschäften“ ersetzt werden.

Der bisherige Abs. 2 soll entfallen. Die Stelle, die das Siegel zu genehmigen hat — das ist die Notariatskammer — wird bereits im ersten Absatz genannt. Die Mitwirkung des Staatsanwaltes in Standesangelegenheiten der Notare soll zur Erzielung einer Verwaltungsvereinfachung entfallen. Aus diesen Gründen ist die Regelung des Abs. 2 entbehrlich.

Zu § 14:

Die Einführung der obligatorischen Haftpflichtversicherung (§ 22) erfordert die Ergänzung des § 14 dahin, daß der Notar dem Ansuchen um Angelobung auch den Nachweis des Abschlusses dieser Haftpflichtversicherung anzuschließen hat. Bei dieser Gelegenheit soll dieser Paragraph durch Aufzählung der anzuschließenden Belege klarer gefaßt werden. Schließlich soll er dahin geändert werden, daß um die Angelobung nicht beim Oberlandesgericht, sondern bei dessen Präsidenten anzusuchen ist. Es handelt sich hierbei um eine Justizverwaltungsangelegenheit, die in die Zuständigkeit des Oberlandesgerichtspräsidenten fallen soll.

Zu § 15:

Die Angelobung soll als Justizverwaltungs-sache in die Zuständigkeit des Oberlandesgerichtspräsidenten oder des von ihm beauftragten Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz fallen.

Die Gelöbnisformel soll geändert und der Fassung anderer Formeln dieser Art angepaßt werden; insbesondere soll der Ausdruck „Manneswort“ und „staatsbürgerlichen Ehre“ durch „Ehre und Gewissen“ ersetzt werden (vgl. die Angelobungsformel der Rechts-

praktikanten, der fachmännischen Laienrichter, der Beamten der allgemeinen Verwaltung). Die ausdrückliche Erwähnung der Verfassungsgesetze und das Wort „gültigen“ vor dem Wort „Vorschriften“ sollen als überflüssig gestrichen werden.

Zu § 16:

Die Ausfertigung des Dekretes an den Notar soll als Verwaltungsangelegenheit ebenfalls in die Zuständigkeit des Oberlandesgerichtspräsidenten fallen. Die Angelobung soll in allen Fällen im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ kundgemacht werden und nicht wie bisher in der amtlichen Landeszeitung; dies entspricht einem Wunsche der Notare. Die Verständigung von der Angelobung kann auf die Notariatskammer und auf die dem Oberlandesgerichtspräsidenten unterstellten Gerichtshöfe erster Instanz beschränkt bleiben; letztere sind nämlich für eine Beglaubigung der Unterschrift des Notars zuständig. Hingegen soll die Verständigung der Bezirksgerichte und des Staatsanwaltes entfallen, wodurch eine Vereinfachung erzielt wird. Im übrigen soll § 16 sprachlich besser gefaßt werden.

Zu § 17:

Auch die Mitwirkung des Oberlandesgerichtes bei einer Versetzung des Notars durch Bestimmung des Tages, an dem der Notar von seinem bisherigen Amt abzutreten und sein neues Amt anzutreten hat, soll als Verwaltungsangelegenheit in die Zuständigkeit des Oberlandesgerichtspräsidenten fallen. Diese beiden Tage müssen nicht immer zusammenfallen, so daß sich die Bekanntmachung nicht, wie es derzeit heißt, auf „diesen Tag“, sondern auf „diese Tage“ zu beziehen hat. In diesem Sinn soll der Abs. 2 bei gleichzeitig sprachlich besserer Fassung geändert werden.

Zu § 18:

Nach Abs. 1 hat jeder neuernannte oder versetzte Notar binnen drei Monaten seine Kanzlei an seinem Amtssitz zu eröffnen, widrigens sein Verzicht auf diese Stelle angenommen würde. Diese Frist kann vom Oberlandesgericht verlängert werden; da es sich hiebei um eine Verwaltungsangelegenheit handelt, soll der Oberlandesgerichtspräsident als zuständig erklärt werden.

Der fingierte Verzicht wird nach Abs. 2 derzeit vom Oberlandesgericht nach Anhörung des Oberstaatsanwaltes ausgesprochen, wogegen eine Beschwerde an den Obersten Gerichtshof zulässig ist. An Stelle des Oberlandesgerichtes soll das Bundesministerium für Justiz den Eintritt der Rechtsfolge und

gleichzeitig die Enthebung vom Amt aussprechen, da es sich hiebei um einen Sonderfall des Erlöschens durch Zurücklegung des Amtes nach § 19 Abs. 1 lit. a handelt, bei dem ebenfalls das Bundesministerium für Justiz die Enthebung vom Amt auszusprechen hat. Durch diese Regelung wird auch bewirkt, daß der Fall der freiwilligen Entsagung und der Fall des § 18 hinsichtlich der Wirkungen der Enthebung im § 20 gleich behandelt werden können.

Die Mitwirkung des Oberstaatsanwaltes soll, wie im § 13 ausgeführt wurde, entfallen; an Stelle des Oberstaatsanwaltes soll die Notariatskammer gehört werden.

Die besondere Regelung über den Rechtszug ist hier entbehrlich, weil der Rechtszug im § 138 für alle Fälle einheitlich geregelt werden soll und außerdem das Bundesministerium für Justiz allein entscheidet.

Zu § 19:

Abs. 1, der die Gründe für das Erlöschen des Amtes eines Notars enthält, wurde durch das Bundesgesetz vom 18. Dezember 1959, BGBl. Nr. 294, neu gefaßt; er soll unverändert bleiben.

Die verfahrensrechtlichen Bestimmungen der Abs. 2 bis 4 hingegen sollen geändert werden. Nach der gegenwärtigen Regelung hat in den Fällen des Abs. 1 lit. b bis f das Oberlandesgericht ohne weitere Verhandlung nach Anhörung der Notariatskammer und des Oberstaatsanwaltes die Enthebung vom Amt auszusprechen; gegen diesen Bescheid steht der Rekurs an den Obersten Gerichtshof offen, der aufschiebende Wirkung hat.

Nunmehr soll in allen Fällen das Bundesministerium für Justiz nach Anhörung der Notariatskammer die Enthebung aussprechen. Die Erlöschungsgründe der lit. b bis f sind von der Notariatskammer anzuzeigen, diese wird hievon am ehesten Kenntnis erlangen, da der Notar nach seinen Standesvorschriften verpflichtet ist, den Erlöschungsgrund der Notariatskammer anzuzeigen. Diese Anzeigepflicht der Notariatskammer schließt aber nicht aus, daß eine andere Behörde das Bundesministerium für Justiz vom Erlöschungsgrund verständigt (zum Beispiel das Bundesministerium für Inneres vom Verlust der Staatsbürgerschaft, das Entmündigungsgericht von der Entmündigung, das Strafgericht von der strafgerichtlichen Verurteilung). In solchen Fällen hat das Bundesministerium für Justiz die Notariatskammer vor der Enthebung des Notars zu hören. Bei einer Anzeige durch die Notariatskammer wird hingegen eine Anhörung der Notariats-

kammer in der Regel unterbleiben können, weil die Anzeige schon als Anhörung angesehen werden kann.

Eine Regelung des Rechtszuges ist entbehrlich, weil der Bescheid über die Enthebung in allen Fällen vom Bundesministerium für Justiz ausgesprochen wird, ein Rechtsmittel dagegen ausgeschlossen ist und nur der Verwaltungsgerichtshof angerufen werden kann. Außerdem soll der Rechtszug einheitlich im § 138 geregelt werden.

Der bisherige Abs. 3 wird unverändert als Abs. 4 übernommen, während die Verständigungspflicht des bisherigen Abs. 4 geändert und als Abs. 3 übernommen wird. Von der Enthebung ist wie bisher die Notariatskammer zu verständigen. Die Verständigung des Staatsanwaltes soll unterbleiben, da, wie zu § 13 dargetan wurde, die Mitwirkung des Staatsanwaltes in Standesangelegenheiten der Notare aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und mangels einer praktischen Bedeutung entfallen soll. Zu verständigen sind weiters der Oberlandesgerichtspräsident, der nach der neuen Regelung am Enthebungsverfahren nicht mehr beteiligt ist, ferner, entsprechend der Regelung des § 16, die dem Oberlandesgerichtspräsidenten unterstellten Gerichtshöfe erster Instanz.

Zu § 20:

Nach der derzeitigen Regelung hat der Notar bei freiwilliger Entsagung oder bei Versetzung sein Amt noch so lange fortzusetzen, bis das Oberlandesgericht seine Enthebung ausgesprochen hat.

Diese Bestimmung soll der neuen Regelung des § 19 Abs. 2 und des § 18 Abs. 2 angepaßt werden; hat der Notar sein Amt zurückgelegt (§ 19 Abs. 1 lit. a) oder bei einer Versetzung seine Kanzlei an seinem neuen Amtssitz nicht rechtzeitig eröffnet (§ 18 Abs. 1), dann hat das Bundesministerium für Justiz seine Enthebung vom Amt auszusprechen (§ 19 Abs. 2 und § 18 Abs. 2). Die Zustellung dieses Bescheides soll als Zeitpunkt gelten, bis zu dem der Notar berechtigt, aber auch verpflichtet ist, sein Amt fortzusetzen.

Welche Wirkung das Erlöschen des Amtes in allen anderen Fällen hat, wird im § 32 Abs. 2 geregelt.

Die bisher im § 20 enthaltene Bestimmung, daß eine Versetzung von Amts wegen unzulässig ist, soll aus Zweckmäßigkeitsgründen in den § 10 übernommen werden.

Zu § 21:

Dieser Paragraph enthält Bestimmungen über die Mitwirkung des Staatsanwaltes. Diese

soll, wie bereits zu § 13 Abs. 2 ausgeführt wurde, aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung entfallen. Daher sollen die Bestimmungen des geltenden § 21 aufgehoben werden.

An seine Stelle sollen die Bestimmungen des § 142, die den Urlaub regeln, hier eingefügt werden, da sie in dieses Hauptstück besser passen als in das VIII. Hauptstück, das die Notariatskollegien, Notariatskammern und den Delegiertentag behandelt.

Abs. 1 bestimmt derzeit, daß ein Notar, der sich länger als acht Tage zur Vornahme von Amtshandlungen von seinem Amtssitz entfernen will, die Bewilligung der Notariatskammer einholen muß. Diese Regelung soll im wesentlichen beibehalten werden; zur Klarstellung wird lediglich gesagt, daß es sich um acht aufeinanderfolgende Tage handeln muß.

Abs. 2 in seiner derzeitigen Fassung besagt, daß ein Notar, der sich nicht in Amtsgeschäften von seinem Amtssitz entfernen will, bei länger als acht Tage dauernder Abwesenheit einen Urlaub zu erwirken hat, den ihm innerhalb eines Jahres bis zur Dauer von zwei Monaten die Notariatskammer, bis zur Dauer von drei Monaten das Oberlandesgericht und für eine längere Dauer das Bundesministerium für Justiz erteilt. Eine Regelung darüber, welchen Urlaubsanspruch der Notar hat, fehlt im Gesetz. Diese Lücke soll geschlossen werden; der neue Abs. 3 bestimmt daher, daß dem Notar ein Anspruch auf Erholungsurlaub in der Dauer von insgesamt 60 Tagen innerhalb eines Kalenderjahres zusteht; ein längerer Urlaub kann nur aus wichtigen Gründen erteilt werden. Zur Erteilung eines 90 Tage nicht übersteigendenurlaubes soll die Notariatskammer, eines darüber hinausgehendenurlaubes das Bundesministerium für Justiz zuständig sein. Die bisherige Einschaltung einer dritten Stelle, nämlich des Oberlandesgerichtes, für die Erteilung einesurlaubes von zwei bis drei Monaten soll entfallen, wodurch eine Entlastung der Gerichte erzielt werden kann. Will oder kann der Notar sein Amt nur kurzfristig nicht ausüben — der Entwurf nennt eine Frist von drei aufeinanderfolgenden Tagen —, dann bedarf es keines Ansuchens um Urlaub; dadurch soll die wiederholte Inanspruchnahme der Kammer bei kurzfristigem Fernbleiben vom Amt vermieden werden.

Abs. 3 bestimmt derzeit, daß die Bewilligung nach Abs. 1 — das ist die Entfernung des Notars länger als acht Tage von seinem Amtssitz in Amtsgeschäften — und die Erteilung einesurlaubes von der Bestellung

eines Substituten abhängig gemacht werden kann. Die Einbeziehung der Fälle des Abs. 1 ist bedenklich, da der Notar in diesem Fall weiterhin, wenn auch nicht an seinem Amtssitz, tätig ist, so daß die Bestellung eines Substituten bewirken würde, daß gleichzeitig zwei Notare im selben Amt tätig werden. Der neue Abs. 4 sieht daher die Bestellung eines Substituten, falls dies erforderlich ist, nur mehr für den Fall der Urlaubserteilung vor.

Der Abs. 5 des Entwurfes schafft eine Regelung für den Fall der Bestellung eines Dauersubstituten (vgl. die Ausführungen zu § 120). Ist ein Dauersubstitut bestellt, dann tritt dieser an die Stelle des Notars, falls der Notar seinen Urlaub antritt. Der Eintritt des Substitutionsfalles ist anzuzeigen. Eines Ansuchens um Gewährung desurlaubes bedarf es daher in diesem Falle nur dann, wenn der Notar einen Urlaub von mehr als 60 Tagen in Anspruch nimmt, nicht aber dann, wenn er den ihm gebührenden Urlaub von nicht mehr als 60 Tagen antritt, es sei denn, daß der Dauersubstitut ihn nicht vertreten kann, weil er zum Beispiel krank ist; in diesem Fall ist um Urlaub bei der Notariatskammer deshalb anzusuchen, damit sie die Bestellung eines anderen Substituten veranlaßt.

Die neuen Abs. 6 und 7 entsprechen im wesentlichen den bisherigen Abs. 4 und 5.

Zu § 22:

Das III. Hauptstück betraf die Notariatskautionen. Vor dem Jahre 1929 mußte jeder Notar vor seiner Ernennung eine Kaution erlegen, die den Zweck hatte, die Klienten des Notars, die durch seine Amtshandlungen zu Schaden gekommen waren, zu schützen. Durch die Geldentwertung nach dem ersten Weltkrieg wurden diese Kautionen wertlos. Man konnte den Notaren nicht mehr zumuten, hohe Beträge als Kautionen zu erlegen. Die Bestimmungen über die Notariatskautionen wurden daher durch Art. II Z. 5 des Bundesgesetzes vom 2. Juli 1929, BGBl. Nr. 257, aufgehoben.

Um sowohl den Notar als auch die Bevölkerung in jenen Fällen zu schützen, in denen der Notar durch seine Amtstätigkeit zum Schadenersatz verpflichtet wird, soll nunmehr zwingend eine Haftpflichtversicherung für solche Fälle eingeführt werden.

Die Verpflichtung zur Versicherung gegen Haftpflicht trifft jeden Notar und jeden Substituten. Der Substitut muß jedoch nicht selbst gegen Haftpflicht versichert sein; es genügt auch das Bestehen einer für den Betrieb des Notariats (der Notariatskanzlei) des substituierten Notars abgeschlossenen Vermögens-

schaden-Haftpflichtversicherung. Demnach ist nicht der Abschluß einer Haftpflichtversicherung, sondern das Bestehen einer solchen nachzuweisen. Der Nachweis ist der Notariatskammer zu erbringen. Einer ausdrücklichen Bestimmung, daß auch jede Unterbrechung oder Beendigung der Versicherung der Notariatskammer anzuzeigen ist, bedarf es nicht, da § 158 c des Versicherungsvertragsgesetzes 1958, BGBl. Nr. 2/1959, hinreichenden Schutz gewährt; danach wirkt bei Pflichtversicherungen ein Umstand, der das Nichtbestehen oder die Beendigung des Versicherungsverhältnisses zur Folge hat, in Ansehung des Dritten erst mit dem Ablauf des Monats, nachdem der Versicherer diesen Umstand der hierfür zuständigen Stelle angezeigt hat; als zuständige Stelle muß die Notariatskammer angesehen werden, die daher nach dieser gesetzlichen Bestimmung ohnedies von der Unterbrechung oder Beendigung des Versicherungsverhältnisses durch den Versicherer verständigt werden muß. Die Notariatskammer kann aber verlangen, daß der Versicherte die Aufrechterhaltung der Versicherung nachweist.

Die Versicherungssumme muß mindestens 100.000 S betragen; nur dieser Mindestbetrag bietet einen gewissen Schutz und rechtfertigt die Eingehung der Versicherung und den damit verbundenen Aufwand.

Eine Verletzung der Vorschriften des § 22 wäre als Disziplinarvergehen nach §§ 157 ff. zu ahnden.

Die Vorschrift über die Haftpflichtversicherung soll als neuer § 22 in das III. Hauptstück aufgenommen werden, dessen Überschrift dementsprechend „Haftpflichtversicherung“ lauten soll.

Zu § 31:

Nach der neuen Fassung des § 8 Abs. 1 sollen die Befugnisse des Notars nicht mehr auf den Sprengel des Gerichtshofes erster Instanz, in dem er seinen Amtssitz hat, beschränkt sein, sondern sich auf das ganze Bundesgebiet erstrecken. Dadurch können die Abs. 2 und 3 des § 31 entfallen; Abs. 2 handelt nämlich ebenfalls von der Einschränkung auf den Gerichtshofsprengel, Abs. 3 bestimmt, daß eine von einem Notar außerhalb seines Sprengels aufgenommene Notariatsurkunde nicht die Kraft einer öffentlichen Urkunde hat. Der Entfall der letztgenannten Bestimmung beseitigt eine Härte gegenüber der Bevölkerung, die darin besteht, daß ein Notariatsakt nur deshalb nicht die Kraft einer öffentlichen Urkunde besitzt, weil er außerhalb des Sprengels des Gerichtshofes erster Instanz, in der der Notar seinen Amtssitz hat, aufgenommen wurde.

Zu § 32:

Abs. 2 in der derzeitigen Fassung bestimmt, daß ein Notar sein Amt mit Wirksamkeit nicht fortsetzen kann, nachdem ihm die gerichtliche Verfügung über das Erlöschen seines Amtes oder die Suspension nach Vorschrift des Gesetzes (§ 163) zugestellt worden ist. Diese Regelung geht davon aus, daß das Erlöschen des Amtes vom Oberlandesgericht ausgesprochen wird.

Nunmehr soll die Regelung der neuen Fassung des § 19 angepaßt werden und stellt eine Ergänzung zu § 20 dar, der die Fälle des § 19 Abs. 1 lit. a (Zurücklegung des Amtes) und § 18 (nicht rechtzeitige Eröffnung der Kanzlei am neuen Amtssitz bei einer Versetzung) regelt. Zum Unterschied von § 20, der eine Verpflichtung des Notars enthält, sein Amt bis zur Zustellung des Enthebungsbescheides fortzusetzen, besteht in den übrigen Fällen der Enthebung für den Notar nur die Möglichkeit, nicht aber die Verpflichtung, sein Amt bis zum genannten Zeitpunkt fortzusetzen.

Nach der neuen Regelung darf der Notar sein Amt grundsätzlich nicht mehr fortsetzen, wenn ihm der Enthebungsbescheid des Bundesministeriums für Justiz (§ 19 Abs. 2) zugestellt worden ist. Es gibt aber Fälle, in denen dieser Zeitpunkt nicht maßgebend sein kann:

1. Erlischt das Amt durch Erreichung der Altersgrenze (§ 19 Abs. 1 lit. e), so endet das Amt bereits mit dem Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Notar das 72. Lebensjahr vollendet. Die Zustellung des Enthebungsbescheides verlängert, wenn sie nach Ablauf dieses Kalenderjahres vorgenommen wird, nicht die Amtstätigkeit des Notars, vielmehr muß er seine Tätigkeit mit Erreichung der Altersgrenze beenden.

2. Wurde das Erlöschen des Amtes wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen vom Dienstgericht gemäß § 169 ausgesprochen oder die Disziplinarstrafe der Suspension oder der Entsetzung vom Amt vom Disziplinargericht verhängt, dann darf der Notar sein Amt nicht mehr ausüben, sobald die gerichtliche Entscheidung hierüber rechtskräftig geworden ist.

Zu § 41:

Die Beseitigung der Mitwirkung des Staatsanwaltes in Standesangelegenheiten der Notare erfordert eine Änderung des § 41 in folgenden Punkten:

- a) im Abs. 1 entfällt die Anzeigepflicht an den Staatsanwalt bei Verlust des Amtssiegels;
- b) im Abs. 3 entfällt das Einvernehmen mit dem Staatsanwalt bei Änderung des Siegels.

Zu § 42:

Die Mitwirkung bei Bestellung eines Notars soll nach den geänderten Bestimmungen der §§ 14 ff. dem Oberlandesgerichtspräsidenten zustehen, da es sich um Verwaltungsangelegenheiten handelt. Daher ist auch die Anzeige nach § 42 Abs. 1 an den Oberlandesgerichtspräsidenten und nicht wie bisher an das Oberlandesgericht zu erstatten.

Zu § 57:

§ 56 sieht in gewissen Fällen, so auch bei Errichtung eines Notariatsaktes über einen Erbvertrag oder eine andere letztwillige Verfügung, die Beiziehung von zwei Aktzeugen vor. Nach § 57 Abs. 3 lit. b sind als Aktzeugen unter anderem ausgeschlossen „das Kanzlei- und Dienstpersonale des Notars“. Es ergibt sich in der Praxis häufig, daß bei Vornahme von Geschäften des Notars, die der Beiziehung von Aktzeugen bedürfen, solche von den Parteien nicht mitgebracht werden. In einem solchen Fall wäre das Personal des Notars besser hiezu geeignet als Personen, die sozusagen von der Straße her beigezogen werden. Um diese Schwierigkeit zu beseitigen, soll § 57 Abs. 3 lit. b gestrichen werden, so daß auch das Personal des Notars als Aktzeuge verwendet werden kann.

Zu § 69:

Dieser Paragraph enthält derzeit eine Regelung über die Vollmachten und Beilagen zu Notariatsakten, mit Ausnahme der Vollmachten zu vollstreckbaren Notariatsakten, die bisher im § 3 Abs. 3 enthalten sind.

Diese Bestimmungen sollen nunmehr im neuen § 69 zusammengefaßt und hiebei zur Klärung von Zweifelsfragen Vorschriften über die Form dieser Vollmachten, insbesondere über die Frage der Beglaubigung der Unterschrift des Vollmachtgebers, geschaffen werden. Dadurch wird § 3 Abs. 3 hinfällig.

Diese Bestimmungen sollen durch eine Regelung für die im Ausland errichteten Vollmachten ergänzt werden; sie bedürfen keiner weiteren Beglaubigung.

Von dieser Regelung unberührt sollen jene Vorschriften bleiben, die für die Verwendung von Urkunden vor Behörden etwas anderes bestimmen; es sind dies vor allem die Vorschriften des Grundbuchsgesetzes 1955 und der internationalen Verträge.

Die Bestimmungen über die Beilagen können entfallen, da die Regelung des § 48 hierfür genügt.

Zu §§ 76 und 87:

Der erste Absatz des § 87 ist zu eng gefaßt; er bezieht sich lediglich auf die Beurkundung

der Beschlüsse von Generalversammlungen der Aktiengesellschaften und anderer Vereine. Beurkundet werden aber Beratungen und Beschlüsse jeder Art. Nach der derzeitigen Fassung sind insbesondere die Beschlüsse des Aufsichtsrates nicht gedeckt. Daher soll dem ersten Absatz des § 87 eine erweiterte Fassung gegeben werden, wobei er auch sprachlich geändert wird. Im Zusammenhang damit muß auch die Überschrift zu § 87 entsprechend geändert werden.

Der zweite Absatz des § 87 bestimmt derzeit, daß das über Beratungen und Beschlüsse aufgenommene Protokoll von demjenigen zu unterschreiben ist, der der Versammlung vorgesehene ist, und von zwei anderen Mitgliedern der Versammlung. Es genügt die Unterschrift durch den Vorsitzenden allein; sofern aber kein Vorsitzender bestellt worden ist, ist die Unterschrift aller Teilnehmer erforderlich; in diesem Sinn soll Abs. 2, der ebenfalls sprachlich verbessert wird, geändert werden.

Nach Abs. 4 muß die Urschrift der Beurkundung den ganzen Inhalt des Protokolls umfassen. Dies ist überflüssig, wenn nur gewisse Teile hievon benötigt werden; diese Einschränkung ist unbedenklich, weil auch von Notariatsakten Auszüge erteilt werden können. Der Abs. 4 soll daher als entbehrlich gestrichen werden.

§ 76 Abs. 1 lit. g muß der geänderten Rechtslage angepaßt werden; dort werden unter den Beurkundungen jene „über Beschlüsse von Generalversammlungen von Vereinen“ genannt. Diese Regelung entspricht der derzeitigen Fassung des § 87 und muß, entsprechend der Änderung des § 87, lauten: „über Beratungen und Beschlüsse“.

Zu § 96:

Nach der derzeitigen Regelung können von Notariatsakten über letztwillige Anordnungen und von letztwilligen Anordnungen, die vor einem Notar errichtet oder ihm übergeben werden, nur Abschriften erteilt werden. In solche letztwillige Anordnungen werden aber auf Wunsch der Parteien häufig auch andere Verträge, zum Beispiel Übergabsverträge, aufgenommen. Ein solcher Vertrag enthält unter Umständen vollstreckbare Leistungsverpflichtungen, die in das Grundbuch eingetragen werden sollen. Für solche Eintragungen in das Grundbuch ist aber eine Ausfertigung notwendig; eine bloße Abschrift genügt nicht. Würde nun von jenem Teil der Notariatsurkunde, der den Vertrag enthält, eine Ausfertigung angefertigt werden, so käme einem solchen Auszug nach § 102 Abs. 2 die Exekutionsfähigkeit nicht zu.

Um diese Schwierigkeiten zu beseitigen, soll nunmehr auch die Möglichkeit der Anfertigung von Ausfertigungen von Notariatsakten, die letztwillige Anordnungen enthalten, zugelassen werden. Den Ausfertigungen von Notariatsakten entsprechen in jenen Fällen, in denen vom Notar ein Protokoll über die letztwillige Anordnung aufgenommen wurde, die Beurkundungen. Wenn kein Protokoll aufgenommen wird, also eine letztwillige Anordnung ohne Aufnahme eines Protokolls vom Notar bloß aufbewahrt werden soll, dann können hievon nur Abschriften erteilt werden.

Zu § 100:

Derzeit hat die Ausfertigung eines Notariatsaktes, die entgegen den in diesem Abschnitt enthaltenen Vorschriften erteilt worden ist, nicht die Kraft einer öffentlichen Urkunde. Darunter ist auch die Vorschrift des § 98 zu verstehen, wonach in einem Notariatsakt nichts radiert werden darf. Es ist in der Praxis kaum möglich, daß ein Notariatsakt größeren Umfanges von einer Schreibkraft ohne jeden Tippfehler geschrieben wird; da aber ein solcher Fehler nach dem Wortlaut des § 98 nicht verbessert werden darf, müßte jede Seite, die einen Tippfehler enthält, neu geschrieben werden, ein Umstand, der eine ungeheure Belastung darstellt.

Ein Notariatsakt wäre nach der Vorschrift des § 98 auch dann unwirksam, wenn die Ausfertigungen mit der Urschrift nicht wortgetreu übereinstimmen. Diese Regelung widerspricht dem § 292 ZPO., wonach das Gericht nur die formellen Voraussetzungen zu prüfen hat, im übrigen aber eine formell einwandfreie Urkunde den Beweis dessen liefert, was darin bezeugt wird; doch ist der Beweis der Unrichtigkeit des bezeugten Vorganges oder der bezeugten Tatsache oder der unrichtigen Beurkundung zulässig. Danach ist der Umstand, daß eine Ausfertigung mit der Urschrift nicht wortgetreu übereinstimmt, nicht von Amts wegen wahrzunehmen, sonst müßte jedesmal die Urschrift der Urkunde angeschlossen werden. Vielmehr wird der Gegenbeweis nach § 292 Abs. 2 ZPO. zu erbringen sein.

§ 100 soll demnach dahin geändert werden, daß lediglich eine Ausfertigung, die den formellen Voraussetzungen des § 99 nicht entspricht, nicht die Kraft einer öffentlichen Urkunde hat.

Zu § 116:

Dieser Paragraph bezeichnet die Bücher, welche die Notare zu führen haben.

In der Praxis hat sich die Notwendigkeit ergeben, dieses Verzeichnis zu ergänzen. Notwendig ist noch die Führung folgender Geschäftsbehalte:

1. Eine geordnete Sammlung der Protestvermerke; diese Regelung entspricht dem Artikel 85 Abs. 3 des Wechselgesetzes 1955, BGBl. Nr. 49, wonach eine geordnete Sammlung der Protestvermerke zu führen ist; dies besagt die neue lit. d des § 116.

2. Unbedingt erforderlich ist die Führung eines Tagebuches, in dem die gesamten Ein- und Ausgänge eines Jahres einzutragen sind, und zwar in getrennten Spalten a) für Bargeld, b) für Wertpapiere und Wertgegenstände, worunter auch Einlagebücher zu verstehen sind, und c) Ein- und Ausgänge auf den bei Kreditinstituten geführten Konten der Notare für fremde Rechnung, den sogenannten Anderkonten.

3. Zur weiteren Aufgliederung muß auch noch ein Kassabuch geführt werden, in dem alle der zu 2. genannten Ein- und Ausgänge gesondert für jede einzelne Sache einzutragen sind; hiezu ist auch noch ein Namensverzeichnis zu führen.

Nicht ausgeschlossen soll werden, daß Tagebuch und Kassabuch in Karteiform geführt werden.

Zu § 118:

Die derzeitige Fassung des zweiten Absatzes gibt zu Zweifeln Anlaß und entspricht, insbesondere was die Bestimmungen über den Rechtszug betreffen, nicht der verfassungsrechtlichen Vorschrift über die Trennung von Justiz und Verwaltung.

Demgemäß soll dieser Absatz in folgender Weise geändert werden:

1. Nach § 117 Abs. 3 geschieht die Eintragung in das Verzeichnis der Notariatskandidaten auf Anzeige des Notars. § 118 hingegen spricht derzeit in seinem zweiten Absatz von einem „Antrag auf Eintragung“. Dieser Widerspruch soll durch das Wort „Anzeige“ an Stelle von „Antrag“ und durch den Hinweis auf § 117 Abs. 3 beseitigt werden. Das Wort „kann“ soll aus verfassungsrechtlichen Gründen durch „darf“ ersetzt werden, um das durch das Wort „kann“ ausgedrückte, aber nicht näher bezeichnete Ermessen der Notariatskammer auszuschließen.

Durch die Worte „wer nachweist“ soll zum Ausdruck gebracht werden, daß für die Eintragung das Einverständnis des Notariatskandidaten vorliegen muß, da er es ist, der diesen Nachweis zu erbringen hat. Derzeit ist Voraussetzung für die Eintragung in das Verzeichnis der Notariatskandidaten lediglich

die österreichische Staatsbürgerschaft und die Ablegung der Staatsprüfungen. Diese Voraussetzungen sollen dahin ergänzt werden, daß der Notariatskandidat auch von ehrenhaftem Vorleben sein muß, eine Voraussetzung, die auch zur Erlangung einer Notarstelle erforderlich ist. Eine weitere Voraussetzung soll, einem Wunsche der Notare folgend, durch Einführung einer Altersgrenze geschaffen werden. Der Notariatskandidat darf bei seiner ersten Eintragung in das Verzeichnis das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Dadurch sollen eine zu große Belastung der Versicherungsanstalt des Notariats und Einschübe älterer Personen durch Übertritt aus anderen juristischen Berufen vermieden werden. Durch die Worte „bei seiner ersten Eintragung in das Verzeichnis“ soll zum Ausdruck gebracht werden, daß für den Fall, daß der Kandidat bereits einmal in einem Verzeichnis der Notariatskandidaten eingetragen war, in der Folge anderweitig tätig wurde und später sich wieder in ein Verzeichnis derselben oder einer anderen Kammer eintragen ließ, das Alter im Zeitpunkt der ersten Eintragung maßgebend ist.

Nach der derzeitigen Regelung kann die Eintragung nur versagt werden, „wenn der Bewerber eine Handlung begangen hat, die ihn des Vertrauens unwürdig macht“. Diese Fassung ist zu eng. Die Gründe sollen demonstrativ genannt werden, wobei sowohl Gründe herangezogen werden, die in der Person des Bewerbers liegen, als auch solche Gründe, bei denen dies nicht der Fall ist. Aus dieser Aufzählung kann der Schluß gezogen werden, was unter einem „wichtigen Grund“ zu verstehen ist; es muß sich um einen Grund handeln, der dem aufgezählten an Gewicht gleichkommt.

Derzeit steht dem Antragsteller und dem Notar gegen die Verweigerung der Eintragung die Beschwerde an das Oberlandesgericht und sodann an den Obersten Gerichtshof zu. Dieser Rechtszug widerspricht dem Grundsatz der Trennung von Justiz und Verwaltung, weil gegen die Entscheidung der Notariatskammer der Rechtszug an ein Gericht vorgesehen ist. Nach dem Entwurf ist eine ausdrückliche Regelung über den Rechtszug in diesem besonderen Fall nicht mehr nötig, da eine allgemeine Regelung im § 138 getroffen werden soll. Hingegen muß zum Ausdruck gebracht werden, wem das Berufungsrecht zusteht; denn einerseits steht die Berufung nur für den Fall der Verweigerung der Eintragung offen, so daß es sich um einen Sonderfall des § 138 handelt, andererseits kommt aus den Bestimmungen der §§ 117 und 118 nicht klar zum Ausdruck, wer zur Erhebung der Berufung berechtigt ist, weil das Verfahren bei

Eintragung in das Verzeichnis der Notariatskandidaten keinen Antragsteller, sondern nur einen Anzeiger, nämlich den Notar kennt; trotzdem soll aber sowohl diesem als auch dem Bewerber das Recht der Berufung eingeräumt werden, weil beide ein Interesse haben, sich gegen abweisende Bescheide zur Wehr zu setzen.

Der letzte Absatz des § 118 soll aufgehoben werden, weil die Streichung aus dem Verzeichnis der Kandidaten ausführlich im folgenden § 118 a geregelt werden soll.

Zu § 118 a:

In diesem Paragraphen sollen die Gründe für die Streichung aus dem Verzeichnis der Notariatskandidaten und das hiebei einzuhaltende Verfahren geregelt werden. Bisher enthält lediglich § 118 Abs. 6 eine kurze Bestimmung, daß ein Notariatskandidat, der die österreichische Staatsbürgerschaft verloren hat, zu streichen ist.

Im ersten Absatz sollen die Gründe für die Streichung aus dem Verzeichnis zusammenfassend geregelt werden, und zwar entsprechend den im § 19 Abs. 1 genannten Gründen für das Erlöschen des Amtes eines Notars. Bisher mußten die Gründe für die Streichung aus den allgemeinen Grundsätzen der Notariatsordnung geschlossen werden; das Bedürfnis der Praxis erfordert jedoch, diese Fälle genau zu regeln.

Die lit. a entspricht dem § 19 Abs. 1 lit. a. Austritt und Unterbrechung der Praxis müssen nach § 117 Abs. 3 vom Notar unverweilt der Notariatskammer angezeigt werden. Auf Grund dieser Anzeige ist der Notariatskandidat aus dem Verzeichnis zu streichen. Unterläßt der Notar diese Anzeige, so hat die Notariatskammer von Amts wegen darauf zu achten und die Streichung vorzunehmen.

Die lit. b entspricht dem § 19 Abs. 1 lit. b und behandelt die Verletzung der Ausschließlichkeit der Praxis, die im § 118 Abs. 3 geregelt ist.

Die lit. c, d und e entsprechen den mit der gleichen Bezeichnung versehenen Bestimmungen des § 19 Abs. 1. Die Bestimmung der lit. e soll verhindern, daß ein Notar, dessen Amt infolge Erreichung der Altersgrenze erloschen ist (§ 19 Abs. 1 lit. e) sich nunmehr wieder in das Verzeichnis der Notariatskandidaten eintragen läßt und auf diese Weise etwa zum Substituten einer Notarstelle bestellt werden könnte.

Die lit. f, g und h entsprechen den mit der gleichen Bezeichnung versehenen Bestimmungen des § 19 Abs. 1.

Lit. i enthält einen Grund für die Streichung aus dem Verzeichnis, der im § 19 kein Gegenstück hat. Er soll den Notariatskandidaten veranlassen, die Prüfung nicht auf zu lange Zeit hinauszuschieben und Kandidaten, die die Prüfung innerhalb der vorgesehenen Zeit nicht erfolgreich abgelegt haben, zu entfernen.

Der zweite Absatz verpflichtet die Notariatskammer, den Kandidaten vor der Streichung zu hören.

Die ausdrückliche Regelung, daß gegen die Streichung nur dem Notariatskandidaten die Berufung zusteht, ist trotz der allgemeinen Regelung des Rechtszuges im § 138 erforderlich, weil es sich hiebei um einen Sonderfall in der Richtung handelt, daß nur dem Notariatskandidaten das Berufungsrecht zusteht, ein Berufungsrecht des Notars demnach ausgeschlossen ist.

Zu § 119:

Dieser Paragraph handelt von der Bestellung eines Substituten. Zuständig für die Bestellung ist derzeit der Gerichtshof erster Instanz. Da es sich um eine Verwaltungsangelegenheit handelt, soll im Abs. 1 an die Stelle des Gerichtshofes der Präsident des Gerichtshofes treten.

Abs. 3 bestimmt, wer als Substitut geeignet ist. Derzeit kommt als Substitut in Betracht entweder ein Notar oder ein Notariatskandidat, der alle zur Erlangung einer Notarstelle erforderlichen Eigenschaften besitzt. Falls ein solcher Substitut nicht zur Verfügung steht, so kann auch ein Kandidat zum Substituten bestellt werden, der nicht die nach § 6 lit. d erforderliche Praxis bei einem Notar hat.

Es kann sich nun der Fall ergeben, daß ein Notariatskandidat, also eine in das Verzeichnis der Kandidaten eingetragene Person, nicht zur Verfügung steht. Daher soll die Möglichkeit geschaffen werden, eine Person, die zwar alle Erfordernisse zur Erlangung einer Notarstelle besitzt, in das Verzeichnis der Kandidaten aber nicht eingetragen ist, zum Substituten zu bestellen; denn ist jemand für die Ernennung zum Notar geeignet, dann ist er es auch für die Bestellung zum Substituten. In Betracht kommen zum Beispiel Personen, die in das Verzeichnis der Notariatskandidaten eingetragen waren, wegen Berufswechsels gestrichen wurden, dann aber wieder zum Notarenstand zurückgekehrt sind, in das Verzeichnis der Notariatskandidaten aber noch nicht wieder eingetragen wurden, oder Notare, die ihr Amt zurückgelegt haben. Durch das Wort „geeignete“ werden Notare ausgeschlossen, die bereits die Altersgrenze erreicht haben. Die zum Substituten zu bestellende Person muß aber die siebenjährige

Praxis des § 6 lit. d nicht nachweisen; vielmehr genügt, so wie im § 6 letzter Absatz, eine vierjährige juristische Praxis, davon mindestens zwei Jahre als Notariatskandidat. Nachwuchsschwierigkeiten können es aber mit sich bringen, daß auch Personen mit dieser eingeschränkten Praxis nicht zur Verfügung stehen; in diesem Falle kann auf Antrag der Notariatskammer mit Genehmigung des Bundesministeriums für Justiz auch ein Substitut bestellt werden, der eine vierjährige juristische Praxis nicht nachweisen kann, aber wenigstens eine zweijährige Praxis als Notariatskandidat zurückgelegt hat. Diese zweijährige Praxis bei einem Notar ist zur ordnungsmäßigen Tätigkeit als Substitut unbedingt erforderlich.

Zu § 120:

Dieser Paragraph ordnet an, daß in dringenden Fällen auch ohne Antrag der Notariatskammer der Gerichtshof erster Instanz einen Substituten bestellen kann. Diese Bestimmung ist entbehrlich; ihr kommt kaum praktische Bedeutung zu. Außerdem können sich Schwierigkeiten bei Beantwortung der Frage ergeben, ob ein dringender Fall vorliegt, wenn Gericht und Notariatskammer in dieser Frage verschiedener Meinung sind.

Die nach dem Entwurf an Stelle der bisherigen Regelung aufzunehmenden Bestimmungen wollen die Einrichtung des Dauersubstituten regeln. Grundsätzlich ist ein Substitut für jeden einzelnen Verhinderungsfall des Notars, sei es durch Krankheit, Urlaub usw. vom Gerichtshofpräsidenten zu bestellen. Solche Verhinderungsfälle können sich im Laufe eines Jahres wiederholen, womit eine bedeutende Arbeitslast sowohl für die Notariatskammer als auch für den Gerichtshofpräsidenten gegeben ist. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung soll daher die Einrichtung des Dauersubstituten geschaffen werden. Er wird für alle während eines Kalenderjahres bei einem Notar eintretenden Substitutionsfälle bestellt und muß die gleichen Eigenschaften besitzen wie der im § 119 Abs. 3 genannte, für den Einzelfall zu stellende Substitut. Der zu substituierende Notar schlägt der Notariatskammer einen Substituten vor, dieser muß schriftlich erklären, daß er mit seiner Bestellung einverstanden ist, die Notariatskammer stellt den Antrag beim Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz, der den Dauersubstituten bestellt.

Tritt nun im Laufe eines Kalenderjahres bei dem Notar ein Substitutionsfall ein, so nimmt der Dauersubstitut seine Tätigkeit sofort auf. Um klarzustellen, wann seine Tätigkeit beginnt und warum er tätig wird,

hat der Substitut diesen Zeitpunkt und den Grund der Substitution dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz, der ihn zum Dauersubstituten bestellt hat, dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz, in dessen Sprengel der Notar seinen Amtssitz hat, und der Notariatskammer schriftlich anzuzeigen. Nach Beendigung des Substitutionsfalles hat der Notar die Wiederaufnahme seiner Amtstätigkeit in gleicher Weise anzuzeigen. Diese Anzeigen sollen zum Zeichen des Einverständnisses vom anderen Teil mitunterfertigt werden; ist dies aus irgendeinem Grund nicht möglich, dann ist die betreffende Person zu verständigen. Alle diese Verständigungen haben keine konstitutive, sondern nur deklaratorische Bedeutung.

Zur Beseitigung von Zweifeln bestimmt der Abs. 3, daß die Bestellung eines Substituten für den Einzelfall durch die Bestellung eines Dauersubstituten nicht ausgeschlossen wird. Der Dauersubstitut muß von einer solchen Bestellung verständigt werden, damit nicht Dauersubstitut und Einzelsubstitut gleichzeitig tätig werden. Der Dauersubstitut darf während der Bestellung eines Einzelsubstituten keine Amtshandlungen vornehmen.

Zu § 122:

Der erste Absatz wird sprachlich geändert, insbesondere soll an die Stelle des „Eides“ die „Angelobung“ treten, da der Substitut ebenso wie der Notar eine Angelobung leistet (vgl. Artikel VII des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1921, BGBl. Nr. 375). Die Angelobung ist eine Verwaltungsangelegenheit, weshalb an die Stelle des Gerichtshofes erster Instanz der Präsident dieses Gerichtshofes treten soll. Außerdem wird der Nachweis des Bestehens einer Haftpflichtversicherung gemäß § 22 vorgeschrieben.

Auch die Bestimmung des Tages, an dem der Substitut sein Amt anzutreten hat (Abs. 2), soll als Verwaltungsangelegenheit in die Zuständigkeit des Gerichtshofpräsidenten fallen. Der zweite Absatz muß im Hinblick auf die Einführung des Dauersubstituten (§ 120) dahin ergänzt werden, daß im Falle einer Dauersubstitution das Kalenderjahr zu bezeichnen ist, für das der Dauersubstitut bestellt wird.

Die Verständigung aller im § 16 genannten Behörden, wie sie derzeit vorgesehen ist, ist überflüssig, da es sich bei der Bestellung eines Substituten nur um eine vorübergehende Maßnahme handelt. Es genügt die Verständigung der Notariatskammer und des Gerichtshofes erster Instanz, in dessen Sprengel der zu substituierende Notar seinen Amtssitz hat.

Zu § 123:

Zu Auslegungsschwierigkeiten hat die Frage geführt, ob der Substitut zur Vornahme von Rechtshandlungen einer Vollmacht der Partei bedarf. Diese Frage ist von grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere in Grundbuchsangelegenheiten, weshalb sie dahin geklärt werden soll, daß der Substitut einer solchen Vollmacht nicht bedarf. Der erste Absatz soll in diesem Sinne ergänzt werden.

Im Abs. 2 soll klargestellt werden, daß der Substitut in allen Fällen seiner Unterschrift einen Hinweis auf seine Eigenschaft als Substitut beizufügen und das Bestellsdekret anzuführen hat. Derzeit wird dies nur bei der Unterzeichnung von Notariatsurkunden gefordert.

Zweifelhaft ist auch die Frage, ob die Weiterführung der Geschäfte durch einen Substituten trotz seiner Enthebung den von ihm aufgenommenen Urkunden die Kraft von öffentlichen Urkunden nimmt. Diese Frage soll in einem neuen Abs. 6 im Interesse der Bevölkerung dahin beantwortet werden, daß die Urkunde trotzdem als öffentliche anzusehen ist.

Zur Überschrift zum VIII. Hauptstück:

Die Aufnahme der Bestimmungen über den Delegiertentag in das Gesetz erfordert die Ergänzung der Überschrift zum VIII. Hauptstück in diesem Sinn.

Zu § 124:

Die Sprengel der Notariatskollegien werden derzeit im Gesetz nicht genannt. Dem Bundesministerium für Justiz steht das Recht zu, die Vereinigung und Trennung von Notariatskollegien auszusprechen. Diese Regelung ist verfassungsrechtlich bedenklich. Daher sollen im Abs. 1 die Sprengel der Notariatskollegien, entsprechend der derzeitigen Rechtslage, ausdrücklich genannt werden, sodaß der zweite Absatz aufgehoben werden kann.

Der neue zweite Absatz entspricht dem bisherigen Abs. 3; das Wort „Liste“ soll, entsprechend der Fassung des § 118, durch „Verzeichnis“ ersetzt werden.

Zu § 128:

Der Abs. 1 nimmt Bezug auf § 140, wonach unter Umständen der Gerichtshof erster Instanz die Geschäfte der Notariatskammer versehen kann. § 140 soll aufgehoben werden; daher soll auch die Bezugnahme darauf im § 128 Abs. 1 entfallen. Das Wort „bestellen“ soll, den Tatsachen entsprechend, durch „wählen“ ersetzt werden.

Abs. 2 soll den derzeitigen Verhältnissen angepaßt werden, wonach die Kammern ihren Sitz in der Landeshauptstadt haben; lediglich die Kammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland hat ihren Sitz in Wien und die Kammer für Tirol und Vorarlberg in Innsbruck. Durch diese Änderung kann die Regelung entfallen, wonach das Bundesministerium für Justiz unter Umständen den Sitz der Kammer zu bestimmen hat, eine Vorschrift, die verfassungsrechtlich bedenklich ist.

Im dritten Absatz soll die Zitierung des § 124 Abs. 3 in § 124 Abs. 2 geändert werden, da nach der Fassung des Entwurfes der § 124 nur mehr zwei Absätze haben soll.

Zu § 129:

Im dritten Absatz soll infolge Änderung des § 124 ebenfalls die Zitierung des § 124 Abs. 3 in § 124 Abs. 2 geändert werden.

Zu § 131:

Zur Klarstellung soll im ersten Absatz eine Bestimmung über die Form der Abstimmung vorangestellt werden. Da nicht einzeln, sondern über eine Liste auf einmal abgestimmt wird, kann sich der Fall ereignen, daß mehr Personen gewählt werden, als zu wählen sind, weshalb eine Regelung für diesen Fall getroffen werden soll.

Zu § 134:

Infolge Änderung der §§ 124 und 170 müssen folgende Zitierungen im § 134 geändert werden: In der Z. 9 die Zitierung des § 170 Abs. 2 und 4 in § 170 Abs. 2 und 3 und in der Z. 13 die Zitierung des § 124 Abs. 1 und 3 in § 124.

Zu § 138:

Dieser Paragraph enthält die allgemeinen Bestimmungen über den Rechtszug. Die Regelung geht derzeit davon aus, daß die Gerichte als solche (Gerichtshof erster Instanz und Oberlandesgericht) zu entscheiden haben, sodaß gegen eine Entscheidung des Gerichtshofes erster Instanz ein Rechtsmittel an das Oberlandesgericht, gegen dessen Entscheidungen ein Rechtsmittel an den Obersten Gerichtshof ergriffen werden kann.

Der Entwurf überträgt die Befugnisse in Verwaltungsangelegenheiten der Notare nicht mehr den Gerichten, sondern den Präsidenten der Gerichtshöfe. Demnach muß der Rechtszug dahin geregelt werden, daß gegen Bescheide der Notariatskammer und ihres Präsidenten sowie gegen Bescheide des Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz der Rechtszug an den Oberlandesgerichtspräsidenten und

gegen Bescheide des Oberlandesgerichtspräsidenten, die er in erster Instanz erlassen hat, der Rechtszug an das Bundesministerium für Justiz als oberste Verwaltungsbehörde vorgesehen ist; die gleiche Regelung soll Platz greifen, wenn der Oberlandesgerichtspräsident als Rechtsmittelinstanz einschreitet und den Bescheid der unteren Instanz abgeändert hat. Hingegen soll gegen gleichförmige Entscheidungen erster und zweiter Instanz, so wie bisher, ein weiterer Rechtszug ausgeschlossen sein.

Die Terminologie folgt jener des AVG. 1950. Demgemäß wird von „Bescheid“ und von „Berufung“ gesprochen. Zur näheren Erklärung werden nach dem Worte Bescheid, entsprechend dem § 56 Abs. 1 AVG. 1950 in Klammern die Worte „Entscheidungen und Verfügungen“ beigesetzt. Nach dem Wort Berufung wird das Wort „Beschwerde“ angeführt, da manche Bestimmungen der Notariatsordnung, die unverändert bleiben, diesen Ausdruck verwenden.

Nach der derzeitigen Regelung des Abs. 3 kann die Behörde, die in erster Instanz entschieden hat, einer Beschwerde aufschiebende Wirkung zuerkennen. Der Entwurf folgt in diesem Punkt der Regelung des § 64 AVG. 1950, wonach rechtzeitig eingebrachte Berufungen aufschiebende Wirkung haben; doch kann die Stelle, die in der Hauptsache entscheidet, die aufschiebende Wirkung aberkennen, wenn dies im Interesse des öffentlichen Wohles wegen Gefahr im Verzug dringend geboten ist. Dem im § 64 AVG. 1950 genannten weiteren Grund des Parteieninteresses kommt für den Wirkungsbereich der Notariatsordnung keine Bedeutung zu, weil es sich um kein Zweiparteienverfahren handelt.

Zu § 139:

Der Abs. 2, der von der Auflösung einer Kammer durch das Bundesministerium für Justiz handelt, soll geändert werden, weil die derzeitige Regelung keine Gründe für die Auflösung nennt, daher verfassungsrechtlich bedenklich ist. Diese Gründe können nicht erschöpfend aufgezählt werden; beispielsweise soll der bisher im § 140 Abs. 2 angeführte Grund genannt werden, daß die Besetzung der Stellen der Kammermitglieder aus dem Notarenstande sich als undurchführbar erweist.

Nach der derzeitigen Regelung des Abs. 3 hat die Kammergeschäfte bis zum Amtsantritt der neuen Kammer der Gerichtshof erster Instanz zu besorgen. Die Einschaltung eines Gerichtshofes in solchen Angelegenheiten ist verfassungsrechtlich bedenklich; daher sollen die Geschäfte durch einen Notar besorgt

werden, der vom Bundesministerium für Justiz zugleich mit der Auflösung der Kammer bestellt wird. Die gleichzeitige Bestellung ist erforderlich, um zu vermeiden, daß während einer gewissen Zeit die Kammergeschäfte von niemandem besorgt werden können. Die Tätigkeit dieses Notars soll nur eine vorübergehende sein, daher hat er binnen zwei Monaten nach seiner Bestellung die Neuwahl der Kammer anzuordnen und zu leiten.

Zu § 140:

Dieser Paragraph soll aufgehoben werden. Der erste Absatz ist durch Anführung der Notariatskollegien im § 124 überflüssig geworden, der zweite Absatz soll in den § 139 übernommen werden, der dritte Absatz wird gegenstandslos, da nach § 139 in der Zwischenzeit ein Notar die Geschäfte zu besorgen hat.

Zu § 141:

Dieser Paragraph enthält derzeit die Grundsätze für den Delegiertentag der Notariatskammern, während die näheren Bestimmungen in der Verordnung BGBl. Nr. 756/1921 enthalten sind. Die im § 141 enthaltene Ermächtigung zur Regelung dieser Materie im Verordnungswege dürfte der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes zu Artikel 18 B.-VG. nicht entsprechen.

Die in der Verordnung enthaltene Regelung soll daher in das Gesetz übernommen werden (§§ 141 a bis 141 h). Damit entfällt der vierte Absatz des § 141, der die Verordnungsermächtigung enthält.

Der erste Absatz enthält den Aufgabenbereich des Delegiertentages, seine offizielle Bezeichnung und seinen Sitz.

Der zweite Absatz entspricht dem bisherigen dritten Absatz mit der Änderung, daß die Aufhebung von Beschlüssen des Delegiertentages durch das Bundesministerium für Justiz bei Gesetzeswidrigkeit nicht in das Ermessen des Bundesministeriums für Justiz gestellt wird, sondern zwingend vorgeschrieben ist. Außerdem wird für die Mitteilung der Beschlüsse des Delegiertentages an das Bundesministerium für Justiz eine Frist vorgeschrieben.

Die im bisherigen zweiten Absatz enthaltene Regelung über eine Geschäftsordnung des Delegiertentages soll den Inhalt des neuen § 141 h bilden.

Zu §§ 141 a bis h:

In Anlehnung an die derzeit geltende Verordnung BGBl. Nr. 756/1921 enthalten die näheren Bestimmungen über den Delegiertentag folgendes:

§ 141 a regelt die Zusammensetzung des Delegiertentages und die Voraussetzungen für die Wahlen der Mitglieder.

§ 141 b enthält die Art der Beschlußfassung und die Beschlußfähigkeit.

§ 141 c bestimmt die Organe des Delegiertentages, die einen Ständigen Ausschuß bilden.

§ 141 d enthält nähere Bestimmungen über die Einberufung des Delegiertentages und die Funktion, die der Präsident dabei ausübt.

Nähere Bestimmungen über den im § 141 c Abs. 2 genannten Ständigen Ausschuß enthält der § 141 e; er regelt die Beschlußfassung im Ständigen Ausschuß und den Umfang seiner Geschäfte.

Nach § 141 f kann der Delegiertentag auch Fachausschüsse bestellen, die ihn zu unterstützen haben.

§ 141 g setzt den Ersatz von Reise- und Aufenthaltskosten für Mitglieder des Delegiertentages fest, die nicht am Ort der Tagung ihren Amtssitz (bei Notaren) oder ihren Dienstort (bei Notariatskandidaten) haben oder die im Auftrag des Delegiertentages Reisen ausführen. Außerdem sieht dieser Paragraph die Zahlung von Beiträgen der Notariatskammern an den Delegiertentag zur Deckung seiner Kosten vor. Die Höhe setzt der Delegiertentag fest, wobei er auf die ihm erwachsenden Kosten Bedacht zu nehmen hat.

§ 141 h ermächtigt das Bundesministerium für Justiz, durch Verordnung eine Geschäftsordnung für den Delegiertentag zu erlassen. Im Hinblick auf Artikel 18 B.-VG. werden jene Bestimmungen genannt, die in dieser Geschäftsordnung geregelt werden können.

Zu § 146:

Abs. 1 regelt die Abgabe der Akten, Geschäftsregister, Verzeichnisse und des Amtssiegels eines Notars im Falle des Todes, der Entlassung oder Versetzung; sie sind an das Notariatsarchiv abzugeben. Dringende Vorkehrungen in Ansehung der Akten hat das Bezirksgericht zu treffen.

Diese Regelung soll nicht auf die drei genannten Fälle beschränkt bleiben, sondern allgemein beim Erlöschen des Amtes eines Notars gelten. Diese Erweiterung soll der Entwurf bringen. Außerdem soll an die Stelle des Bezirksgerichtes bei dringenden Vorkehrungen ein von der Notariatskammer zu bestellender Notar treten, der auch Ausfertigungen, Beurkundungen und Abschriften zu erteilen hat. Durch diese Regelung soll einerseits eine Entlastung der Gerichte herbeigeführt, andererseits sollen diese Befugnisse einer mit der Materie vertrauten Person, nämlich einem Notar, übertragen werden.

Nach Abs. 2 kann bei Versetzung der Gerichtshof erster Instanz dem Notar in gewissen Fällen gestatten, seine Akten an den

neuen Amtssitz mitzunehmen. Da es sich hierbei um eine Verwaltungsangelegenheit handelt, soll an die Stelle des Gerichtshofes der Präsident des Gerichtshofes treten.

Zu § 156:

Nach der beabsichtigten Neuregelung des § 139 soll bei Auflösung einer Notariatskammer ein vom Bundesministerium für Justiz zu bestellender Notar und nicht mehr das Gericht die Geschäfte der Kammer besorgen; § 140 soll aufgehoben werden.

Diese Änderungen machen den § 156 entbehrlich, da ein nur für kurze Zeit bestellter Notar kaum in die Lage kommen wird, Ordnungsstrafen zu verhängen; vielmehr wird bis zur Bestellung einer neuen Kammer zugewartet werden können. § 156 soll daher aufgehoben werden.

Zu § 161:

Abs. 1 in der derzeitigen Fassung bestimmt, daß in Ansehung der Zusammensetzung des Disziplinarsenates und bezüglich des Disziplinarverfahrens die §§ 9 bis 26 und 39 bis 41 des Gesetzes RGBl. Nr. 46/1868, betreffend die Disziplinarbehandlung der Richter, sinngemäß anzuwenden sind.

Die Bestimmungen über das Disziplinarrecht der Richter wurden in das Richterdienstgesetz, BGBl. Nr. 305/1961, übernommen; die Zitierungen müssen daher den neuen Bestimmungen angepaßt werden.

Hiebei ist auf folgendes zu verweisen:

a) Die §§ 121, 130 Abs. 1 des Richterdienstgesetzes über die Verhängung von Ordnungsstrafen durch das Disziplinargericht sollen nicht übernommen werden, vielmehr soll die Verhängung von Ordnungsstrafen nach der Regelung des § 155 der Notariatsordnung auf jeden Fall der Notariatskammer überlassen bleiben.

b) § 120 des Richterdienstgesetzes bestimmt, daß der Beschuldigte einen Richter oder eine in die Verteidigerliste eingetragene Person als Verteidiger beiziehen kann. Die sinngemäße Anwendung dieser Bestimmung bedeutet, daß an Stelle eines Richters ein Notar als Verteidiger beizuziehen ist, weil nach dem Sinn dieser Bestimmung ein Kollege des gleichen Standes wie der Beschuldigte dessen Verteidigung übernehmen soll.

Der bisherige Abs. 2 sieht eine Zuständigkeit des Disziplinarsenates in Fällen vor, die keine eigentlichen Disziplinarangelegenheiten sind. Nach der neuen Regelung der §§ 18 und 19 ist für diese Fälle eine andere Zuständigkeit vorgesehen, weshalb die Zitierung dieser beiden Paragraphen zu entfallen hat. Im Verfahren

über das Erlöschen des Amtes wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen (§ 169) soll ebenso wie nach dem Richterdienstgesetz nicht das Disziplinargericht, sondern ein Dienstgericht entscheiden. Diese Regelung wird im § 169 getroffen, weshalb der zweite Absatz des § 161 entfallen soll.

Zu § 161 f:

Die Nichtübernahme der §§ 121 und 130 Abs. 1 des Richterdienstgesetzes über die Verhängung von Ordnungsstrafen durch das Disziplinargericht (vgl. die Ausführungen zu § 161) erfordert die Schaffung von Sonderbestimmungen für diese Fälle.

Zu § 163:

Nach der derzeitigen Regelung des Abs. 2 ist ein Erkenntnis des Disziplinargerichtes, das auf Suspension oder Entsetzung vom Amte lautet, auch in der amtlichen Landeszeitung kundzumachen und den im § 16 bezeichneten Gerichten zur Kenntnis zu bringen.

An die Stelle der amtlichen Landeszeitung soll einheitlich das „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ treten (vgl. die Ausführungen zu § 16). Außerdem soll sich die Veröffentlichung nur auf den Spruch des Erkenntnisses beziehen. Zu verständigen sind die gleichen Gerichte wie nach der geänderten Fassung des § 16.

Im Abs. 4 sollen die Bewirkung und Überwachung des Vollzuges der verhängten Strafe, die bisher dem Gericht erster Instanz zustehen — wobei nicht klar ist, ob darunter das Bezirksgericht oder der Gerichtshof verstanden werden soll — dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz übertragen werden, da es sich hierbei um eine Verwaltungsangelegenheit handelt.

Im Abs. 5 soll der erste Satz, der von der Wirksamkeit der Strafe der Suspension oder der Entsetzung vom Amte handelt, aufgehoben werden, da die Regelung hierüber nunmehr im § 32 Abs. 2 lit. c enthalten ist. Die weiteren Bestimmungen über den Vollzug dieser Strafen sollen in den Abs. 4 übernommen werden, da dort bereits vom Vollzug gesprochen wird.

Zu § 164:

Dieser Paragraph handelt von der Löschung der im Verzeichnis der Notare eingetragenen Ordnungsstrafen oder schriftlichen Verweise. Im Entwurf soll die Möglichkeit der Löschung aller sowohl über Notare als auch über Notariatskandidaten verhängten Disziplinarstrafen mit Ausnahme der Amtsentsetzung und der Streichung aus der Liste vorgesehen werden.

Während die Frist für die Löschung der Ordnungsstrafen und der schriftlichen Verweise wie bisher drei Jahre betragen soll, soll bei anderen Disziplinarstrafen die Löschung erst nach zehnjähriger tadelloser Führung möglich sein.

Die Entscheidung über die Löschung von Ordnungsstrafen soll wie bisher der Notariatskammer zustehen, während über die Löschung von Disziplinarstrafen das Disziplinargericht zu entscheiden und hievon die Kammer zu verständigen hat, damit diese die Löschung durchführen kann.

Der neue Abs. 3 soll aussprechen, welche Folgen die Löschung einer Strafe nach sich zieht.

Zu § 169:

Wie bereits zu § 161 ausgeführt worden ist, soll, ebenso wie nach dem neuen Richterdienstgesetz, zwischen dem eigentlichen Disziplinarverfahren und dem Verfahren infolge Amtsunfähigkeit wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen unterschieden werden. Für die letztgenannten Fälle soll das Odium eines Verfahrens vor dem Disziplinargericht vermieden und hiefür ein eigenes Dienstgericht für zuständig erklärt werden.

Diese Regelung erfordert eine Änderung des Abs. 3.

Zu § 170:

Der dritte Absatz soll aufgehoben werden, weil im Hinblick auf die beabsichtigte Neufassung des § 139 und die Aufhebung des § 140 die Geschäfte der Notariatskammer nicht mehr vom Gerichtshof besorgt werden sollen.

Zu § 184:

Dieser Paragraph enthält einen sinnstörenden Redaktionsfehler, nämlich die Zitierung des § 181 statt richtig 180; dieser Fehler soll berichtigt werden.

Zu Artikel II, III und IV:

Artikel II schafft die erforderlichen Übergangsbestimmungen zu den §§ 22, 118, 118 a, 138 und 141 ff., Artikel III setzt das Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes fest, Artikel IV enthält die Vollzugsklausel.

Die Durchführung dieses Bundesgesetzes erfordert weder einen erhöhten Verwaltungsaufwand noch vermehrte Kosten; wie in den Erläuterungen bei den einzelnen Bestimmungen ausgeführt ist, werden vielmehr die Gerichte und Staatsanwaltschaften entlastet.

Gegenüberstellung der bisherigen und der neuen Fassung der geänderten Vorschriften.

Alte Fassung.

§ 3. Notariatsakte, in welchen eine Schuld an Geld oder anderen vertretbaren Sachen festgestellt ist und in welchen die Person des Berechtigten, sowie jene des Verpflichteten, der Rechtstitel, der Gegenstand und die Zeit der Leistung genau bestimmt sind, sind gleich den vor Gericht abgeschlossenen Vergleichen exekutionsfähig, wenn zugleich der Verpflichtete in der Urkunde zugestimmt hat, daß dieselbe in Ansehung der anerkannten Schuld sofort vollstreckbar sein soll.

Ist die Verbindlichkeit von dem Eintritte einer Bedingung oder eines nicht kalendermäßig feststehenden Zeitpunktes abhängig, so ist zur Vollstreckbarkeit erforderlich, daß auch der Eintritt der Bedingung oder des Zeitpunktes durch eine öffentliche Urkunde nachgewiesen werde.

Vollmachten, auf Grund welcher ein Notariatsakt errichtet werden soll, müssen, um dem Akte die Vollstreckbarkeit zu sichern, sofern sie nicht schon öffentliche Urkunden sind, gerichtlich oder notariell beglaubigt sein.

§ 5. Nebst der im § 1 bezeichneten Amtswirksamkeit wird den Notaren auch gestattet, berufsmäßig über Verlangen von Parteien Eingaben außer Streitsachen zur Überreichung bei was immer für Behörden und Privaturkunden zu verfassen.

Neue Fassung.

§ 3. Ein Notariatsakt ist wie ein vor Gericht abgeschlossener Vergleich exekutionsfähig, wenn

- a) darin eine **Verpflichtung zu einer Leistung oder Unterlassung** festgestellt wird; **ausgenommen ist die Verpflichtung zur Räumung einer Wohnung oder einzelner Wohnungsbestandteile, sofern es sich nicht um die Räumung durch den Eigentümer oder Miteigentümer der Liegenschaft handelt;**
- b) die Person des Berechtigten und des Verpflichteten, der Rechtstitel, der Gegenstand, die Art, der Umfang und die Zeit der Leistung oder Unterlassung genau bestimmt sind;
- c) **über die Verpflichtung nach lit. a ein Vergleich zulässig ist;**
- d) der Verpflichtete in diesem oder in einem **gesonderten Notariatsakt** zugestimmt hat, daß der Notariatsakt sofort vollstreckbar sein soll.

Unverändert.

Aufgehoben.

§ 5. Neben den Befugnissen nach § 1 steht den Notaren auch das Recht zu, Privaturkunden zu verfassen, **Parteien außerbehördlich und vor Verwaltungsbehörden, in Rechtsangelegenheiten außer Streitsachen und, soweit kein Anwaltszwang besteht, auch im Exekutionsverfahren vor Gericht zu vertreten.** Zur Vertretung im Verwaltungsstrafverfahren und vor Finanzstrafbehörden sind Notare jedoch nur dann befugt, wenn sie in die Verteidigerliste eingetragen sind.

Die Notare sind auch berechtigt, Parteien in Zivilprozessen, für die kein Anwaltszwang besteht, vor Gericht zu vertreten, wenn am Amtssitz des Gerichtes nicht wenigstens zwei Rechtsanwälte ihren Wohnsitz haben.

Alte Fassung.

Die Notare haben gleich anderen beeideten Sachwaltern diese Geschäfte mit Redlichkeit, Genauigkeit und Fleiß nach den bestehenden Gesetzen zu versehen, jede Mitwirkung zu verbotenen, verdächtigen oder zum Scheine vorgegebenen Geschäften zu versagen und den Parteien für jeden durch ihr Verschulden verursachten Schaden zu haften.

Alle Eingaben, welche die Notare verfassen, müssen von ihnen unterzeichnet sein.

Die ihnen für die Verfassung von Eingaben gebührende Entlohnung ist bei mangelndem Übereinkommen nach den gesetzlichen Bestimmungen über den Lohnvertrag zu bemessen.

In Ansehung der Entlohnung für die Verfassung von Privaturkunden findet das XI. Hauptstück dieser Notariatsordnung mit den dort bezeichneten Abweichungen Anwendung.

Die Aufsicht und die Disziplinargewalt über die Notare steht auch in Ansehung der Besorgung dieser Geschäfte den im X. Hauptstück bezeichneten Behörden nach den dort gegebenen Vorschriften zu.

§ 6. Zur Erlangung einer Notarstelle wird erfordert, daß der Bewerber

- a) österreichischer Bundesbürger, volljährig und von unbescholtenem Lebenswandel sei und die freie Verwaltung seines Vermögens besitze;
- b) die rechts- und staatswissenschaftlichen Studien zurückgelegt und die vorgeschriebenen theoretischen Prüfungen abgelegt habe;
- c) die Notariats-, Rechtsanwalts- oder Richteramtsprüfung mit Erfolg bestanden, und
- d) sich durch 4 Jahre im praktischen Justizdienste verwendet habe, wovon mindestens 2 Jahre in der Praxis bei einem Notare zugebracht worden sein müssen, die übrige Zeit aber auch in der gerichtlichen oder in der Praxis bei einem Rechtsanwalt oder einer Finanzprokuratur zugebracht sein kann;
- e) die für die Stelle, für welche er ernannt werden will, erforderliche Kenntnis der Landessprachen besitze.

Inwieferne eine strafgerichtliche Verurteilung die Unfähigkeit zur Erlangung einer Notarstelle nach sich ziehe, bestimmen die allgemeinen Strafgesetze.

Von dem unter lit. d angeführten Erfordernisse der zweijährigen Praxis bei einem Notare kann der Justizminister, bei Vorhandensein der übrigen gesetzlichen Erfordernisse, die Nachsicht

Neue Fassung.

Die Notare haben alle Geschäfte mit Redlichkeit, Genauigkeit und Fleiß nach den bestehenden Rechtsvorschriften zu versehen und jede Mitwirkung zu verbotenen, verdächtigen oder zum Scheine vorgegebenen Geschäften zu versagen.

Alle Eingaben, welche die Notare verfassen, müssen von ihnen unterzeichnet sein.

Entfällt.

Entfällt.

Auch bei Besorgung dieser Geschäfte unterstehen die Notare der Aufsicht und Disziplinargewalt der im X. Hauptstück bezeichneten Behörden nach den dort angeführten Vorschriften.

§ 6. Zur Erlangung einer Notarstelle wird erfordert, daß der Bewerber

- a) österreichischer Staatsbürger, volljährig, von ehrenhaftem Vorleben ist und die freie Verwaltung seines Vermögens hat;
- b) die rechts- und staatswissenschaftlichen Studien zurückgelegt und die vorgeschriebenen Staatsprüfungen bestanden hat;
- c) die Notariats-, Rechtsanwalts- oder Richteramtsprüfung bestanden hat;
- d) eine siebenjährige juristische Praxis nachweist, und zwar mindestens drei Jahre als Notariatskandidat nach Ablegung einer der in lit. c genannten Prüfungen, die übrige Zeit als Notariatskandidat, Rechtspraktikant, Richteramtsanwärter, Hilfsrichter, Richter, Rechtsanwaltsanwärter, Rechtsanwalt oder als rechtskundiger Beamter bei der Finanzprokuratur.

Entfällt.

Entfällt.

Wenn um die zu besetzende Stelle kein geeigneter, allen gesetzlichen Voraussetzungen entsprechender Bewerber einschreitet, so wird für diese Bewerbung die im Abs. 1 lit. d ge-

Alte Fassung.

erteilen, wenn um die zu besetzende Stelle kein mit allen gesetzlichen Erfordernissen versehener, für diese Stelle geeigneter Bewerber einschreitet.

§ 8. Die Amtswirksamkeit des Notars erstreckt sich auf den ganzen Sprengel des Gerichtshofes erster Instanz, für welchen er ernannt wird.

Nach Maßgabe des Bedürfnisses kann der Notar verpflichtet werden, außerhalb seines Amtssitzes periodisch Amtstage zu halten.

§ 9. Die Bestimmung der Zahl der Notarstellen in jedem Sprengel eines Gerichtshofes erster Instanz, sowie jene der Amtssitze im Sprengel erfolgt durch Verordnung des Justizministers.

Über die Vermehrung oder Verminderung der Zahl der Notarstellen eines Sprengels, sowie über die Verlegung des Amtssitzes an einen andern Ort und über Verfügungen, wodurch mit einer Notarstelle die Verpflichtung zur Abhaltung von Amtstagen verbunden wird, ist vorerst das Gutachten der Notariatskammer zu hören.

§ 10. Die Ernennung der Notare steht dem Justizminister zu.

Behufs der Besetzung ist in der Regel ein Konkurs auszuschreiben, welcher auch auf die durch allfällige Übersetzungen in Erledigung kommenden Notarstellen ausgedehnt werden kann. Die Ausschreibung und Bekanntmachung desselben steht derjenigen Notariatskammer zu, in deren Sprengel die zu besetzende Stelle gelegen ist.

Nur aus wichtigen Gründen kann über Antrag der Notariatskammer, auch ohne vorgängige Konkursausschreibung, mit der Besetzung vorgegangen werden.

Bisher im § 20.

§ 11. Die Kompetenzgesuche sind, mit den erforderlichen Belegen versehen, an die Notariatskammer zu richten; Bewerber aus dem Notarenstande eines anderen Sprengels haben dieselben durch die Notariatskammer, welcher sie unterstehen, Bewerber aus dem Rechtsanwaltsstande durch die Rechtsanwaltskammer vorzulegen.

Die Notariatskammer erstattet den Besetzungsvorschlag und leitet denselben an den Gerichtshof erster Instanz, in dessen Sprengel die zu besetzende Stelle gelegen ist.

Neue Fassung.

forderte Praxis auf vier Jahre verkürzt; davon müssen ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt der Ablegung einer der im Abs. 1 lit. c genannten Prüfungen mindestens zwei Jahre als Notariatskandidat zurückgelegt worden sein.

§ 8. Der Notar darf alle seine Befugnisse im ganzen Bundesgebiet ausüben.

Die Notariatskammer kann den Notar unter Berücksichtigung des Bedarfes der Bevölkerung verpflichten, außerhalb seines Amtssitzes regelmäßig Amtstage abzuhalten.

Unverändert.

Vor der Vermehrung oder Verminderung der Zahl der Notarstellen und vor Verlegung des Amtssitzes an einen anderen Ort ist ein Gutachten der Notariatskammer einzuholen.

§ 10. Die Ernennung der Notare steht dem Bundesminister für Justiz zu.

Jede zu besetzende Notarstelle ist von der Notariatskammer auszuschreiben; die Ausschreibung ist im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ durch dreimalige Einschaltung bekanntzumachen.

Der Bundesminister für Justiz kann auf Antrag der Notariatskammer einen Tausch von Notarstellen ohne vorherige Ausschreibung bewilligen, wenn nicht ein wichtiger Grund entgegensteht; ein solcher ist insbesondere ein Lebensalter von mehr als 65 Jahren eines der beiden Notare oder eine Amtszeit von weniger als sechs Jahren in der letzten Notarstelle.

Eine Versetzung von Amts wegen ist unzulässig.

Unverändert.

Unverändert.

Alte Fassung.

Dieser hat den Vorschlag mit seinem Gutachten dem Oberlandesgerichte vorzulegen, welches denselben sohin mit dem eigenen Gutachten an den Justizminister einbegleitet.

§ 13. Der neuernannte Notar hat vor der Angelobung die Genehmigung des Siegels, das er bei seinen Geschäften gebrauchen will, zu erwirken.

Die Genehmigung des Amtssiegels erfolgt durch die Notariatskammer im Einvernehmen mit dem Staatsanwalte über die durch den Notar vorzulegende Zeichnung des Siegels.

Das Amtssiegel muß enthalten: das österreichische Wappen, den Vor- und Zunamen des Notars, seine Eigenschaft als öffentlicher Notar, den Namen des Landes und seines Amtssitzes.

§ 14. Nach Genehmigung des Amtssiegels hat der Notar unter Vorlage eines Nachweises darüber und der erforderlichen Zahl von Siegelabdrücken und von Ausfertigungen seiner Unterschrift, die seinen Vor- und Zunamen und seine Eigenschaft als öffentlicher Notar enthalten muß, bei dem Oberlandesgerichte um seine Angelobung nachzusuchen.

§ 15. Die Angelobung ist beim Oberlandesgericht oder bei dem von diesem beauftragten Gerichtshof erster Instanz nach folgender Gelöbnisformel zu leisten:

„Ich gelobe mit meinem Manneswort und bei meiner staatsbürgerlichen Ehre, der Republik Österreich treu zu sein, die Verfassungsgesetze sowie alle anderen Gesetze und gültigen Vorschriften unverbrüchlich zu beobachten und meine Pflichten als öffentlicher Notar gewissenhaft zu erfüllen.“

§ 16. Nach erfolgter Beeidigung wird dem Notar von dem Oberlandesgerichte ein Dekret dahin ausgefertigt, daß er nunmehr sein Amt antreten könne. Der Tag der Eidesablegung wird in der amtlichen Landeszeitung kundgemacht, der Notariatskammer, dem Staatsanwalte am Sitze derselben und allen Gerichten erster Instanz des Gerichtshofsprengels, für welchen der Notar ernannt ist, besonders mitgeteilt und diesen Behörden zugleich je eines der vom Notare eingelegten Exemplare des Siegelabdruckes und der Namensunterschrift übersendet.

Neue Fassung.

Dieser hat den Vorschlag der Notariatskammer mit seinem **Besetzungsvorschlag** dem Oberlandesgericht vorzulegen, das **beide Vorschläge** mit seinem eigenen **Besetzungsvorschlag** an das Bundesministerium für Justiz weiterzuleiten hat. Die Erstattung der **Besetzungsvorschläge** der Gerichtshöfe erster und zweiter Instanz obliegt deren Personalsenaten.

§ 13. Der neuernannte Notar hat vor seiner Angelobung **den Entwurf** des Siegels, das er bei seinen **Amtsgeschäften** gebrauchen will, der Notariatskammer zur Genehmigung vorzulegen. Aufgehoben.

Unverändert.

§ 14. Nach der Genehmigung des Amtssiegels hat der Notar beim **Oberlandesgerichtspräsidenten** um seine Angelobung anzusuchen. Diesem Ansuchen sind anzuschließen:

- a) der Nachweis der Genehmigung des Amtssiegels,
- b) die erforderliche Zahl von Siegelabdrücken und von Ausfertigungen der Unterschrift des Notars, die seinen Vor- und Zunamen und seine Eigenschaft als öffentlicher Notar enthalten muß, und
- c) der Nachweis des Abschlusses der Haftpflichtversicherung (§ 22).

§ 15. Die Angelobung ist vor dem **Oberlandesgerichtspräsidenten** oder vor dem von ihm beauftragten **Präsidenten** des Gerichtshofes erster Instanz nach folgender Gelöbnisformel zu leisten:

„Ich gelobe bei meiner Ehre und bei meinem Gewissen, der Republik Österreich treu zu sein, die Gesetze und alle anderen Vorschriften unverbrüchlich zu beachten und meine Pflichten als öffentlicher Notar gewissenhaft zu erfüllen.“

§ 16. Nach der Angelobung hat der **Oberlandesgerichtspräsident** ein Dekret auszufertigen, in dem die **Angelobung des Notars und dessen Ermächtigung zum Antritt seines Amtes beurkundet** wird. Der Tag der Angelobung ist vom **Oberlandesgerichtspräsidenten** im **Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“** kundzumachen und der Notariatskammer sowie den **unterstellten** Gerichtshöfen erster Instanz unter Anschluß je eines Siegelabdruckes und der Unterschrift des Notars mitzuteilen.

Alte Fassung.

§ 17. Wird der Notar an einen anderen Ort übersetzt, so ist eine neue Angelobung nicht erforderlich. Er hat nur die Genehmigung seines neuen Siegels bei der Notariatskammer seines neuen Amtssitzes zu erwirken.

Dem Notare liegt ob, unter Beobachtung der Vorschriften des § 14 bei dem Oberlandesgerichte um die Bestimmung des Tages einzuschreiten, an welchem er von seinem bisherigen Amte abzutreten und sein neues Amt anzutreten hat. Das Oberlandesgericht veranlaßt die Bekanntmachung dieses Tages gemäß den Vorschriften des § 16. Ist die Versetzung in den Sprengel eines anderen Oberlandesgerichtes erfolgt, so hat das Oberlandesgericht des bisherigen Amtssitzes sich mit dem Oberlandesgerichte, in dessen Sprengel der Notar versetzt wurde, diesfalls ins Einvernehmen zu setzen.

§ 18. Jeder neuernannte oder an einen anderen Amtssitz versetzte Notar muß binnen der Frist von 3 Monaten, von dem Tage der Zustellung des Ernennungs- oder Versetzungsdekretes, oder binnen der über sein Ansuchen durch das Oberlandesgericht ihm etwa erweiterten Frist den gesetzlichen Vorschriften Genüge leisten und seine Kanzlei an seinem Amtssitze eröffnen, widrigens er als auf die ihm verliehene Stelle verzichtend angesehen wird.

Der Eintritt dieser Rechtsfolge ist durch das Oberlandesgericht nach Anhörung des Oberstaatsanwaltes ohne weitere Verhandlung, mit Vorbehalt der Beschwerde an den Obersten Gerichts- und Kassationshof, auszusprechen und nach Rechtskraft dem Justizminister anzuzeigen. Die Notariatskammer hat die diesfalls notwendige Anzeige an das Oberlandesgericht zu erstatten.

§ 19. Das Amt eines Notars erlischt:

- a) infolge der dem Bundesministerium für Justiz schriftlich anzuzeigenden unbedingten Zurücklegung;
- b) durch den Übertritt zur Rechtsanwaltschaft oder zu einem nach § 7 Abs. 1 mit dem Notariat nicht vereinbaren Amt;
- c) durch den Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft;
- d) durch den Verlust der freien Vermögensverwaltung;
- e) mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Notar das 72. Lebensjahr vollendet;
- f) durch eine strafgerichtliche Verurteilung, mit der nach dem Gesetz der Verlust der Notariatsbefähigung oder des Notarenamtes verbunden ist;
- g) infolge der bleibenden Unfähigkeit zur Führung des Notariats wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen (§ 169);
- h) infolge eines auf Entsetzung vom Amte lautenden Disziplinarerkenntnisses.

Neue Fassung.

Unverändert.

Der Notar hat unter Einhaltung der Vorschriften des § 14 beim **Oberlandesgerichtspräsidenten** um die Bestimmung des Tages anzusuchen, an dem er von seinem bisherigen Amt abzutreten und an dem er sein neues Amt anzutreten hat. Der **Oberlandesgerichtspräsident** hat diese Tage nach § 16 bekanntzumachen. Bei Versetzung in den Sprengel eines anderen Oberlandesgerichtes haben die in Betracht kommenden Oberlandesgerichtspräsidenten das Einvernehmen herzustellen.

§ 18. Jeder neuernannte oder an einen anderen Amtssitz versetzte Notar muß binnen der Frist von drei Monaten, von dem Tage der Zustellung des Ernennungs- oder Versetzungsdekretes oder binnen der über sein Ansuchen durch den **Oberlandesgerichtspräsidenten** ihm etwa erweiterten Frist den gesetzlichen Vorschriften Genüge leisten und seine Kanzlei an seinem Amtssitze eröffnen, widrigens er als auf die ihm verliehene Stelle verzichtend angesehen wird.

Der Eintritt dieser Rechtsfolge ist durch das **Bundesministerium für Justiz** nach Anhörung der Notariatskammer festzustellen. **Zugleich ist die Enthebung vom bisherigen Amt auszusprechen.** Die Notariatskammer hat dem Bundesministerium für Justiz anzuzeigen, wenn die Frist nach dem ersten Absatz nicht eingehalten wurde.

Unverändert.

Alte Fassung.

In den unter lit. b bis f angeführten Fällen hat das Oberlandesgericht, an welches die Anzeige zu erstatten ist, nach Anhörung der Notariatskammer und des Oberstaatsanwaltes ohne weitere Verhandlung die Enthebung des Notars vom Amte, mit Vorbehalt des Rekurses an den Obersten Gerichts- und Kassationshof, auszusprechen. Der etwa ergriffene Rekurs hat keine aufschiebende Wirkung.

Das Verfahren bei der Enthebung vom Amte wegen Unfähigkeit (lit. g) und bei der Entsetzung eines Notars im Disziplinarwege (lit. h) ist im X. Hauptstücke geregelt.

Jede Erlöschung des Amtes eines Notars ist, sobald dieselbe endgültig feststeht, dem Justizminister anzuzeigen und der Notariatskammer, dem Staatsanwalte und allen Gerichtsbehörden in dem Sprengel, für welchen der Notar ernannt war, bekannt zu machen.

§ 20. Jeder Notar, der seinem Amte freiwillig entsagt hat oder an eine andere Stelle übersetzt worden ist, hat sein bisheriges Amt noch so lange fortzusetzen, bis das Oberlandesgericht seine Enthebung von demselben ausgesprochen hat. Eine Versetzung von Amts wegen ist unzulässig.

§ 21. In den Fällen, in welchen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes die Notariatskammer im Einvernehmen mit dem Staatsanwalte eine Entscheidung zu treffen hat (§§ 13, 41, 169), hat die Notariatskammer, wenn sich zwischen ihr und dem Staatsanwalte eine Meinungsverschiedenheit ergibt, die Sache dem Oberlandesgerichte zur Entscheidung vorzulegen.

§ 142. Ein Notar, der sich auf die Dauer von mehr als acht Tagen zur Vornahme von Amtshandlungen von seinem Amtssitz entfernen will, muß die Bewilligung der Notariatskammer einholen.

Will sich der Notar aber nicht in Amtsgeschäften von seinem Amtssitze entfernen, so hat er, wenn die Abwesenheit länger als acht Tage dauern soll, einen Urlaub zu erwirken, der ihm innerhalb eines Jahres bis zur Dauer von zwei Monaten von der Notariatskammer, bis zur Dauer von drei Monaten vom Oberlandesgerichte, für längere Zeit vom Bundesministerium für Justiz erteilt werden kann.

Neue Fassung.

Das Bundesministerium für Justiz hat in den im Abs. 1 lit. a bis f genannten Fällen nach Anhörung der Notariatskammer die Enthebung des Notars vom Amt auszusprechen; die Notariatskammer hat die unter lit. b bis f genannten Fälle dem Bundesministerium für Justiz unverzüglich anzuzeigen.

Das Bundesministerium für Justiz hat die Enthebung der Notariatskammer, dem Oberlandesgerichtspräsidenten und den diesem unterstellten Gerichtshöfen erster Instanz mitzuteilen.

Das Verfahren wegen Unfähigkeit (Abs. 1 lit. g) und bei der Entsetzung eines Notars im Disziplinarwege (Abs. 1 lit. h) ist im X. Hauptstück geregelt.

§ 20. Jeder Notar, der sein Amt zurückgelegt (§ 19 Abs. 1 lit. a) oder nach Versetzung seine Kanzlei an seinem neuen Amtssitz nicht rechtzeitig eröffnet hat (§ 18), hat sein bisheriges Amt noch so lange fortzusetzen, bis ihm der Bescheid des Bundesministeriums für Justiz über seine Enthebung zugestellt worden ist. Wird aber der Notar bei Zurücklegung des Amtes mit einem nach der Zustellung des Enthebungsbescheides gelegenen Zeitpunkt enthoben, so hat er sein bisheriges Amt bis zu diesem Zeitpunkt fortzusetzen.

Entfällt.

§ 21. Ein Notar, der auf die Dauer von länger als acht aufeinanderfolgenden Tagen zur Vornahme von Amtshandlungen von seinem Amtssitz entfernen will, muß die Bewilligung der Notariatskammer einholen.

Ein Notar, der sein Amt länger als drei aufeinanderfolgende Tage nicht persönlich ausüben will oder kann, hat um Urlaub anzusuchen; Sonntage und gesetzliche Feiertage bleiben außer Betracht.

Ein Notar hat Anspruch auf Erholungsurlaub in der Dauer von insgesamt 60 Tagen innerhalb eines Kalenderjahres; ein darüber hinausgehender Urlaub kann nur aus wichtigen Gründen, insbesondere wegen vorübergehender Erkrankung, erteilt werden. Sofern der Urlaub 90 Tage innerhalb eines Kalenderjahres nicht übersteigt, entscheidet über das Ansuchen die Notariatskammer, darüber hinaus das Bundesministerium für Justiz.

Alte Fassung.

Die Bewilligung gemäß Abs. 1 und die Erteilung einesurlaubes kann von der Bestellung eines Substituten abhängig gemacht werden, wenn die ordnungsmäßige Fortführung der Geschäfte es verlangt.

Der Präsident der Notariatskammer hat Notare, die diesen Vorschriften entgegen sich von ihrem Amtssitz entfernen, zur Rückkehr aufzufordern.

Jede Urlaubserteilung ist dem Gerichtshof erster Instanz, in dessen Sprengel der Notar seinen Amtssitz hat, mitzuteilen.

Bisher keine entsprechende Bestimmung.

§ 31. Der Notar muß an dem ihm angewiesenen Orte seinen Amtssitz nehmen und darf außer diesem Orte ein ständiges Geschäftslokal nicht halten.

Er kann sein Amt nur innerhalb des Sprengels des Gerichtshofes erster Instanz, für welchen er ernannt ist, innerhalb dieses Sprengels aber ohne Rücksicht auf den Wohnsitz der Partei ausüben.

Eine von dem Notare außerhalb seines Sprengels aufgenommene Notariatsurkunde hat nicht die Kraft einer öffentlichen Urkunde.

§ 32. Ein neuernannter Notar darf sein Amt nicht vor Ablegung des vorgeschriebenen Eides ausüben, ein Notar, welcher an eine andere Stelle übersetzt worden ist, nicht früher, als er zur Übernahme seiner neuen Stelle für berechtigt erklärt ist (§§ 16, 17).

Der Notar kann sein Amt mit Wirksamkeit nicht fortsetzen, nachdem ihm die gerichtliche Verfügung über die Erlöschung seines Amtes oder die Suspension nach Vorschrift dieses Gesetzes (§ 163) zugestellt worden ist.

Neue Fassung.

Die Erteilung einesurlaubes kann von der Bestellung eines Substituten abhängig gemacht werden, wenn es die ordnungsmäßige Fortführung der Geschäfte verlangt.

Ein Notar, für den ein Dauersubstitut (§ 120) bestellt ist, muß um Urlaub nur ansuchen, wenn die Urlaubsdauer insgesamt 60 Tage innerhalb eines Kalenderjahres übersteigt oder wenn er nicht von seinem Dauersubstituten vertreten werden kann.

Der Präsident der Notariatskammer hat Notare, die diesen Vorschriften zuwiderhandeln, im Falle des Abs. 1 zur Rückkehr an den Amtssitz, in den Fällen des Abs. 2 zur Aufnahme der Amtstätigkeit aufzufordern.

Jede Urlaubserteilung ist dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz, in dessen Sprengel der Notar seinen Amtssitz hat, mitzuteilen.

§ 22. Jeder Notar und jeder Substitut ist verpflichtet, vor Aufnahme seiner Berufstätigkeit der Notariatskammer auf Verlangen nachzuweisen, daß zur Deckung der aus dieser Tätigkeit gegen ihn entstehenden Schadenersatzansprüche eine Versicherung bei einem inländischen Versicherer besteht. Er hat die Versicherung während der Dauer seiner Berufstätigkeit aufrechtzuerhalten und dies der Notariatskammer auf Verlangen nachzuweisen.

Die Mindestversicherungssumme hat 100.000 S zu betragen.

Unverändert.

Aufgehoben.

Aufgehoben.

Unverändert.

Der Notar kann sein Amt mit Wirksamkeit nicht fortsetzen

- a) in den Fällen des § 19 Abs. 1 lit. b, c, d und f, sobald ihm der Enthebungsbescheid des Bundesministeriums für Justiz zugestellt worden ist,
- b) im Falle des § 19 Abs. 1 lit. e, sobald sein Amt erloschen ist,

Alte Fassung.

Eine diesen Vorschriften zuwider aufgenommene Notariatsurkunde hat nicht die Kraft einer öffentlichen Urkunde.

§ 41. Der Notar muß sein Amtssiegel unter Sperre verwahren. Gerät ihm dasselbe in Verlust, so muß er sogleich die Anzeige an die Notariatskammer und an den Staatsanwalt am Sitze derselben erstatten.

Die Genehmigung des anzuschaffenden neuen Siegels, welches von dem verlorenen unterscheidbar sein muß, hat er auf die im § 13 bezeichnete Weise zu erwirken.

Außer diesem Falle findet eine Änderung des Siegels nur aus wichtigen Gründen über die im Einvernehmen mit dem Staatsanwälte zu erteilende Bewilligung der Notariatskammer statt.

Die Bestimmung des vorhergehenden Absatzes gilt auch für den Fall, daß ein Notar seine Unterschrift ändern will.

§ 42. Wenn ein Notar sein Siegel oder seine Unterschrift ändert, ist die Verständigung der im § 16 bezeichneten Behörden nach Vorschrift dieses Paragraphen durch die Notariatskammer einzuleiten und zugleich die Anzeige an das Oberlandesgericht zu erstatten.

Hört die Amtswirksamkeit eines Notars gänzlich auf, wird er versetzt oder wird ihm eine Änderung des Amtssiegels gestattet, so ist das bisher gebrauchte Amtssiegel, und wenn das in Verlust geratene Siegel wieder gefunden wird, dieses an das Notariatsarchiv abzuliefern, durch einen Einschnitt, der das Erkennen nicht hindert, unbrauchbar zu machen und in diesem Zustande aufzubewahren.

§ 57. Die Aktszeugen müssen mindestens 20 Jahre alt und dem Notare persönlich bekannt sein, oder es muß ihm ihre Identität auf die im § 55 bezeichnete Art bestätigt sein.

Die Aktszeugen müssen außer dem im § 65 bezeichneten Falle die Sprache verstehen, in welcher der Akt aufgenommen wird, und wenigstens einer derselben muß lesen und schreiben können.

Ausgeschlossen von der Mitwirkung als Aktszeugen sind:

- a) diejenigen, welche nach ihrer Körper- oder Geistesbeschaffenheit ein Zeugnis abzugeben unvermögend sind;
- b) das Kanzlei- und Dienstpersonale des Notars;

Neue Fassung.

c) in den Fällen des § 19 Abs. 1 lit. g sowie im Falle der Suspension oder der Entsetzung vom Amte (§§ 158, 165), sobald die gerichtliche Entscheidung darüber rechtskräftig wird.

Unverändert.

§ 41. Der Notar muß sein Amtssiegel unter Sperre verwahren. Gerät ihm dasselbe in Verlust, so muß er sogleich die Anzeige an die Notariatskammer erstatten.

Unverändert.

Außer diesem Falle findet eine Änderung des Siegels nur aus wichtigen Gründen über Bewilligung der Notariatskammer statt.

Unverändert.

§ 42. Wenn ein Notar sein Siegel oder seine Unterschrift ändert, ist die Verständigung der im § 16 bezeichneten Behörden nach Vorschrift dieses Paragraphen durch die Notariatskammer einzuleiten und zugleich die Anzeige an den Oberlandesgerichtspräsidenten zu erstatten.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Aufgehoben.

Alte Fassung.

- c) diejenigen Personen, welchen entweder selbst ein Vorteil aus dem Akte zugebracht ist oder die mit einer bei dem Akte beteiligten oder darin begünstigten Person oder mit dem Notare in einem der im § 33 bezeichneten Verhältnisse stehen.

§ 69. Vollmachten und andere Beilagen zum Notariatsakte können die Parteien im Originale oder in Abschrift hinterlegen. Durch die Hinterlegung bei dem Notare erlangen jedoch diese Urkunden, wenn sie nicht von dem Aussteller im Notariatsakte bestätigt werden, keine größere Glaubwürdigkeit, als sie vorher hatten.

Beilagen, welche nicht schon von den Parteien unterfertigt oder öffentliche Urkunden sind, müssen von den Parteien, den allfälligen Aktszeugen oder dem zweiten Notare unterzeichnet werden. Die Vorlesung der Beilagen ist nur insoweit erforderlich, als die Parteien sie verlangen.

§ 76. Die Notare sind berufen, gemäß den Bestimmungen dieses Abschnittes, Beurkundungen zu erteilen:

- a) über die Übereinstimmung von Abschriften mit Urkunden (Vidimierung);
- b) über die Richtigkeit von Übersetzungen;
- c) über die Echtheit von Unterschriften (Legalisierung);
- d) über den Zeitpunkt der Vorweisung von Urkunden;
- e) über das Leben von Personen;
- f) über Bekanntmachung von Erklärungen;
- g) über Beschlüsse von Generalversammlungen von Vereinen;
- h) über Proteste von Wechseln und kaufmännischen Papieren;
- i) über andere tatsächliche Vorgänge.

Die Beweiskraft öffentlicher Urkunden kommt diesen Beurkundungen dann zu, wenn dieselben mit Beobachtung der für die Erteilung jeder derselben in den folgenden §§ 77 bis 90 gegebenen Vorschriften aufgenommen und erteilt worden sind.

§ 87. Behufs der Beurkundung der Beschlüsse der Generalversammlungen von Aktiengesellschaften oder anderen Vereinen hat der Notar, unter Angabe des Ortes und der Zeit der Versammlung, ein Protokoll aufzunehmen und darin die gefaßten Beschlüsse sowie alle in seiner Gegenwart in der Versammlung vorgekommenen Ereignisse und abgegebenen Erklärungen, welche für die Beurteilung der Regelmäßigkeit des Vorganges von Erheblichkeit sind, genau anzuführen.

Neue Fassung.

- b) Unverändert wie c).

§ 69. Vollmachten, die zur Errichtung eines Notariatsaktes dienen, müssen entweder öffentliche Urkunden oder solche Privaturkunden sein, auf denen die Unterschrift des Vollmachtgebers gerichtlich, notariell oder von einer österreichischen Vertretungsbehörde im Ausland beglaubigt ist; die Vollmachten bedürfen, sofern sie im Ausland errichtet wurden, keiner weiteren Beglaubigung. Vorschriften, die für die Verwendung von Urkunden vor Behörden etwas anderes bestimmen, bleiben unberührt.

Die Vollmachten sind dem Notariatsakt in Urschrift oder in einer Ausfertigung oder beglaubigten Abschrift anzuschließen.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

g) über Beratungen und Beschlüsse;

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

§ 87. Beratungen und Beschlüsse sind durch ein Protokoll zu beurkunden, in dem der Notar Ort und Zeit sowie den Inhalt der Beratungen und der Beschlüsse und alle in seiner Gegenwart vorgekommenen Ereignisse und abgegebenen Erklärungen, die für die Beurteilung der Regelmäßigkeit des Vorganges von Bedeutung sind, anzuführen hat.

Alte Fassung.

Das Protokoll ist von demjenigen, der der Versammlung vorgesessen hat, und 2 anderen Mitgliedern derselben zu unterschreiben.

Sofern die Voraussetzungen hiezu vorliegen, kann in dem Protokolle auch die Bestätigung über die Identität des Vorsitzenden oder anderer, in der Versammlung anwesenden Personen aufgenommen werden (§ 79). Ist eine solche Bestätigung nicht aufgenommen, so haftet der Notar für die Identität der in dem Protokolle genannten Personen nicht.

Die in Urschrift zu erteilende Beurkundung muß den ganzen Inhalt des Protokolls umfassen.

§ 96. Von den über letztwillige Anordnungen aufgenommenen Protokollen und den dem Notare schriftlich übergebenen letztwilligen Anordnungen werden beglaubigte und einfache Abschriften erteilt. Das gleiche gilt auch dann, wenn über die letztwillige Anordnung ein Notariatsakt errichtet wurde.

Die Erteilung findet jedoch, solange der Erblasser lebt, nur an ihn oder seinen mit einer amtlich beglaubigten, auf dieses Geschäft lautenden Vollmacht versehenen Machthaber und nach dem Tode des Erblassers erst dann statt, wenn die gerichtliche Kundmachung erfolgt ist.

Der Tag der Kundmachung ist auf der hinausgegebenen Abschrift anzumerken.

§ 100. Eine Ausfertigung, welche mit Außerachtlassung der in diesem Abschnitte gegebenen Vorschriften erteilt worden ist, hat nicht die Kraft einer öffentlichen Urkunde.

§ 116. Außer dem allgemeinen Geschäftsregister hat jeder Notar noch folgende Bücher zu führen:

- a) ein alphabetisches Verzeichnis aller Parteien, rücksichtlich welcher in dem Geschäftsregister Eintragungen vorkommen, mit Beifügung aller Geschäftszahlen der diese Partei betreffenden Eintragungen im Register;
- b) ein besonderes alphabetisches Verzeichnis aller Personen, rücksichtlich welcher er letztwillige Erklärungen aufgenommen oder zur Verwahrung übernommen hat, gleichfalls mit Beifügung der betreffenden Geschäftszahlen. Stirbt die Person oder widerruft sie ihre letztwillige Erklärung oder nimmt sie dieselbe zurück, so ist dies in dem Verzeichnis ersichtlich zu machen;

Neue Fassung.

Das Protokoll ist vom Vorsitzenden, der die Beratung oder Beschlußfassung geleitet hat, wenn aber niemand den Vorsitz geführt hat, von allen Teilnehmern zu unterschreiben.

Unverändert.

Aufgehoben.

§ 96. Von Notariatsakten, die letztwillige Anordnungen enthalten, können Ausfertigungen sowie beglaubigte und einfache Abschriften, von den über letztwillige Anordnungen aufgenommenen Protokollen und den dem Notar übergebenen schriftlichen letztwilligen Anordnungen können Beurkundungen sowie beglaubigte und einfache Abschriften erteilt werden.

Die im ersten Absatz genannten Ausfertigungen, Beurkundungen und Abschriften dürfen erteilt werden,

- a) bei Lebzeiten des Erblassers nur an ihn oder an seinen mit einer gemäß § 69 beglaubigten, auf dieses Geschäft lautenden Vollmacht versehenen Machthaber;
- b) nach dem Tode des Erblassers erst dann, wenn die letztwillige Anordnung gerichtlich kundgemacht worden ist; der Tag der Kundmachung ist auf der Ausfertigung, Beurkundung oder Abschrift anzumerken.

§ 100. Eine Ausfertigung, die den Vorschriften des § 99 nicht entspricht, hat nicht die Kraft einer öffentlichen Urkunde.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Alte Fassung.

- c) ein Verzeichnis über die übernommenen Beträge an Geld und Wertpapieren (§§ 107 bis 109), mit Beifügung der betreffenden Geschäftszahl des Registers und des Namens des Übergebers sowie des bestimmten Empfängers.

Bisher keine entsprechende Bestimmung.

Bisher keine entsprechende Bestimmung.

Bisher keine entsprechende Bestimmung.

Bisher keine entsprechende Bestimmung.

§ 118. Die Notariatskammer führt ein Verzeichnis über sämtliche Notariatskandidaten ihres Sprengels.

Als Notariatskandidat kann nur eingetragen werden, wer sich bei der Eintragung ausweist, daß er österreichischer Bundesbürger ist und daß er die drei vorgeschriebenen theoretischen Staatsprüfungen mit Erfolg abgelegt hat. Über den Antrag auf Eintragung in das Verzeichnis der Notariatskandidaten entscheidet die Notariatskammer. Die Eintragung ist zu verweigern, wenn der Bewerber eine Handlung begangen hat, die ihn des Vertrauens unwürdig macht. Die Kammer hat die notwendigen Erhebungen zu pflegen und, wenn die Eintragung verweigert werden soll, den Bewerber vorher einzuvernehmen. Gegen die Verweigerung der Eintragung steht dem Antragsteller und dem Notar, der den Eintritt des Kandidaten anmeldet, die Beschwerde an das Oberlandesgericht und sodann an den Obersten Gerichtshof zu.

Die Praxis bei dem Notare muß eine ausschließliche sein; es ist dem Kandidaten nicht gestattet, sich gleichzeitig in der Rechtsanwalts- oder Gerichtspraxis oder in einem anderen die Ausschließlichkeit der Notariatspraxis beeinträchtigenden Staats- oder Privatdienste zu verwenden.

Die Kammer und insbesondere der Präsident derselben haben darüber zu wachen, daß die Notariatskandidaten sich auch wirklich bei dem Notar der Praxis in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise widmen.

Neue Fassung.

Unverändert.

- d) eine geordnete Sammlung der Protestvermerke;

- e) ein Tagebuch (Journal); in diesem ist in zeitlicher Reihenfolge unter eine durch das Kalenderjahr fortlaufende Nummer jeder Ein- und Ausgang an Bargeld, an Wertpapieren und Wertgegenständen sowie auf Konten für fremde Rechnung (Anderkonten) in gesonderten Spalten einzutragen;

- f) ein Kassabuch, in dem gesondert alle zur gleichen Sache gehörenden Ein- und Ausgänge in der Reihenfolge und Gliederung des Tagebuches einzutragen sind, sowie ein Namensverzeichnis dazu.

Das Tagebuch und das Kassabuch können auch in Karteiform geführt werden.

Unverändert.

Auf die Anzeige des Notars (§ 117 Abs. 3) darf als Notariatskandidat in dieses Verzeichnis nur eingetragen werden, wer nachweist, daß er österreichischer Staatsbürger von ehrenhaftem Vorleben ist und die Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 lit. b erfüllt; außerdem darf er bei seiner ersten Eintragung in ein Verzeichnis das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Eintragung kann nur aus einem wichtigen Grund verweigert werden; ein solcher Grund ist insbesondere mangelnde Vertrauenswürdigkeit, Trunksucht, anstößiger oder lichterlicher Lebenswandel, zerrüttete Vermögensverhältnisse oder unzureichende Ausbildungsmöglichkeit. Über die Eintragung entscheidet die Notariatskammer. Sie hat die Voraussetzungen zu prüfen und, wenn die Eintragung verweigert werden soll, den Bewerber und den Notar zu hören. Gegen die Entscheidung über die Eintragung steht sowohl dem Bewerber als auch dem anzeigenden Notar die Berufung (§ 138) zu.

Unverändert.

Unverändert.

Alte Fassung.

Die Zeugnisse über die zurückgelegte Praxis werden vom Notare ausgestellt und sind von der Notariatskammer allenfalls nach vorläufiger Erhebung der Umstände zu bestätigen.

Ein Notariatskandidat, der die österreichische Bundesbürgerschaft verloren hat, ist in der Liste zu streichen.

Bisher keine entsprechende Bestimmung.

Bisher keine entsprechende Bestimmung.

§ 119. Wird durch Urlaub, Krankheit, Abwesenheit, Suspension, Amtsentsetzung, Tod oder Austritt eines Notars oder aus anderen Gründen die Substituierung desselben notwendig, so ist auf Antrag der Notariatskammer von dem Gerichtshofe erster Instanz am Sitze der Kammer ein Substitut zu bestellen.

Im Falle eines Urlaubes oder einer Krankheit hat der zu substituierende Notar, in anderen Fällen die Notariatskammer einen geeigneten Substituten in Vorschlag zu bringen.

Als Substitut ist ein Notar desselben Kammerprengels, zu welchem die zu versiehende Stelle gehört, oder ein Notariatskandidat, welcher alle zur Erlangung einer Notarstelle erforderlichen Eigenschaften besitzt, zu bestellen. Kann auf diese Weise die Substituierung nicht bewirkt werden, so kann auf Antrag der Notariatskam-

Neue Fassung.

Unverändert.

Aufgehoben.

§ 118 a. Ein Notariatskandidat ist von der Notariatskammer aus dem Verzeichnis der Notariatskandidaten zu streichen,

- a) sobald sein Austritt oder die Unterbrechung seiner Praxis nach § 117 Abs. 3 angezeigt oder von der Kammer nach § 118 Abs. 4 festgestellt wurde,
- b) wenn er der Vorschrift des § 118 Abs. 3 zuwiderhandelt,
- c) bei Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft,
- d) bei Verlust der freien Vermögensverwaltung,
- e) wenn er das 72. Lebensjahr vollendet hat,
- f) wenn er durch eine strafgerichtliche Verurteilung die Notariatsbefähigung verliert,
- g) wenn er wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen zur Verwendung als Notariatskandidat dauernd unfähig ist (§§ 169, 170 a),
- h) bei Verurteilung zur Disziplinarstrafe der Streichung aus dem Verzeichnis der Notariatskandidaten (§ 158 Abs. 3),
- i) wenn er eine zehnjährige Praxis als Notariatskandidat zurückgelegt und die Notariats- oder Rechtsanwalts- oder Richter- amtsprüfung noch nicht bestanden hat.

Vor der Streichung ist der Notariatskandidat zu hören. Gegen die Streichung steht nur dem Notariatskandidaten die Berufung (§ 138) zu.

§ 119. Wird durch Urlaub, Krankheit, Abwesenheit, Suspension, Amtsentsetzung, Tod oder Austritt eines Notars oder aus anderen Gründen die Substituierung desselben notwendig, so ist auf Antrag der Notariatskammer von **dem Präsidenten** des Gerichtshofes erster Instanz am Sitze der Kammer ein Substitut zu bestellen.

Unverändert.

Als Substitut ist ein Notar desselben Kammerprengels oder **eine andere geeignete Person** zu bestellen, die alle Erfordernisse zur Erlangung einer Notarstelle aufweist; **hinsichtlich des Erfordernisses des § 6 Abs. 1 lit. d genügt jedoch für diese Person eine vierjährige juristische Praxis, davon mindestens zwei Jahre als Notariatskan-**

Alte Fassung.

mer und mit Genehmigung des Justizministers auch ein Substitut bestellt werden, welcher dem unter lit. d des § 6 bezeichneten Erfordernisse der zweijährigen Praxis bei einem Notare nicht entspricht, im übrigen aber die zur Erlangung einer Notarstelle erforderlichen Eigenschaften besitzt.

§ 120. In dringenden Fällen kann auch der Gerichtshof erster Instanz, zu dessen Sprengel die zu versiehende Stelle gehört, ohne einen Antrag oder Vorschlag der Notariatskammer abzuwarten, einen Substituten vorläufig bestellen. Gleichzeitig hat derselbe zum Zwecke der Bestellung eines Substituten nach Vorschrift des § 119 die Mitteilung an die Notariatskammer und an den Gerichtshof am Sitze derselben zu machen.

Bisher keine entsprechende Bestimmung.

Neue Fassung.

didat. Ist die Substituierung auf diese Weise nicht möglich, so kann auf Antrag der Notariatskammer und mit Genehmigung des Bundesministeriums für Justiz auch ein Substitut bestellt werden, der von der juristischen Praxis des § 6 Abs. 1 lit. d **mindestens eine zweijährige Praxis als Notariatskandidat zurückgelegt hat**, im übrigen aber die sonstigen Erfordernisse zur Erlangung einer Notarstelle erfüllt.

Entfällt.

§ 120. Auf Antrag der Notariatskammer ist eine von dem zu substituierenden Notar vorgeschlagene geeignete Person (§ 119 Abs. 3) für alle während eines Kalenderjahres eintretenden Substitutionsfälle im vorhinein zum Substituten zu bestellen (Dauersubstitut). Der vorgeschlagene Dauersubstitut muß schriftlich erklären, daß er mit seiner Bestellung einverstanden ist.

Der Dauersubstitut hat den Zeitpunkt des Beginnes seiner Amtstätigkeit und den Grund der Substitution, der Notar den Zeitpunkt der Wiederaufnahme seiner Amtstätigkeit unverzüglich dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz am Sitze der Kammer (§ 119 Abs. 1), dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz, in dessen Sprengel der Notar seinen Amtssitz hat (§ 21 Abs. 7), und der Notariatskammer schriftlich anzuzeigen. Sofern es möglich ist, hat der Notar die Anzeige des Dauersubstituten, dieser die Anzeige des Notars mit zu unterschreiben. Fehlt diese Unterschrift, so hat der Präsident des Gerichtshofes erster Instanz am Sitze der Kammer den Notar vom Beginn der Amtstätigkeit des Dauersubstituten, diesen von der Wiederaufnahme der Amtstätigkeit des Notars zu verständigen.

Die Bestellung eines Dauersubstituten schließt die Bestellung eines anderen Substituten für einen bestimmten Substitutionsfall nicht aus, doch ist davon auch der Dauersubstitut zu verständigen. Während der Zeit, für die ein anderer Substitut bestellt wurde, ist es dem Dauersubstituten nicht gestattet, notarielle Amtshandlungen vorzunehmen.

§ 122. Ein als Substitut bestellter Kandidat muß vor dem Antritte seines Amtes den Eid als Notarsubstitut bei dem Gerichtshofe erster Instanz, von welchem er bestellt wurde, ablegen, sofern er nicht bereits früher einmal in der

§ 122. Ein Substitut, der nicht Notar ist, muß vor dem Antritt seines Amtes die Angelobung vor dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz ablegen, von dem er bestellt worden ist, sofern er nicht bereits früher einmal als Substi-

Alte Fassung.

Eigenschaft als Substitut beeidet wurde. Auch muß er seine Unterschrift in der erforderlichen Anzahl von Exemplaren diesem Gerichtshofe vorlegen.

Der Tag, an welchem der Substitut sein Amt anzutreten hat, ist von dem Gerichtshofe zu bestimmen, den im § 16 bezeichneten Behörden, und wenn ein Notariatskandidat zum Substituten bestellt wurde, gleichzeitig unter Mitteilung je eines Exemplars der vorgelegten Unterschrift bekanntzugeben. Dem Substituten ist ein Bestellungsdekret auszufertigen.

§ 123. Der Substitut hat an Stelle des Notars alle Geschäfte desselben zu besorgen und dessen Geschäftsregister und Verzeichnisse fortzuführen.

Notariatsurkunden unterzeichnet er unter Anführung seiner Eigenschaft als Substitut mit Bezugnahme auf sein Bestellungsdekret.

Sofern er nicht selbst Notar ist, hat er sich des Amtssiegels des Notars zu bedienen, dessen Stelle er vertritt.

Die für Notare gegebenen Vorschriften finden auch auf ihn Anwendung.

Solange die Substitution dauert, ist dem substituierten Notare nicht gestattet, selbst notarielle Amtshandlungen vorzunehmen.

Bisher keine entsprechende Bestimmung.

§ 124. Die Notare, die im Sprengel eines Gerichtshofes erster Instanz ihren Amtssitz haben, und die im Verzeichnisse der Notariatskandidaten dieses Sprengels eingetragenen Notariatskandidaten bilden das Notariatskollegium. Es besteht aus der Gruppe der Notare und der Gruppe der Notariatskandidaten.

Das Bundesministerium für Justiz kann nach Anhörung der beteiligten Notariatskollegien die Vereinigung der Notare und Notariatskandidaten mehrerer benachbarter Gerichtshofsprengel eines Oberlandesgerichtssprengels zu einem Notariatskollegium oder die Trennung solcher vereinigter Notariatskollegien anordnen.

Neue Fassung.

tut angelobt wurde. Er muß seine Unterschrift in der erforderlichen Anzahl von Ausfertigungen dem Präsidenten dieses Gerichtshofes vorlegen und zugleich das Bestehen der Haftpflichtversicherung (§ 22) nachweisen.

Der Präsident des Gerichtshofes erster Instanz hat den Tag zu bestimmen, an dem der Substitut sein Amt anzutreten hat, oder das Kalenderjahr zu bezeichnen, für das der Dauersubstitut (§ 120) bestellt wird. Davon sind die Notariatskammer und der Gerichtshof erster Instanz zu verständigen, in dessen Sprengel der zu substituierende Notar seinen Amtssitz hat; dieser Verständigung ist eine Ausfertigung der Unterschrift des Substituten anzuschließen, falls er nicht Notar ist. Dem Substituten ist ein Bestellungsdekret auszufolgen.

§ 123. Der Substitut hat alle Geschäfte des Notars zu besorgen und die Geschäftsregister und Verzeichnisse des Notars weiterzuführen. Die dem Notar erteilten Vollmachten gelten auch für den Substituten.

Der Substitut hat seiner Unterschrift einen Hinweis auf seine Eigenschaft als Substitut beizufügen und das Bestellungsdekret anzuführen.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Die Nichtbeachtung des Abs. 5 oder des § 120 Abs. 3 letzter Satz nimmt einer Notariatsurkunde nicht die Kraft einer öffentlichen Urkunde.

§ 124. Die Notare, die im Gebiet eines Bundeslandes ihren Amtssitz haben, und die im Verzeichnis der Notariatskandidaten dieses Bundeslandes eingetragenen Notariatskandidaten bilden ein Notariatskollegium. Doch bilden die Notare und Notariatskandidaten in Wien, Niederösterreich und im Burgenland sowie die Notare und Notariatskandidaten in Tirol und Vorarlberg je ein gemeinsames Kollegium. Jedes Kollegium besteht aus der Gruppe der Notare und der Gruppe der Notariatskandidaten.

Alte Fassung.

Solange die Zahl der in einer Liste eingetragenen Kandidaten fünf nicht erreicht, haben sie am Kollegium nicht teilzunehmen.

§ 128. In der Regel (§ 140) hat jedes Notariatskollegium aus seinen Mitgliedern eine Notariatskammer zu bestellen.

Die Kammer hat ihren Sitz am Orte des Gerichtshofes erster Instanz. Wenn das Notariatskollegium mehrere Gerichtshofsprengel umfaßt, bestimmt das Bundesministerium für Justiz den Sitz der Kammer.

Die Notariatskammer besteht aus einem Notar als Präsidenten, sechs Notaren und drei Notariatskandidaten als Mitgliedern, die Notariatskammer in Wien aus einem Notar als Präsidenten, zehn Notaren und fünf Notariatskandidaten als Mitgliedern. Wo eine Kandidatengruppe nicht gebildet ist (§ 124 Abs. 3), entfallen die Mitglieder aus dem Kandidatenstande.

§ 129. Der Präsident der Notariatskammer wird auf drei Jahre in der gemeinsamen Versammlung beider Gruppen aus der Gruppe der Notare in geheimer Wahl mit Stimmzetteln gewählt.

Die dem Notarenstand angehörigen Mitglieder der Kammer werden auf drei Jahre in der Versammlung der Notarengruppe des Kollegiums aus ihrer Mitte, die dem Kandidatenstande angehörigen Mitglieder auf ein Jahr in der Versammlung der Kandidatengruppe aus ihrer Mitte in geheimer Wahl mit Stimmzetteln gewählt.

Der Präsident und die Kammermitglieder haben nach Ablauf dieser Zeit ihre Amtstätigkeit bis zur Neuwahl fortzusetzen und sind auch nach Ablauf der Amtsdauer wieder wählbar. Sinkt im Laufe des Jahres die Zahl der in einer Liste eingetragenen Kandidaten unter fünf (§ 124 Abs. 3), so bleiben die dem Kandidatenstande angehörigen Mitglieder bis zum Ablauf des Jahres, für das sie gewählt sind, im Amte.

Der Präsident und mindestens die Hälfte der Mitglieder müssen am Orte der Kammer oder in solcher Entfernung von diesem Orte ihren Amtssitz oder Dienstort haben, daß sie mit den vorhandenen Verkehrsmitteln leicht und in kurzer Zeit an den Sitz der Kammer gelangen können.

Das Ergebnis der Wahlen (§ 125 Abs. 2 Z. 1, Abs. 4 Z. 5 und § 126 Abs. 2) ist dem Präsidium des Gerichtshofes erster Instanz am Sitze der Kammer und dem Präsidium des Oberlandesgerichtes sowie dem Bundesministerium für Justiz, das Ergebnis der Wahlen der Kandidatengruppe auch dem Präsidenten der Kammer anzuzeigen.

Neue Fassung.

Solange die Zahl der in das Verzeichnis eingetragenen Notariatskandidaten fünf nicht erreicht, haben sie am Kollegium nicht teilzunehmen.

§ 128. Jedes Notariatskollegium hat aus seinen Mitgliedern eine Notariatskammer zu wählen.

Die Kammer hat ihren Sitz in der Landeshauptstadt, die Kammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland in Wien, die Kammer für Tirol und Vorarlberg in Innsbruck.

Die Notariatskammer besteht aus einem Notar als Präsidenten, sechs Notaren und drei Notariatskandidaten als Mitgliedern, die Notariatskammer in Wien aus einem Notar als Präsidenten, zehn Notaren und fünf Notariatskandidaten als Mitgliedern. Falls eine Kandidatengruppe nicht gebildet ist (§ 124 Abs. 2), entfallen die Mitglieder aus dem Kandidatenstand.

Unverändert.

Unverändert.

Der Präsident und die Kammermitglieder haben nach Ablauf dieser Zeit ihre Amtstätigkeit bis zur Neuwahl fortzusetzen und sind auch nach Ablauf der Amtsdauer wieder wählbar. Sinkt im Laufe des Jahres die Zahl der in einer Liste eingetragenen Kandidaten unter fünf (§ 124 Abs. 2), so bleiben die dem Kandidatenstande angehörigen Mitglieder bis zum Ablauf des Jahres, für das sie gewählt sind, im Amte.

Unverändert.

Unverändert.

Alte Fassung.

§ 131. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten hat. Hiebei sind leere Stimmzettel nicht mitzuzählen.

Notare und Notariatskandidaten, die außerhalb des Wahlortes ihren Amtssitz oder Dienstort haben, können auch durch Einsendung von Stimmzetteln an die Kammer oder an den Leiter der Wahl ihre Stimme abgeben. Diese Stimmzettel sind gültig, wenn sie mit der Unterschrift des Notars oder des Kandidaten versehen sind und vor Schluß der Stimmenabgabe einlangen. Die Unterschrift des Kandidaten bedarf, wenn sie der Kammer noch nicht vorliegt, der Beglaubigung.

Wird bei dem ersten Wahlgange die Mehrheit über die Hälfte nicht erzielt, so gelangen die Personen, die die meisten Stimmen erhalten haben, in die engere Wahl.

In die engere Wahl sind doppelt so viele Personen zu bringen, als zu wählen sind. Haben mehrere Personen die gleiche Stimmenzahl erhalten und sind sie nicht alle in die engere Wahl zu bringen, so entscheidet das Los, wer von ihnen in die engere Wahl kommt.

Jede Stimme, die bei dieser Wahl auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist ungültig. Ergibt sich bei der engeren Wahl Stimmengleichheit, so entscheidet das Los.

Ist die Wahl für eine neuerrichtete oder eine aufgelöste Kammer vorzunehmen, so hat der Präsident des Gerichtshofes erster Instanz am Sitz der Kammer die Wahl auszuschreiben und zu leiten.

§ 134. Der Notariatskammer obliegt die Wahrung der Ehre und Würde des Standes und die Vertretung der Standesinteressen.

Zu ihrem Wirkungskreis gehören:

1. die Aufsicht über das Benehmen und die Geschäftsführung der Notare und der Notariatskandidaten ihres Sprengels sowie die Führung der Verzeichnisse der Notare und Notariatskandidaten; die Einrichtung und Führung dieser Verzeichnisse wird durch Verordnung geregelt;

2. die Handhabung der Disziplin über Notare und Notariatskandidaten;

3. die Vermittlung bei Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten zwischen Notaren oder zwischen Notariatskandidaten oder zwischen No-

Neue Fassung.

§ 131. In jeder Gruppe sind die von ihr zu entsendenden Kammermitglieder gemeinsam zu wählen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten hat, sofern dadurch nicht mehr Personen gewählt würden, als zu wählen sind. Andernfalls gelten nur jene als gewählt, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Besteht jedoch bei einem mit niedrigster Stimmenzahl erreichten Mandat Stimmengleichheit, so gelangen diese Personen in eine engere Wahl. Bei Zählung der Stimmen sind ungültige Stimmzettel nicht mitzuzählen.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Alte Fassung.

taren und Kandidaten ihres Sprengels in Beziehung auf die Ausübung ihres Berufes oder auf das Dienstverhältnis; die Notare (Notariatskandidaten) sind verpflichtet, die Vermittlung der Kammer anzurufen, bevor sie eine Disziplinaranzeige machen;

4. das vermittelnde Einschreiten, wenn zwischen Notaren ihres Sprengels und Parteien Meinungsverschiedenheiten oder Streitigkeiten in Ansehung der Amtsführung oder der vom Notar angesprochenen Gebühren sich ergeben; von der Kammer beurkundete Vergleiche über Gebührenansprüche des Notars sind Exekutionstitel im Sinne des § 1 der Exekutionsordnung;

5. die Entscheidung über Beschwerden in den im Gesetze bezeichneten Fällen;

6. die Bestätigung (Ausstellung) der Zeugnisse über die Praxis der Notariatskandidaten;

7. die Erstattung von Anträgen und Gutachten in Gesetzgebungsfragen, über Änderungen in der Organisation des Notariates sowie über Verminderung oder Vermehrung von Notarstellen, über die Verlegung der Amtssitze der Notare, über Änderungen im Gebührentarif u. dgl.;

8. die Mitwirkung bei der Besetzung von Notarstellen, die Abgabe von Gutachten über Fähigkeit und Verwendung von Notaren und Notariatskandidaten;

9. die Besorgung der wirtschaftlichen Angelegenheiten und die Einbringung der Jahresbeiträge und Kostenersätze (§ 170 Abs. 2 und 4), nötigenfalls durch Zwangsvollstreckung; Rückstandsabweise und rechtskräftige Beschlüsse der Kammer über die an die Kammer zu leistenden Beiträge und Ersätze sind Exekutionstitel im Sinne des § 1 der Exekutionsordnung;

10. die Einberufung des Notariatskollegiums und seiner Gruppen (§ 126 Abs. 1 und 2);

11. die Wahl der Richter aus dem Notarenstande für die Disziplinargerichte und der Prüfungskommissäre;

12. die Wahl der Vertreter zum Delegiertentage der Notariatskammern (§ 141);

13. die Entscheidung über die Teilnahme der Kandidaten am Notariatskollegium (§ 124 Abs. 1 und 3) und über ihre Wählbarkeit (§ 130 Abs. 1);

14. die Vorbereitung von Kollektivverträgen.

§ 138. Gegen Beschlüsse und Verfügungen der Kammer oder des Präsidenten sowie gegen Beschlüsse eines Gerichtshofes erster Instanz in notariellen Angelegenheiten kann, insofern das Gesetz nichts anderes anordnet, die Beschwerde binnen vierzehn Tagen an das Oberlandesgericht ergriffen werden.

Neue Fassung.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

9. die Besorgung der wirtschaftlichen Angelegenheiten und die Einbringung der Jahresbeiträge und Kostenersätze (§ 170 Abs. 2 und 3), nötigenfalls durch Zwangsvollstreckung; Rückstandsabweise und rechtskräftige Beschlüsse der Kammer über die an die Kammer zu leistenden Beiträge und Ersätze sind Exekutionstitel im Sinne des § 1 der Exekutionsordnung;

Unverändert.

Unverändert.

Unverändert.

13. die Entscheidung über die Teilnahme der Kandidaten am Notariatskollegium (§ 124) und über ihre Wählbarkeit (§ 130 Abs. 1);

Unverändert.

§ 138. Sofern gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, sind die auf Grund dieses Gesetzes ergehenden Bescheide (Entscheidungen und Verfügungen) mittels Berufung (Beschwerde) anfechtbar, und zwar

1. Bescheide der Notariatskammer und ihres Präsidenten sowie Bescheide des Präsidenten des

Alte Fassung.

Gegen abändernde Entscheidungen des Oberlandesgerichtes findet in der gleichen Frist die Beschwerde an den Obersten Gerichtshof statt.

Die Frist beginnt mit dem Tage nach Zustellung des anzufechtenden Beschlusses. Die Beschwerde ist bei der Behörde zu überreichen, die als erste Instanz entschieden hat. Diese Behörde kann der Beschwerde auf Antrag hemmende Wirkung zuerkennen. Verspätete oder unzulässige Beschwerden sind von der ersten Instanz zurückzuweisen.

Der Notariatskammer steht ein Beschwerde-recht nicht zu.

§ 139. Kammermitglieder, die ihre Pflichten vernachlässigen, können durch Erkenntnis des Disziplinargerichtes (§§ 157 bis 163) aus der Kammer ausgeschlossen werden.

Die Auflösung der Kammer steht dem Bundesministerium für Justiz zu. Sie hat das Erlöschen der Mandate zur Folge.

Die Geschäfte werden bis zum Amtsantritte der neuen Kammer vom Gerichtshof erster Instanz gemäß § 140 versehen.

§ 140. Wenn das Notariatskollegium weniger als fünfzehn Notare (systemisierte Notarstellen) zählt, hat der Gerichtshof erster Instanz am Sitze der Kammer die der Notariatskammer zugewiesenen Geschäfte zu versehen.

Wenn das Notariatskollegium zwar mindestens fünfzehn Notare zählt, die Besetzung der Stellen der Kammermitglieder aus dem Notarenstande sich aber als undurchführbar erweist, hat das Bundesministerium für Justiz die Führung der Kammergeschäfte dem Gerichtshof erster Instanz am Sitze der Kammer zu übertragen.

Neue Fassung.

Gerichtshofes erster Instanz beim Oberlandesgerichtspräsidenten;

2. Bescheide des Oberlandesgerichtspräsidenten, wenn er als erste Instanz entschieden oder wenn er im Rechtszug einen der in Z. 1 genannten Bescheide abgeändert hat, beim Bundesministerium für Justiz.

Die Berufungs(Beschwerde)frist beträgt 14 Tage; sie kann nicht verlängert werden. Sie beginnt mit dem Tage nach der Zustellung des anzufechtenden Bescheides. Die Berufung (Beschwerde) ist bei der Stelle zu überreichen, die als erste Instanz entschieden hat.

Rechtzeitig eingebrachte Berufungen (Beschwerden) haben aufschiebende Wirkung. Jede Stelle, die in der Hauptsache entscheidet, kann die aufschiebende Wirkung ausschließen, wenn die vorzeitige Vollstreckung im Interesse des öffentlichen Wohles wegen Gefahr im Verzug dringend geboten ist. Ein solcher Ausspruch ist tunlichst schon in den über die Hauptsache ergehenden Bescheid aufzunehmen.

Verspätete oder unzulässige Berufungen (Beschwerden) hat die Stelle zurückzuweisen, die als erste Instanz entschieden hat.

Der Notariatskammer steht kein Berufungs-(Beschwerde)recht zu.

Unverändert.

Das Bundesministerium für Justiz kann eine Kammer aus einem wichtigen Grund auflösen; ein solcher Grund liegt insbesondere dann vor, wenn die Besetzung der Stellen der Kammermitglieder aus dem Notarenstand sich als undurchführbar erweist. Durch die Auflösung der Kammer erlöschen die Mandate.

Die Geschäfte werden bis zum Amtsantritt der neuen Kammer durch einen vom Bundesministerium für Justiz zugleich mit der Auflösung der Kammer zu bestellenden Notar besorgt. Dieser hat binnen zwei Monaten nach seiner Bestellung die Neuwahl der Kammer anzuordnen, die unter seinem Vorsitz stattfindet.

Aufgehoben.

Aufgehoben.

Alte Fassung:

Der Gerichtshof versieht in den Fällen der Abs. 1 und 2 die Kammergeschäfte in einem Senate von vier Stimmführern und einem Vorsitzenden. Den Vorsitz führt ein bleibend mit der Leitung dieser Geschäfte betrauter Rat. Dieser Rat hat den Wirkungskreis des Präsidenten einer Notariatskammer. Er führt auch den Vorsitz im Notariatskollegium. Auf Anordnung des Bundesministeriums für Justiz sind von der Notarengruppe zwei Notare und von der Kandidatengruppe ein in dem Verzeichnisse dieses Sprengels eingetragener Notariatskandidat, der die Wählbarkeit für die Kammer besitzt, als Stimmführer in diesen fünfgliedrigen Senat zu wählen. Die Vorschrift des § 129 Abs. 4 findet sinngemäß Anwendung.

§ 141. Zur Vertretung der Standesinteressen und zur Erfüllung der in § 134 Abs. 2 Z. 7 bezeichneten Aufgaben haben die Notariatskammern Vertreter zu einem Delegiertentag zu entsenden, die zu zwei Dritteln aus dem Notarenstande, zu einem Drittel aus den Kandidaten, die in die Kammer wählbar sind, zu entnehmen sind.

Diese Versammlung kann einen Ausschuß bestellen, in dem Notare und Kandidaten in dem oben angeführten Verhältnisse vertreten sein müssen, sowie eine Geschäftsordnung beschließen, die der Genehmigung des Bundesministeriums für Justiz bedarf.

Beschlüsse des Delegiertentages oder des Ausschusses über das Verhalten der Standesmitglieder sind dem Bundesministerium für Justiz mitzuteilen. Es kann sie aufheben, wenn sie bestehenden Gesetzen oder Verordnungen widersprechen.

Nähere Bestimmungen sind durch Verordnung zu erlassen.

Verordnung des Bundesministeriums für Justiz vom 17. Dezember 1921, BGBl. Nr. 756, betreffend den Delegiertentag der Notariatskammern.

§ 1. In den Delegiertentag der Notariatskammern (§ 141 NO.) entsenden die Notariatskammer in Wien vier Notare und zwei Kandidaten, alle anderen Kammern je zwei Notare und einen Kandidaten.

Neue Fassung:

Aufgehoben.

§ 141. Zur Vertretung der Standesinteressen, zur Erfüllung der im § 134 Abs. 2 Z. 7 bezeichneten Aufgaben sowie zur Vermittlung bei Meinungsverschiedenheiten und Streitigkeiten (§ 134 Abs. 2 Z. 3) von Angehörigen verschiedener Kammersprengel haben die Notariatskammern Vertreter zu einem Delegiertentag zu entsenden. Er führt die Bezeichnung „Delegiertentag der österreichischen Notariatskammern“ und hat seinen Sitz in Wien.

Entfällt.

Die Beschlüsse des Delegiertentages, die das Verhalten der Standesmitglieder regeln, sind dem Bundesministerium für Justiz binnen vier Wochen mitzuteilen. Es hat sie aufzuheben, wenn sie bestehenden Gesetzen oder Verordnungen widersprechen.

Entfällt.

§ 141 a. In den Delegiertentag haben zu entsenden:

- a) die Notariatskammer für Wien, Niederösterreich und Burgenland sechs Notare und drei Kandidaten,
- b) die Notariatskammern für Oberösterreich und Steiermark je vier Notare und zwei Kandidaten,
- c) alle übrigen Kammern je zwei Notare und einen Kandidaten.

Die Kandidaten müssen in die Kammer wählbar sein.

Alte Fassung.

Die Mitglieder des Delegiertentages müssen dem Notariatskollegium angehören, dessen Kammer sie entsendet. Die Kandidaten müssen in die Kammer wählbar sein. Gehören dem Kollegium Kandidaten nicht an (§ 124 Abs. 3) oder sind wählbare Kandidaten nicht vorhanden oder werden sie nicht gewählt, so sind an Stelle der fehlenden Kandidaten Notare zu entsenden.

Die Mitglieder aus dem Notarenstande werden von den in die Kammer gewählten Notaren, die Mitglieder aus dem Kandidatenstande von den in die Kammer gewählten Kandidaten gewählt (§ 134 Abs. 2 Z. 12). Die Kammer hat die Namen der gewählten Mitglieder dem Bundesministerium für Justiz anzuzeigen.

S. § 3 Abs. 3.

§ 2. Der Delegiertentag hat seinen Sitz in Wien.

Der Delegiertentag faßt seine Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen.

Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Mitglied kann sich bei der Beratung und Abstimmung durch ein anderes von derselben Kammer entsendetes Mitglied des Delegiertentages vertreten lassen. Dazu bedarf es einer schriftlichen Vollmacht.

Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von Vertretern mindestens dreier Kammern mit mindestens zehn Stimmen, worunter sieben Notarstimmen sein müssen, erforderlich.

§ 3. Der Delegiertentag wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und seinen Stellvertreter, die dem Notarenstande angehören müssen, und vier Ausschußmitglieder, von denen zwei dem Notarenstande und zwei dem Kandidatenstande angehören müssen.

Der Vorsitzende, sein Stellvertreter und die vier Ausschußmitglieder bilden den Ausschuß. Der Vorsitzende des Delegiertentages führt auch im Ausschusse den Vorsitz.

Die Mitglieder aus dem Notarenstande werden auf drei Jahre, die Kandidaten auf ein Jahr gewählt, sie haben ihr Amt bis zur Neuwahl fortzuführen.

§ 4. Der Vorsitzende hat den Delegiertentag nach Bedarf mindestens einmal jährlich und jedesmal dann einzuberufen, wenn mindestens sieben Mitglieder des Delegiertentages es verlangen. Die Tagung findet in Wien statt, wenn nicht der Vorsitzende aus besonderen Gründen den Delegiertentag nach einem anderen Orte im Gebiete der Republik Österreich einberuft.

Neue Fassung.

Die Mitglieder des Delegiertentages müssen dem Notariatskollegium angehören, dessen Kammer sie entsendet. Gehören dem Kollegium Kandidaten nicht an (§ 124 Abs. 2) oder sind wählbare Kandidaten nicht vorhanden oder werden sie nicht gewählt, so sind an Stelle der fehlenden Kandidaten Notare zu entsenden.

Die Mitglieder aus dem Notarenstande werden von den in die Kammer gewählten Notaren, die Mitglieder aus dem Kandidatenstand von den in die Kammer gewählten Kandidaten gewählt (§ 134 Abs. 2 Z. 12). Die Kammer hat die Namen der gewählten Mitglieder dem Bundesministerium für Justiz anzuzeigen.

Notare werden auf drei Jahre, Kandidaten auf ein Jahr gewählt. Sie haben ihr Amt bis zu einer Neuwahl fortzuführen.

§ 132 gilt sinngemäß.

S. § 141 Abs. 1.

§ 141 b. Der Delegiertentag faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit.

Jedes Mitglied hat eine Stimme. Es kann sich bei der Beratung und Abstimmung durch ein anderes von derselben Kammer entsendetes Mitglied des Delegiertentages vertreten lassen. Dazu bedarf der Vertreter einer schriftlichen Vollmacht.

Zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von Vertretern mindestens dreier Kammern mit mindestens zehn Stimmen, unter denen sieben Notarstimmen sein müssen, erforderlich.

§ 141 c. Der Delegiertentag wählt aus seiner Mitte einen **Präsidenten**, einen **ersten** und einen **zweiten Stellvertreter** sowie einen **Kassier**, die dem Notarenstand angehören müssen, ferner **fünf** Ausschußmitglieder, von denen zwei dem Notarenstand und **drei** dem Kandidatenstand angehören müssen. § 141 a Abs. 2 zweiter Satz gilt sinngemäß.

Der **Präsident**, seine Stellvertreter, der **Kassier** und die **fünf** Ausschußmitglieder bilden den **Ständigen Ausschuß** des Delegiertentages.

S. § 141 a Abs. 4.

§ 141 d. Der **Präsident** hat den Delegiertentag mindestens einmal jährlich und dann einzuberufen, wenn mindestens sieben Mitglieder des Delegiertentages es verlangen. Die Tagung findet in Wien statt, wenn der **Präsident** den Delegiertentag nicht an einen anderen Ort in der Republik Österreich einberuft.

Alte Fassung.

Den ersten Delegiertentag beruft das Bundesministerium für Justiz ein.

Der Vorsitzende oder sein Stellvertreter leiten die Verhandlungen des Delegiertentages und des Ausschusses. Sie fertigen die gefaßten Beschlüsse aus und zeichnen die vom Delegiertentag und dem Ausschuss ausgehenden Schriftstücke.

Der Vorsitzende stimmt bei der Beschlussfassung des Delegiertentages und des Ausschusses mit, bei Stimmengleichheit gibt seine Stimme den Ausschlag.

§ 5. Der Ausschuss faßt seine Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen. Zur Beschlussfassung ist die Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern erforderlich, unter denen sich der Vorsitzende oder sein Stellvertreter und, wenn nicht beide anwesend sind, noch ein anderes Mitglied aus dem Notarenstande befinden muß.

Der Ausschuss besorgt die laufenden Geschäfte; in dringenden und in minder wichtigen Fällen kann sie auch der Vorsitzende oder sein Stellvertreter gegen nachträgliche Genehmigung durch den Ausschuss erledigen.

Der Delegiertentag kann den Ausschuss mit der Erledigung der Geschäfte betrauen, die gemäß § 141 Abs. 1 NO. ihm selbst obliegen.

Bisher keine entsprechende Bestimmung.

§ 7. Das Amt eines Mitgliedes des Delegiertentages ist ein unentgeltliches Ehrenamt. Mitgliedern, die nicht am Orte der Tagung ihren Amts- oder Dienstort haben, werden die Reise- und Aufenthaltskosten nach den jeweils vom Ausschuss festzustellenden Ansätzen vergütet.

Die Kosten des Delegiertentages und seines Ausschusses einschließlich der Reise- und Aufenthaltskosten der Mitglieder tragen die Notariatskammern im Verhältnisse der Zahl der systemisierten Notarstellen ihres Sprengels.

§ 6. Der Delegiertentag kann für seine und seines Ausschusses Geschäftsführung eine Geschäftsordnung beschließen. Sie bedarf der Genehmigung des Bundesministeriums für Justiz.

Neue Fassung.

Entfällt.

Der **Präsident** leitet die Verhandlungen des Delegiertentages und des **Ständigen Ausschusses**. Er zeichnet die vom Delegiertentag und vom **Ständigen Ausschuss** ausgehenden Schriftstücke.

Der **Präsident** stimmt bei der Beschlussfassung des Delegiertentages und des **Ständigen Ausschusses** mit.

§ 141 e. Der **Ständige Ausschuss** faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Zur Beschlussfassung ist die Anwesenheit von mindestens der **Hälfte** seiner Mitglieder notwendig, unter denen sich **mindestens drei Notare** befinden müssen.

Der **Ständige Ausschuss** besorgt die laufenden Geschäfte; in dringenden oder minder wichtigen Fällen kann sie auch der **Präsident** erledigen, doch muß er darüber in der **nächsten Sitzung berichten**.

Der Delegiertentag kann den **Ständigen Ausschuss** auch mit der Erledigung von Geschäften betrauen, die ihm selbst obliegen.

§ 141 f. Der **Delegiertentag** kann zu seiner **Unterstützung Fachausschüsse** bestellen, in die auch **Standesangehörige** berufen werden können, die nicht Mitglieder des Delegiertentages sind. Diese haben bei Tagungen des Delegiertentages und seines **Ständigen Ausschusses** nur beratende Stimme.

§ 141 g. Das Amt eines Mitgliedes des Delegiertentages ist ein Ehrenamt. Mitgliedern, die nicht am Orte der Tagung ihren Amtssitz (Dienstort) haben oder Reisen im Auftrag des Delegiertentages ausführen, werden Reise- und Aufenthaltskosten in sinngemäßer Anwendung der für Bundesbedienstete geltenden Vorschriften vergütet, wobei die Notare den Beamten der allgemeinen Verwaltung der Dienstklasse VIII, die Notariatskandidaten jenen der Dienstklasse VII gleichgestellt werden. Die Mitglieder der Fachausschüsse erhalten Vergütungen nach den gleichen Bestimmungen.

Die Notariatskammern haben im Verhältnis der Zahl der Notarstellen ihrer Sprengel zur Deckung der Kosten des Delegiertentages und seiner Ausschüsse Beiträge zu leisten, deren Höhe vom Delegiertentag unter Bedachtnahme auf die ihm erwachsenden Kosten festgesetzt wird.

§ 141 h. Das Bundesministerium für Justiz kann durch Verordnung eine Geschäftsordnung für den Delegiertentag erlassen. Diese hat Bestimmungen zu enthalten über

a) eine Berichterstattungs- und Auskunftspflicht der Kammern und Kollegiumsmit-

Alte Fassung.

§ 146. Nach dem Tode, der Entlassung oder der Versetzung eines Notars an einen anderen Ort sind die in seiner Verwahrung befindlichen Akten, Geschäftsregister und Verzeichnisse nebst seinem Amtssiegel, durch Vermittlung der Notariatskammer, an das Notariatsarchiv seines Sprengels abzugeben. Wenn eine Vorkehrung in Ansehung dieser Akten dringend notwendig ist, hat das nächstgelegene Bezirksgericht für die mittlerweilige Verwahrung Sorge zu tragen.

Im Falle der Versetzung von einem Orte an einen anderen innerhalb des Sprengels desselben Notariatsarchivs kann der Gerichtshof erster Instanz dem Notare nach Einvernehmung der Notariatskammer seines bisherigen Amtssitzes aus besonders rücksichtswürdigen Gründen gestatten, seine Akten in den neuen Amtssitz mitzunehmen. Eine solche Gestattung ist, so wie die Übergabe der Akten an das Archiv, jedesmal öffentlich kundzugeben.

§ 156. Wenn ein Gerichtshof erster Instanz die Geschäfte der Notariatskammer zu besorgen hat, so können von diesem in der in Gemäßheit des § 140 gebildeten Versammlung nach Vorschrift des vorhergehenden Paragraphen gegen Notare und Notariatskandidaten Mahnungen und Rügen als Ordnungsstrafen ausgesprochen werden.

Gegen die Verhängung einer Rüge von seiten des Gerichtshofes steht dem Gerügten die Beschwerde an das Oberlandesgericht offen.

§ 161. In Ansehung der Zusammensetzung des Disziplinarsenates und bezüglich des Disziplinarverfahrens finden die in dem Gesetze vom 21. Mai 1868, RGBl. Nr. 46, betreffend die Disziplinarbehandlung richterlicher Beamten, in den §§ 9 bis 26 und 39 bis 41 für das Verfahren in erster und zweiter Instanz gegebenen Vorschriften sinngemäße Anwendung, soweit nicht in den folgenden Paragraphen besondere Bestimmungen enthalten sind.

Die in den §§ 18, 19 und 169 NO. dem Oberlandesgericht vorbehaltenen Entscheidungen werden vom Disziplinarsenate gefällt.

Neue Fassung.

- glieder über Standesangelegenheiten, insbesondere über die Führung der Geschäfte und der Kanzlei, über Dienstverhältnisse, über die Höhe der Einnahmen und Ausgaben und über persönliche Verhältnisse;
- b) allgemeine Weisungen in Standesangelegenheiten und über die Führung der Geschäfte;
 - c) die innere Organisation und Kassaführung des Delegiertentages und der Ausschüsse;
 - d) Einberufungsförmlichkeiten, Verhandlungsführung, Referatsverteilung und Beiziehung von Nichtmitgliedern und Sachverständigen.

§ 146. Nach dem Erlöschen des Amtes (§ 19 Abs. 1), dem Tode oder der Versetzung eines Notars sind die von ihm verwahrten Akten, Geschäftsregister, Verzeichnisse und sein Amtssiegel durch die Notariatskammer an das Notariatsarchiv seines Sprengels abzuführen. Wenn eine Vorkehrung in Ansehung dieser Akten notwendig ist, hat die Notariatskammer für die mittlerweilige Verwahrung, Erteilung von Ausfertigungen, Beurkundungen und Abschriften durch einen von ihr zu bestellenden Notar Sorge zu tragen.

Im Falle der Versetzung von einem Orte an einen anderen innerhalb des Sprengels desselben Notariatsarchivs kann der Präsident des Gerichtshofes erster Instanz dem Notare nach Einvernehmung der Notariatskammer seines bisherigen Amtssitzes aus besonders rücksichtswürdigen Gründen gestatten, seine Akten in den neuen Amtssitz mitzunehmen. Eine solche Gestattung ist, so wie die Übergabe der Akten an das Archiv, jedesmal öffentlich kundzugeben.

Aufgehoben.

Aufgehoben.

§ 161. Für die Zusammensetzung des Disziplinarsenates und für das Disziplinarverfahren sind die §§ 112 bis 120, 122 bis 129, 130 Abs. 2 bis 4, 131 bis 136, 137 Abs. 1 und 3, 138 bis 141, 143, 151 bis 155, 157, 161, 163 bis 165 des Richterdienstgesetzes, BGBl. Nr. 305/1961, sinngemäß anzuwenden, soweit nicht im folgenden etwas anderes bestimmt ist.

S. § 169 Abs. 3.

Alte Fassung.

Bisher keine entsprechende Bestimmung.

§ 163. Jeder Beschluß auf Einleitung der Disziplinaruntersuchung und jedes freisprechende oder verurteilende Disziplinarerkenntnis ist nach eingetretener Rechtskraft der Notariatskammer mitzuteilen.

Lautet das Erkenntnis auf Suspension oder auf Entsetzung vom Amte, so ist dasselbe auch in der amtlichen Landeszeitung kundzumachen und den im § 16 bezeichneten Gerichten zur Kenntnis zu bringen.

Die Amtsentsetzung ist überdies dem Justizminister anzuzeigen.

Die Bewirkung und Überwachung des Vollzuges der verhängten Strafe liegt dem Gerichte erster Instanz ob, in dessen Sprengel sich der Amtssitz des Notars befindet.

Die Strafe der Suspension oder der Entsetzung vom Amte wird von dem Tage wirksam, an welchem dem Notare die Vollzugsverordnung oder das einer weiteren Berufung nicht mehr unterliegende Erkenntnis zugestellt wurde. Das mit dem Vollzuge beauftragte Gericht hat dem Notare unmittelbar oder durch einen Richter das Amtssiegel abzunehmen und der Notariatskammer zur Verwahrung (§ 42) zu übergeben.

§ 164. Nach dreijähriger tadelloser Aufführung kann der Notar um die Löschung jeder im Verzeichnisse der Notare eingetragenen Ordnungsstrafe oder des daselbst eingetragenen schriftlichen Verweises ansuchen. Die Entscheidung darüber steht der Notariatskammer und beziehungsweise dem Disziplinargerichte zu.

Neue Fassung.

§ 161 f. Erachtet das Disziplinargericht, daß keine als Disziplinarvergehen zu ahndende Pflichtverletzung oder kein Grund zur Fortsetzung des bereits eingeleiteten Disziplinarverfahrens vorliegt, so hat es mit Beschluß im ersten Falle die Einleitung des Disziplinarverfahrens abzulehnen, im zweiten Falle das Disziplinarverfahren einzustellen und in beiden Fällen nach Rechtskraft des Beschlusses die Sache an die Notariatskammer abzutreten.

Unverändert.

Der Spruch eines auf Suspension oder auf Entsetzung vom Amte lautenden Erkenntnisses ist im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ kundzumachen und den dem Oberlandesgericht unterstellten Gerichtshöfen erster Instanz mitzuteilen.

Unverändert.

Die Bewirkung und Überwachung des Vollzuges der verhängten Strafe obliegt dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz, in dessen Sprengel sich der Amtssitz des Notars befindet. Im Falle der Suspension oder der Entsetzung vom Amte hat der Präsident oder der von ihm dazu bestimmte Richter dem Notar das Amtssiegel abzunehmen und der Notariatskammer zur Verwahrung (§ 42) zu übergeben.

Aufgehoben.

§ 164. In den Verzeichnissen der Notare und der Notariatskandidaten sind auf Antrag des Bestraften zu löschen:

- a) Ordnungsstrafen und schriftliche Verweise nach dreijähriger tadelloser Führung,
- b) andere Disziplinarstrafen mit Ausnahme der Amtsentsetzung oder der Streichung aus dem Verzeichnis der Notariatskandidaten nach zehnjähriger tadelloser Führung.

Die Entscheidung über die Löschung von Ordnungsstrafen steht der Notariatskammer zu, in deren Sprengel der Bestrafte seinen Amtssitz hat oder in deren Verzeichnis der Notariatskandidat eingetragen ist. Über die Löschung von Disziplinarstrafen hat nach Anhörung der Notariatskammer jenes Disziplinargericht zu entscheiden,

Alte Fassung:

§ 169. Wenn ein Notar durch körperliche oder geistige Gebrechen zur Führung seines Amtes bleibend unfähig geworden ist, hat ihn die Notariatskammer und, wenn diese ihre Obliegenheit nicht erfüllt, der Präsident des Gerichtshofes erster Instanz am Sitze der Kammer aufzufordern, binnen einer angemessen zu bestimmenden Frist sein Amt als Notar zurückzulegen.

Entspricht der Notar dieser Aufforderung nicht, so hat die Notariatskammer beziehungsweise der Präsident des Gerichtshofes die Anzeige an das Oberlandesgericht zu erstatten.

Das Oberlandesgericht hat unter sinngemäßer Anwendung der §§ 52 bis 54 des Gesetzes, betreffend die Disziplinarbehandlung richterlicher Beamten, mit Fällung des Ausspruches, daß das Amt des Notars erloschen sei, vorzugehen.

§ 170. Die Kosten der behufs der Ausübung der Aufsicht und Disziplinargewalt gepflogenen Amtshandlungen hat, soweit diese Amtshandlungen in den Wirkungskreis der Gerichte fallen, der Staat und, insoweit sie in den Wirkungskreis der Notariatskammer fallen, diese selbst vorzuschießen.

Insofern diese Amtshandlungen zum Nachweise des Verschuldens eines Notars geführt haben, hat dieser die erwachsenen Kosten zu ersetzen.

Wo die Geschäfte der Notariatskammer von dem Gerichtshof besorgt werden (§ 140), hat der Staat auch die Kosten der von diesem Gerichtshof in Ausübung des Wirkungskreises einer Notariatskammer gepflogenen Aufsichts- und disziplinären Amtshandlungen vorzuschießen.

Demjenigen, der die Kosten vorzuschießen hat, fallen dieselben auch endgültig zur Last, wenn ein Verschulden des Notars nicht festgestellt wird, oder wenn sie uneinbringlich sind.

§ 184. Die vorstehenden Bestimmungen mit Ausnahme jener des § 181 finden auch in Ansehung der dem Notar für die Verfassung von Privaturkunden gebührenden Entlohnung sinn-gemäße Anwendung.

Der Notar ist auch in diesem Falle verpflichtet, die von ihm angesprochenen Gebühren auf der der Partei ausgefolgten Urkunde zu verzeichnen und diese Angabe zu unterschreiben. Er darf aber hierbei weder seine Eigenschaft als Notar anfügen, noch sein Amtssiegel beidrücken.

Neue Fassung.

das in erster Instanz eingeschritten ist. Von der Löschung ist die Notariatskammer zu verständigen.

Auf eine gelöschte Strafe darf nicht mehr Beacht genommen werden.

Unverändert.

Unverändert.

Das Oberlandesgericht hat als Dienstgericht in der im § 161 a bestimmten Zusammensetzung unter sinngemäßer Anwendung der §§ 93 bis 95, 97 und 98 des Richterdienstgesetzes, BGBl. Nr. 305/1961, mit Beschluß das Erlöschen des Amtes auszusprechen, wenn einer der Gründe des § 19 Abs. 1 lit. g vorliegt.

Unverändert.

Unverändert.

Aufgehoben.

Unverändert.

§ 184. Die vorstehenden Bestimmungen mit Ausnahme jener des § 180 finden auch in Ansehung der dem Notar für die Verfassung von Privaturkunden gebührenden Entlohnung sinn-gemäße Anwendung.

Unverändert.

Gutachtliche Äußerung

des Bundeskanzleramtes — Verfassungsdienst zu dem vom Bundesminister für Justiz in der Sitzung vom 28. März 1962 der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Notariatsordnung geändert wird.

Der der Bundesregierung unter Punkt 9 der Tagesordnung ihrer Sitzung vom 28. März 1962 zur Beschlußfassung über die Vorlage an die gesetzgebenden Organe des Bundes zur weiteren verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegte Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem die Notariatsordnung geändert wird, war bereits vor Jahresfrist im Zuge des Vorbegutachtungsverfahrens Gegenstand eingehender Untersuchungen des Bundeskanzleramtes — Verfassungsdienst. Im Rahmen des dem Bundesministerium für Justiz damals bekanntgegebenen Ergebnisses dieser Prüfung sah sich das Bundeskanzleramt — Verfassungsdienst veranlaßt, aus rechtsstaatlichen Überlegungen heraus auf eine schon Jahre vorher vertretene Forderung zurückzugreifen und dem Bundesministerium für Justiz mit Nachdruck die Notwendigkeit vor Augen zu führen, für eine einheitliche und umfassende Regelung des bei Führung der Angelegenheiten der Notare, sei es von Organen der Notariatskammer, sei es von den Präsidenten der Gerichtshöfe erster Instanz oder den Oberlandesgerichtspräsidenten als Organen der Justizverwaltung, zu beobachtenden Verfahrens Sorge zu tragen. Hierauf zu dringen, erschien umso gebotener, als weder die nunmehr bereits neunzig Jahre als Notariatsordnung noch auch andere gesetzliche Vorschriften dem im Art. 18 Abs. 1 des B.-VG. verankerten Rechtsstaatsprinzip in ausreichendem Maße Rechnung tragende Anordnungen über das in den Angelegenheiten der Notare von den in Betracht kommenden Behörden anzuwendende Verfahren enthalten.

Das Bundeskanzleramt — Verfassungsdienst konnte sich hiebei auf das vom Bundesministerium für Justiz unvorgreiflich der Auffassung der Organe der Bundesgesetzgebung bereits im Jahre 1953 erklärte Einverständnis berufen, wonach in jenen Angelegenheiten der Notare, in denen von seiten der Justizverwaltung einerseits oder von Organen der Notariatskammer andererseits eine behördliche Tätigkeit entfaltet wird, durch einen Akt der Gesetzgebung die Anwendbarkeit des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1950 vorzusehen wäre.

Von maßgebender Bedeutung für den vom Bundeskanzleramt — Verfassungsdienst im Gegenstand vertretenen Standpunkt war aber auch der Umstand, daß auch der Nationalrat in einer anläßlich der Verabschiedung der EGVG.-Novelle, BGBl. Nr. 92/1959, an die Bundesregierung gerichteten Entschliebung vom 18. März 1959 (vgl. 654 der Beilagen zu den

stenographischen Protokollen des Nationalrates VIII. GP.) in klarer und eindeutiger Weise seiner Auffassung dahin Ausdruck gegeben hat, daß es geboten sei, die gesetzlichen beruflichen Vertretungen ebenso wie die Sozialversicherungsträger hinsichtlich ihrer behördlichen Tätigkeit in den Geltungsbereich der Verwaltungsverfahrensgesetze einzubeziehen.

Gerade in Anbetracht der damit unzweideutig geäußerten Ansicht des Gesetzgebers hält es das Bundeskanzleramt — Verfassungsdienst für unerläßlich, weiterhin im Sinne der bereits in einer Reihe materiellgesetzlicher Regelungen (wie etwa § 5 Abs. 3 der Umlagenordnung, BGBl. Nr. 215/1947, § 41 der Handelskammer-Wahlordnung, BGBl. Nr. 11/1950, § 58 der Wirtschaftstreuhand-Berufsordnung, BGBl. Nr. 125/1955, oder in allerjüngster Zeit § 7 des EFTA-Durchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 274/1961) vorgesehenen Rezeption der Verwaltungsverfahrensgesetze für eine dem Rechtsstaatsprinzip voll entsprechende Sicherung jeglicher behördlicher Tätigkeit einzutreten.

Diesen auf einem ernstlichen verfassungsrechtlichen Anliegen beruhenden Überlegungen könnte nach Meinung des Bundeskanzleramtes — Verfassungsdienst im Falle der in Rede stehenden Gesetzesvorlage etwa in der Weise Rechnung getragen werden, daß die vorliegende Notariatsordnungsnovelle durch folgende, hiemit in zwei Varianten vorgeschlagene Bestimmung ergänzt wird:

Variante A.

„Auf das Verfahren vor den Organen der Notariatskammer, vor dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz und vor dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes in behördlichen Angelegenheiten dieses Bundesgesetzes mit Ausnahme der Disziplinarangelegenheiten sind die Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1950, BGBl. Nr. 172, anzuwenden.“

Variante B.

„Soweit dieses Bundesgesetz nichts anderes bestimmt, sind auf das Verfahren vor den Organen der Notariatskammer, vor dem Präsidenten des Gerichtshofes erster Instanz und vor dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes in behördlichen Angelegenheiten dieses Bundesgesetzes mit Ausnahme der Disziplinarangelegenheiten die Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1950, BGBl. Nr. 172, anzuwenden.“